

Preis 20 Pfennig.

Eugen Richter's Sozialistenpiegel

:: Die Wahlfälschungen der ::
Aktiengesellschaft Fortschritt



Wie viele hab' ich schon begraben!
Und immer zirkuliert ein neues frisches Blut.
So geht es fort, man möchte rufen werden.

(Der Sozialistentöter)

Berlin 1903

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Theodor Glöckle in Berlin)

7499

Wir empfehlen:

Parteitags-Protokolle.

Die Protokolle bieten ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundsätze, ihrer Taktik. Nachstehend heben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor.

<u>Halle.</u>	1890. Neuorganisation; Programmrede Liebknechts; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“.	M. —,50
<u>Erfurt.</u>	1891. Festsetzung des Programms; Programmwürde; Ausschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei.	M. —,50.
<u>Berlin.</u>	1892. Staatssozialismus; Genossenschaftswesen, Boykott, Kontrollmarke.	M. —,50
<u>Cöln.</u>	1893. Gewerkschaftsbewegung; Antisemitismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen.	M. —,40
<u>Frankfurt.</u>	1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Truit, Ringe und Kartelle.	M. —,25
<u>Breslau.</u>	1895. Agrarprogramm; Hausindustrie.	M. —,30, geb. M. —,50
<u>Gotha.</u>	1896. Frauenagitation; Literatur-Debatte.	M. —,30
<u>Hamburg.</u>	1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus.	Broschirt M. —,35, gebunden M. —,60
<u>Stuttgart.</u>	1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterschutz; Preussische Landtagswahlen; Zoll und Handelspolitik.	Broschirt M. —,35, gebunden M. —,60
<u>Hannover.</u>	1899. Bernstein-Debatte; Zuchtshaussvorlage; Militärfrage.	Broschirt M. —,50, gebunden M. —,75
<u>Mainz.</u>	1900. Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz.	Broschirt M. —,50, gebunden M. —,75
<u>Lübeck.</u>	1901. Zolltarif und Handelsverträge; Wohnungsfrage; Hamburger Accordmaurer; Bernstein-Debatte.	Broschirt M. —,60, gebunden M. —,90
<u>München.</u>	1902. Bevorstehende Reichstagswahl; Arbeiterversicherung; Kommunalpolitik; Debatte über Neue Zeit.	Broschirt M. —,60, gebunden M. —,90.

Protokolle der Internationalen Arbeiter-Kongresse.

<u>Paris.</u>	1889. Mit einem Vorwort von W. Liebknecht. Berichte der Delegirten der einzelnen Länder; Abschaffung der stehenden Heere; Kaiser. M. —,25
<u>Zürich.</u>	1893. Stellung der Partei im Kriegsjahre; Agrarfrage; Generalstreik. M. —,50
<u>London.</u>	1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. M. —,20
<u>Paris.</u>	1900. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. M. —,20

Eugen Richter's Sozialistenpiegel

:: Die Wahlfälschungen der ::
Aktiengesellschaft Fortschritt



Wie viele hab' ich schon begraben!
Und immer zirkuliert ein neues frisches Blut
So geht es fort, man möchte rasend werden.
(Der Sozialistentöter)

Berlin 1903

... Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts ...

(Theodor Glöckle in Berlin)



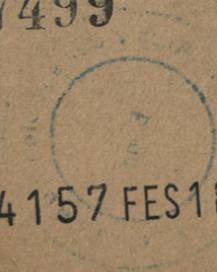
Eugen Richter's
Sozialtheorie

Verlag
Jahrgang



A47499

k4157 FES18.08.76



Der Spiegelfechter der Reaktion.

Der Geschäftsleiter der Freisinnigen Volkspartei, Herr Dr. Müller-Sagan, kandidirt dieses Jahr in seinem Wahlkreis als Vertreter der „reichstreuen Freisinnigen Volkspartei“.

Der „reichstreue“ Freisinn — das ist in der That das Charakteristikum dieser Reichstagswahlen: Herr Eugen Richter und die Seinen haben sich „reichstreuen“ an die Spitze der herrschenden agrarisch-meritalen Reaktion gestellt und sie erheben am wildesten den Schlächtruf: „Nieder mit der Sozialdemokratie“. Seiner führenden Rolle bewußt, hat denn auch die „Aktiengesellschaft Fortschritt“ jenen „Sozialistenpiegel“ auf den Markt geworfen, der ein Arsenal von Fälschungen und ein Sammelbecken von Ueberrheiten, von allen Parteien als die wichtigste Wahlwaffe wider die Sozialdemokratie gepriesen und benutzt wird. Die katholischen und protestantischen Meritalen, die Mittelständler und Börseaner, die Großindustriellen und Junker, die Alldentschen und die Antisemiten, die Nationalliberalen und die Landwirtsbündler, sie alle bestreiten ihren Wahlkampf von den Erfindungen, Verleumdungen und Unsinigkeiten des von Eugen Richter verfaßten oder wenigstens entscheidend beeinflussten „Sozialistenpiegels“.

Eugen Richter, der unentwegte Fortschrittsmann, hat keinen Centrumspiegel, keinen Junkerspiegel, keinen Bündlerspiegel, keinen Wassermannsiegel, ja sogar nicht einmal einen Barthspiegel erscheinen lassen. Die von ihm verkörperte Aktiengesellschaft Fortschritt hat sich eben ausschließlich auf das Geschäft der Sozialistenfresserei geworfen. Das nennt man dann: Kampf nach zwei Fronten!

Es war anfangs nicht die Absicht, den „Sozialistenpiegel“ einer Widerlegung zu würdigen, schon deshalb nicht, weil niemandem zugemutet werden konnte, durch das Elend solcher geistigen und moralischen Niederungen zu waten.

Indessen das Schweigen der Sozialdemokratie wurde ausgebeutet als das der Verlegenheit. Der politische Kampf gönnt keine Rücksicht auf die eigenen geistigen Bedürfnisse. Weil der „Sozialistenpiegel“ zur Wahlbibel der bürgerlichen Parteien wurde, darum mußte im Interesse der öffentlichen geistigen Gesundheit die unbehagliche Reinigung vorgenommen werden.

Die nachfolgende Schrift kriecht nicht in alle Schlupfwinkel des „Sozialistenpiegels“. Das würde ein Buch erfordern. Sie begnügt sich mit Stichproben, mit losen Glossen. Aber auch in dieser Beschränkung werden unsere Nachweise erschreckend wirken. Eine solche geistige Abstumpfung und moralische Verwilderung hätte man doch nicht für möglich gehalten.

Es ist nicht möglich, Eugen Richter die ganze Schuld der politischen Verderbnis des deutschen Liberalismus aufzubürden. Schon 1896 stellte Eugen Richter einmal die Kabinetsfrage ob er noch das Vertrauen seiner Parteigenossen habe. Niemand dachte ernstlich daran, ihn zu stürzen. Er verkörpert ja auch nur die allgemeine liberale Defakdenz. Und schließlich ist der „junge Nachwuchs“,

die Müller-Sagan, Wiemer, Fischbeck, Kopsch nicht um ein Haar weniger reaktionär als Eugen Richter, dafür fehlt ihnen sein Talent. Die „Kreuzzeitung“ hat schon recht, wenn sie kürzlich, am 16. Mai, den Freisinn der Inkonsequenz zieht, weil er seine antisozialistische Wahlpolemik nicht bis zu der Forderung eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie und die Beseitigung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts folgerichtig entwickelt. Eugen Richter freilich hat sich niemals den Niedergang seiner Partei erklären können. Bald beschuldigte er die Sozialdemokratie, bald die Nationalliberalen, daß sie das Bürgertum „gespalten“ und dadurch die „Reaktion“ gestärkt hat. Als literarischer Wahlführer der Reaktion endigt Eugen Richter! . . .

Die deutsche Sprache ist ziemlich hilflos, um die Begriffe der Fälschung, der Lüge und der Verleumdung zu bezeichnen. Sie hat immer nur die Worte: Fälschung, Lüge und Verleumdung. Die Polemik unserer Schrift wird dadurch eintöniger, als es unser Wunsch — aber es ist nicht unsere Schuld sondern die des Sozialisten spiegels.

Bemüht waren wir, so weit es der Raum zuließ, ein paar Lichtgarben des Sozialismus in die Dede der kapitalistischen Philister-Niedertracht zu streuen. Auch wo uns die trostloseste Enge bedrückt, müssen wir die Erhebung ins Weite versuchen. Das Eugen Richtertum freilich vermag solche Phantastik nicht zu begreifen.

Man fragte den Adler: Warum erziehtst du deine Jungen so hoch in der Luft? — Der Adler antwortete: Würden sie sich, erwachsen, so nahe zur Sonne wagen, wenn ich sie tief an der Erde erzöge? (Lessings Fabeln.)

Achtstundentag und Normalarbeitstag.

Die Einführung eines Normalarbeitstages oder Maximalarbeitstages verachten jetzt auch die schwächlichsten Sozialreformer. Die Bewegung zu Gunsten des Achtstundentages macht auch tatsächliche Fortschritte. So ist erst neuerdings in den Staatswerkstätten Frankreichs der Achtstundentag zur Durchführung gelangt. Nur die Freisinnige Volkspartei unter Eugen Richters Führung ist nach wie vor gegen jede gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter. Höchstens ist sie bereit, dort in eine gesetzliche Regelung zu willigen, wo „übermäßige“ Anforderungen die Gesundheit der Arbeiter gefährden. Ein Recht des Arbeiters aber auf Muße für seine geistige Ausbildung, für den Genuß eines freundlichen Familienlebens, für die Hingabe an die Freuden des Daseins erkennt die Freisinnige Volkspartei nicht an. Auch daran hat sie als Interessenvertretung des „freier“, durch nichts im Profit beschränkten Unternehmertums kein Interesse, daß durch Herabsetzung der Arbeitszeit das furchtbare Heer der Arbeitslosen vermindert werde. Die Partei, welche immer davon redet, daß sie das Allgemeinwohl über die Sonderinteressen stellt, opfert tatsächlich den Sonderinteressen eines engherzigen bornierten Unternehmertums das Allgemeinwohl des arbeitenden Volkes.

Die ganze geistige Verkrüppelung der Freisinnigen Volkspartei enthüllt sich in den Gründen, aus denen sie den Achtstundentag ablehnt. Werde trotz der Arbeitszeitverkürzung die Produktion nicht vermindert, so bedürfe es „dazu keines Zwanges der Gesetzgebung, sondern nur der Verbreitung der entsprechenden Einsicht unter der Arbeitgebern“. Das Schicksal der Arbeiterschaft wird also abhängig von der größeren oder geringeren Einsichtslosigkeit einzelner Unternehmer. Werden aber die gesellschaftlichen Einrichtungen auf die „Einsicht“ gegründet, dann bedarf es überhaupt keiner Gesetze; dann überlasse man alles der anarchifischen Willkür, die sich als „Einsicht“ geberdet. Das ist die Theorie des aufgeklärten Despotismus des Unternehmertums. Nach dieser Lehre bedarf man auch keiner Verfassung und keiner Volksvertretung. Was dem Unternehmer recht ist, ist dem Monarchen billig. Warum überläßt man nicht seiner „Einsicht“, die Völker weise zu regieren. Warum Verfassung und Staatsgewalt, die dem Zwecke dienen, seine „Einsicht“ gewaltsam zu beschränken. Der freisinnige Philister ist nur deshalb „oppositionell“ gegen Regierung, Staat, Junkertum, weil er für die Freiheit des Unternehmers keine Schranken haben will.

Besonders entsetzt sich der Freisinn über die sozialdemokratische Anschauung, daß, auch wenn durch verkürzte Arbeitszeit eine Produktionsminderung herbeigeführt werden sollte, doch in keine Lohnverkürzung zu willigen sei. „Man kann“ — so philosophiert das Richtersche Traktätchen — „durch Gesetz eine Maximalarbeitszeit erzwingen, man kann selbst dazu übergeben, durch Gesetz zur Verhinderung der Lohnverkürzung und der verkürzten Arbeitszeit Minimallöhne vorzuschreiben, man kann aber nicht durch Gesetz Unternehmer zwingen, zu den festgesetzten Löhnen und Arbeitsbedingungen auch wirklich Arbeiter zu beschäftigen und Unternehmungen fortzuführen.“

Das ist ja eine sehr erfreuliche Drohung. Wenn schon die gesetzliche Einführung des Achtstundentages in Verbindung mit Minimallöhnen genügen soll, den Unternehmern ihr Handwerk zu verleiiden, so ist damit die Frage der Ueberführung der Großbetriebe in gesellschaftlichen Gemeinbesitz spielend gelöst. Der Staat kann allerdings die Unternehmer nicht zwingen, Arbeiter zu beschäftigen, aber wenn der Staat keine Organisation zum Schutz der bestehenden

Klassen, sondern eine demokratische Organisation des gesamten Volkes wäre, so würde er nicht die mindeste Neigung haben, Kapitalisten zur Ausübung ihres Rechts auf Ausbeutung zu veranlassen. Ein solcher Staat würde, weit entfernt, widerwillige Unternehmer zur Beschäftigung von Arbeitern zu zwingen, vielmehr die ausbeutungslustigen Kapitalisten zwingen, eine solche Tätigkeit zu unterlassen.

Meint aber die Freisinnige Volkspartei, die Einführung eines Normalarbeitstages von acht Stunden sei unmöglich, weil damit die Produktion keinen Gewinn mehr abwürfe und die Konkurrenzfähigkeit aufhöre, so würde eine solche Meinung — die ja den offenkundigen Tatsachen widerspricht — nur ein schlagender Beweisgrund mehr wider die kapitalistische Gesellschaftsordnung sein, die nicht einmal fähig ist, eine so selbstverständliche, im Interesse der Volksgesundheit, der Kultur, die Eindämmung der Arbeitslosigkeit, unabweisliche Forderung zu erfüllen. Die freisinnigen Interessenten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung denken also noch geringschätziger über die Kulturfähigkeit des Kapitalismus als die Sozialdemokratie, die überzeugt ist, daß die kapitalistische Gesellschaft, so begrenzt ihre Macht ist, Verbesserungen durchzuführen, immerhin im Stande sei, diese Forderung zu erfüllen.

Eugen Richter freilich hält schon das „Herbeiführen eines Achtstundentages“ für eine — Utopie, ein Märchen, einen Traum. Er stellt die Forderung auf die gleiche Stufe mit dem Wunsch des französischen Königs, daß jede Haushaltung am Sonntag ein Huhn im Topfe haben möge. Für diesen beschränkten Spießbürger ist selbst die einfachste Reform ein Urding, eine Phantasterei, die seine geistige Verfallung nicht zu fassen vermag. So hat auch der Freisinn die Sonntagsruhe, den Achtuhrladenschluß für einen unmöglichen Unsinn erklärt. Man konnte in den Blättern dieser Richtung Schilderungen lesen, wie die Menschen infolge des Lebenschlusses verhungern und die Gewerbetreibenden massenhaft zu Grunde gehen würden. Heute hat alle Welt sich längst an diese Einrichtung gewöhnt. Die Schreckgemälde Eugen Richters sind nichts wie Ausgeburten eines traurig beschränkten Kopfes und des besinnungslosen Eigennutzes des kapitalistischen Unternehmertums.

Während aber so der Achtstundentag als Märchen verhöhnt wird, ist die Güte, Einsicht und Opferwilligkeit der Unternehmer kein schöner Traum, sondern — wie Eugen Richter schreibt — die wirklichste Wirklichkeit. Wenn Eugen Richter „in Trance“ schwimmt, so erscheinen sichtbar die Geister edler Unternehmer, die freitwillig immer höhere Löhne den entzückten Arbeitern in den Schoß werfen. Leider giebt es aber auch ungläubige Arbeiter, welche die „Harmonie“ mit dem Dukaten spendenden Unternehmer-Geistern stören, so daß der überirdische Segen verschwindet und die Störenfriede nichts kriegen.

Man muß den III, den der „Sozialistenpiegel“ erwachsenen Männern vorzusehen wagt, wörtlich genießen: „Auch der Unternehmer könnte sich vielfach mit einem geringeren Gewinn begnügen wegen eines geringeren Geschäftsrisikos, wenn die Sozialdemokratie nicht systematisch Störungen in das Arbeitsverhältnis hineinbringe. Indem sie die Klasse der Arbeitgeber als Feinde und Ausbeuter der Arbeitnehmer hinstellt, falsche Vorstellungen über Geschäftsgewinne und die Bedeutung des Unternehmers verbreitet, zieht sie eine beständige Neigung zum Streifen, das heißt zur Unterbrechung des geregelten Betriebes, groß.“

Abgesehen davon, daß es nur eine Wiederholung des alten Schwindels ist, der von den Reptilen der Unternehmer-Verbände erfunden ist, wenn behauptet wird, daß die Sozialdemokratie zu Streiks hebe, so wird hier der organisierten Arbeiterschaft eine geradezu freisinnige Dummheit zugemutet. Bisher nahm man an, daß die Arbeiter streiken, weil sie nicht in Güte höhere Lohnforderungen durchsetzen konnten. Eugen Richter belehrt uns, daß die Arbeiter streiken, um die edle Absicht des Unternehmers, höhere Löhne zu zahlen, zu hintertreiben. Die Wahrheit ist — man schämt sich, diesen frechen und plumphen Unsinn ernst-

haft zu erörtern —, daß Streiks immer nur da entstehen, wo die Unternehmer, obwohl sie fähig wären, höhere Löhne zu zahlen, es verweigern. Es muß erst zum Streik gegriffen werden, um die Kapitalisten zu veranlassen, ein paar Pfennige von ihrem Profit den Arbeitern, die ihnen den Reichtum schaffen, zu „opfern“. Außerdem wird durchaus nicht immer um die Eringung materieller Vorteile gekämpft, sondern auch um ideale Zwecke: Koalitionsrecht usw. Aber damit nicht genug: die Streiks haben ja nicht einmal durchweg den Zweck, eine Verbesserung zu erzielen, sondern eine Verschlechterung abzuwehren. Von den 1056 im Jahre 1901 beendigten Streiks zählt die amtliche Statistik nur 697 (66 Prozent) als Angriffsstreiks; dagegen sind nicht weniger als 359 (34 Prozent) Abwehrstreiks. Die nach einer anderen Methode aufgestellte Streikstatistik der Gewerkschaften zählt für das Jahr 1901 291 Angriffsstreiks; von diesen bezweckten 5 Verkürzung der Arbeitszeit, 127 Lohnerhöhung, 108 Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, 15 Beseitigung mißliebiger Personen. Beteiligt waren an diesen Angriffsstreiks 22 761 Personen. Die Zahl der Abwehrstreiks betrug 436, an ihnen waren beteiligt 25 761 Personen. Nach dieser Aufstellung übersteigt mithin die Zahl der Abwehrstreiks und die Zahl der beteiligten Personen die der Angriffsstreiks. Und warum sehen sich die Arbeiter gedrängt, in der Notwehr zu streiken? In 35 Fällen lag die Ursache in einer Aussperrung seitens der Unternehmer. 15 Streiks waren auf die Nötigung zum Austritt aus der Organisation zurückzuführen, 60 entstanden wegen Maßregelungen, nicht weniger als 213 wegen Lohnverkürzungen, 19 wegen Verlängerung der Arbeitszeit, 21 wurden durch Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen verursacht, 6 durch Einführung einer neuen Fabrikordnung, 7 durch schlechte Behandlung der Arbeiter.

Vor diesen dürren Zahlen zerfließt das ganze verlogene Geschwätz in nichts. Für Eugen Richter ist der Unternehmer ein verrückter Gemütsmensch, der nur durch die Streiks verhindert wird, höhere Löhne zu zahlen; im Lichte der Statistik ist er ein Mann, gegen dessen Lohnverkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen sich die Ausgebeuteten durch einen Streik wehren müssen.

Der tolle Streikhaß, den Eugen Richter seit jeher zeigt, entspringt der Sehnsucht, die Arbeiter unter dem Scheine des freien Arbeitsvertrages zu wehrlosen Leibeigenen des Unternehmertums zu machen. Deshalb zieht der Freisinn auch die Freiheit der Unternehmerwillkür dem staatlichen Zwange eines Normalarbeitstages vor.

Agitationsweise der Sozialdemokratie.

Die Bemühungen der Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lage empfindet Eugen Richter als „Erregung von Massenhaß“, als „Erweckung von Neid, Eifersucht und Mißgunst in den unteren Klassen, welche sie als böse den Wohlhabenderen überbortelt und betrogen hinstellt“. Die Sozialdemokratie weist ihre Anhänger nur an, „Ansprüche zu steigern, weniger Arbeit und mehr Genuß zu haben, und wenn ihnen das nicht zu teil wird, die bestehende gesellschaftliche Ordnung, ihre Arbeitgeber, niemals aber sich selbst anzulagen“.

Eugen Richter malt die Sozialdemokratie nach dem Bilde des kapitalistischen Spießbürgers, den er allein kennt. Da sind Neid, Eifersucht und Mißgunst allerdings die hervorstechendsten Eigenschaften. Und die Losung „weniger Arbeit und mehr Genuß“ ist die Religion der Bourgeoisie!

Die Sozialdemokratie hingegen lehrt ihren Anhängern, daß die Arbeit die Grundlage aller Kultur ist, sie strebt nicht nach der Beseitigung der Arbeit, sondern nach ihrer Befreiung aus den schmutzigen Händen kapitalistischer Ausbeutung; sie benützt jede Gelegenheit, um die Arbeiter geistig zu bilden, künstlerisch genußfähig zu machen, sie zur Solidarität, welche Neid und Mißgunst aus-

schließt, zur Opferwilligkeit, zum Idealismus zu erziehen. Diese Bestrebungen der Sozialdemokratie erkennen selbst bürgerliche Männer an, die z. B. offen ausgesprochen haben, daß die sozialdemokratische Presse an geistiger Höhe, an Reinheit der Gesinnung, an künstlerischen Darbietungen weit der bürgerlichen überlegen sei.

Neid, Eifersucht und Mißgunst mag das „freisinnige“ Bürgertum in seinem Kampf gegen das Junkertum beseelen; es möchte selber in seine Vorzugsstellung einrücken. Das Proletariat neidet der Bourgeoisie nicht seinen auf Glend und Schmutz gegründeten Glanz; sie verachtet ihn. Auf Neid, Eifersucht und Mißgunst spekulieren auch die Agitatoren des „Sozialisten spiegels“, wenn sie den Arbeitern vorrechnen, wie viel mehr ihre Führer verdienen als sie selber.

Ein vortrefflicher Rat, daß das Proletariat statt die Gesellschaftsordnung sich selber anklagen solle! Warum macht sich nicht auch die schlesische Weberfamilie, die Tag und Nacht arbeitet und doch in der Woche nur 5 Mk. verdient, Wortwürfe, weil sie, statt einige gut bezahlte Aufsichtsratsstellen in freisinnigen Banken anzunehmen, oder doch von ihrem Lohn einige hunderttausend Mark bei Seite zu legen, in Saus und Braus lebt! Im übrigen giebt es allerdings auch zahlreiche Proletarier, die gegen sich selbst Anklage zu erheben haben: alle diejenigen, die noch schlaff und dumpf interesselos die Dinge treiben lassen und in ihrem Jammer verkommen, statt als Sozialdemokraten Mitkämpfer des gewaltigsten Befreiungskriegs zu werden, den die Menschheit gesehen.

Uebrigens findet sich hier im „Sozialisten spiegels“ eine sehr unvorsichtige Stelle. Eugen Richter meint, daß die sozialistische Gesellschaft „einen außerordentlichen Grad von Gemeinsinn, Wohlwollen für andere, Unterordnung der Einzelnen unter den Willen der Mehrzahl, Ueberwindung eigensüchtiger Triebe und Beweggründe, Einfügung in die gebotene Wirtschaftsordnung, Disziplin, Achtung vor Autoritäten voraussetzt“. Das ist richtig. Sonst aber heißt es immer: der sozialistische Zukunftsstaat sei ein „Zuchthaus“. Das ist ein unlösbarer Widerspruch. Um in ein Zuchthaus eingesperrt zu werden, bedarf es doch nicht der Aufbietung so großer und reiner Tugenden. Eugen Richter hat also in dem lichten Augenblick, als er jenen Satz schrieb, selbst erkannt, daß die sozialistische Gesellschaft nicht ein Zuchthaus, sondern eine ideale Menschengemeinschaft sei. Er glaubt nur nicht — als rechter Philister — an so viel Idealismus.

Nichtbichler-Lex.

Der „Sozialisten spiegels“ rühmt, daß die Freisinnige Volkspartei gegen die Einführung der papiernen Abstimmung im Reichstag statt der namentlichen gestimmt habe. Die Nichtbichlerei war einer jener Gewaltstreiche, durch welche die Zollwucherparteien den Widerstand der Linken zu brechen unternahmen.

Eugen Richter hat allerdings mit den Seinen gegen diese Aenderung der Geschäftsordnung gestimmt, weil er sicher war, daß sie auch ohne ihn angenommen werden würde. Aber er hat sie nicht nur moralisch verteidigt, sondern sie erst dadurch möglich gemacht, daß er gegen den Wortlaut, den Sinn und den Ursprung der Geschäftsordnung unter dem brausenden Jubel der Zollwucherparteien die Zulässigkeit der Beratung des Antrages erklärte. Diese Verräterdienste Eugens Richters wurden durch die Wucherparteien mit so begeisterten Ausbrüchen der Dankbarkeit begleitet, daß der Parlamentsbericht der „Freisinnigen Zeitung“ alle Weisalkundgebungen von der rechten Seite und der Mitte schamhaft strich. Dazu kam, daß Eugen Richter, anstatt in seiner Rede die Geschäftsordnungs-Verwüster anzugreifen, seine gehässigen Bemerkungen gegen die Sozialdemokraten richtete, welche pflichtgemäß den Umsturz der Geschäftsordnung zu verhindern suchten.

Die näheren Einzelheiten über jene Vorgänge findet man in der Broschüre: „Der Umsturz im Reichstag“ (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“).

Akademiker und Arbeiter.

Nach dem Beispiel der schmutzigsten Kreisblatt-Reptile bringt Eugen Richter allerlei Neußerungen des Unmuts, die Sozialdemokraten über Akademiker getan. Diese Neußerungen beziehen sich aber fast durchweg auf theoretische Auseinandersetzungen, die gerade auch von „Akademikern“ als unfruchtbar empfunden wurden und die ein „Nicht“-Akademiker, E. Bernstein, entziffelt hat.

Während der Akademiker in der kapitalistischen Bourgeoisie eine elende Sklavenstellung hat, während der bürgerliche Journalist sich wehrlos den forumpierenden Interessen von Verlags-Geschäftsleuten ausgeliefert sieht, und der Universitätsprofessor kein freies Wort äußern darf; während die bürgerliche Intelligenz unter der materiellen Zuchttrute des Kapitals und dem Polizeigeist des Militär- und Junkerstaats schmachtet — die „Akademiker“, die in Eugen Richters parlamentarischem Bureau arbeiten, wissen ein Lied davon zu singen! — hat der Akademiker in der Sozialdemokratie, deren wissenschaftliche Grundlegung auf die „Akademiker“ Rasse und Marx zurückzuführen ist, und deren verehrtester Führer der „Akademiker“ Liebknecht war, die volle Freiheit seiner Ueberzeugung und er genießt das höchste Glück, das einem geistig strebendem Manne zu teil werden kann, für sein Ideal zu kämpfen und zu schaffen. Ist somit der Akademiker in der Sozialdemokratie nicht wie in der Bourgeoisie ein abhängiger Söldner, so gilt er andererseits auch als kein Halbgott. Mit Recht schätzt das Proletariat den Mann nach der Tüchtigkeit, nicht nach dem Dokortitel. Schulter an Schulter, als Gleiche, kämpfen Kopf- und Handarbeiter. Und ebenso hat das Proletariat allen Anlaß, vorsichtig zu sein, gegen jenen Zulauf aus den Deffassierten des Bürgertums, die mit ungemessenen Ansprüchen kommen und bei den ersten besten Gelegenheit wieder entweichen. Die Sozialdemokratie hat an einen Max Lorenz genug; die Sorte gönnt sie der Wertschätzung der Bourgeoisie. Und es ist ebenfalls an sich berechtigt, wenn die Sozialdemokraten davor warnen, daß man akademische Ueberläufer aus der Bourgeoisie nur deshalb sofort mit offenen Armen aufnimmt und sie auf Vertrauensposten in der Partei stellt, weil sie Akademiker sind. Indessen dürften solche Fälle nur vereinzelt vorgekommen sein, wie denn überhaupt die Zahl der Akademiker in der deutschen Sozialdemokratie sehr gering ist. Das rührt daher, daß die Studenten jetzt immer mehr aus den engsten und rüchständigsten Elementen der herrschenden Klasse stammen und einem öden und geistlosen Strebertum und einer unwissenden Schneidigkeit verfallen sind. Das Bildungsmaß und die Charaktertüchtigkeit der gelehrten Bourgeoisie sinkt sowohl hinsichtlich der Lehrer wie der Studenten in erschreckender Weise. Daher werden die Idealisten, die freiwillig in den Dienst des Proletariats treten, immer spärlicher.

Eugen Richter führt folgendes 1890 geschriebene Briefwort Friedrich Engels, des Freundes und Mitstreiters von Karl Marx an: „Seit zwei oder drei Jahren hat sich eine Menge Studenten, Literaten und andere junge defassierte Bourgeois in die Partei gestürzt und ist gerade zur rechten Zeit gekommen, um die meisten Redaktionsstühle in den Zeitungen einzunehmen, welche wie Pilze aus der Erde schießen. Ihrer Gemohnheit entsprechend betrachten sie die Bourgeois-Universität als ein sozialistisches Saint-Ehr, das ihnen das Recht verleiht, in die Reihen der Partei mit „dem Patent als Offizier, wenn nicht als General einzutreten“. Marx würde von diesen Herren wahrscheinlich sagen, was Heine von seinen Nachahmern sagte: „Ich habe Drachen gesäet, und habe Flöhe geerntet. Diese guten Leute, deren Impotenz nur von ihrer Annahmung erreicht wird.“

Die hämische Verlogenheit des „Sozialistenpiegels“ kennzeichnet sich darin, daß dies Citat eingeführt wird mit den Worten: „Schon 1890 klagte Friedrich Engels“. Es soll damit der Anschein erweckt werden, als ob die Entwicklung seit-

dem noch schlimmer geworden ist. Um solchen Einbruch herbeizurufen, wird auch geflissentlich unterschlagen, aus welchem Anlaß Engels jene außerordentlich zutreffenden Sätze schrieb. Damals gab es allerdings einen plötzlichen Einbruch junger unreifer und anmaßender Studenten in die Partei. Sie geberdeten sich außerordentlich radikal, schimpften auf die korumpierte Parteiführung, und geseien sich in den Grimassen von Ueber-Marxisten. Engels hatte die Herren durchaus richtig tagiert. Kaum einer von der aufgeregten Gesellschaft ist der Partei treu geblieben. Sie krochen wieder in die warmen Federbetten der Bourgeoisie zurück, und einzeln brüsteten sich als „gemachte Männer“ mit dem widerwärtigsten Renegatentum. Die besten von ihnen wurden stille Leute, die sich um politische Dinge nicht mehr kümmern. Engels Beschwerde beweist also nicht, was durch die Anführung im „Sozialistenspiegel“ bewiesen werden soll; sie beweist weder, daß die Akademiker eine mißachtete Stellung in der Partei einnehmen, noch daß sie unzuverlässige Elemente seien. Sie beweist lediglich, daß die Bourgeoisie ihren Sprößlingen eine so schlechte Charaktererziehung angebeihen läßt, daß sie mit verschwindenden Ausnahmen für den ersten Dienst im Kampfe des Proletariats untauglich sind.

Seit jenem Zwischenspiel der Jungen aber ist kein Ansturm von Akademikern zu verzeichnen gewesen. Die seitdem zur Partei herübergekommen, sind an den Fingern herzzuzählen; zumeist kamen sie erst in reiferen Jahren, als in sich geschlossene Männer. Die heutige politische und gewerkschaftliche Presse der Sozialdemokratie, die etwa 140 Blätter umfaßt, zählt kaum ein Duzend Akademiker in ihren Redaktionen. Wenn Eugen Richter schließlich noch eine von einem Parteigenossen gelegentlich getane Aeußerung auskramt, daß die Akademiker während des Sozialistengesetzes „verschwinden“ gewesen seien, so hat der „Sattlergeselle“ Auer öffentlich diesen Vorwurf zurückgewiesen und erklärt, daß gerade unter dem Sozialistengesetz Akademiker der Partei sehr wertvolle moralische und materielle Förderung angebeihen ließen.

Die Sozialdemokratie kennt keine Akademiker und „Ungebildeten“, sie macht keinen Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeitern, sie zählt nur gleichstrebende und gleichberechtigte Parteigenossen, die, jeder nach seinen Fähigkeiten und Neigungen, ihre ganze Kraft der heiligen Sache weihen. Daß Eugen Richter solch ein Verhältnis nicht verstehen kann, begreift sich freilich leicht. Woher soll ein Klopffechter des Kapitalismus Verständnis für Ideale gewinnen?

Arbeitgeber, sozialdemokratischer.

„Dort, wo die sozialdemokratische Partei als Unternehmerin und Arbeitgeberin auftritt, wird von den Arbeitnehmern vielfach auf das lebhafteste geklagt über rücksichtslose Behandlung und ungenügende Bezahlung. Namentlich verlaublich solche Klagen auch seitens der Lagerhalter und Angestellten in Konsumvereinen, deren Leitung in den Händen von Sozialdemokraten liegt. Dieselben Klagen werden laut namentlich in den ärztlichen Kreisen über die Behandlung, welche die Aerzte von Ortskrankenkassen zu erdulden haben, deren Vorstand in der Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht. Nicht nur, daß die sozialdemokratische Verwaltung, so weit es irgend möglich ist, die Aerzte oder Klassenverwalter als Agitatoren für die Partei auszunutzen sucht, übt sie auch auf die sonstigen Angestellten einen Druck aus, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und für dieselbe zu agitieren.“

Die Verleumder der Sozialdemokraten, deren geistiger Waffenträger Eugen Richter ist, haben stets zwei Platten auf ihrem quäkenden Phonographen. Einmal wird erzählt, wie die armen Arbeiter vor ihren sich mäktenden Führern ausgebeutet werden. Dann wird die Platte ausgewechselt und man hört das Lied von der Knechtung der armen Führer durch die brutalen Arbeiter. Hier wird die zweite

Platte benutzt. Hier werden die Angestellten, d. h. die „Führer“ schlecht bezahlt, als „Agitatoren für die Partei“ „ausgenutzt“.

Wäre die Darstellung des „Sozialisten spiegels“ selbst wahrheitsgemäß, so würde damit nur bewiesen, daß das Verhältnis von Unternehmern und Angestellten, dessen Vereinerung der einzige religiöse Glaubenssatz Eugen Richters ist, an dem er mit brünstiger Leidenschaft hängt, so korrumpierend ist, daß selbst Sozialdemokraten sich dieser kapitalistischen Verderbnis nicht entziehen können. Dazu kommt, daß die sozialdemokratischen „Unternehmer“ überhaupt nicht für ihre persönlichen Zwecke ihre Angestellten ausnutzen können, weil ihr Unternehmertum zumeist in der ehrenamtlichen unbezahlten Aufsicht besteht oder in fest bezahlter Anstellung, die nur formell den Unternehmer-Charakter hat. Wo Mißstände entstanden sind, handelt es sich stets um eine Ueberspannung des fiskalischen Interesses. Außerdem ist es psychologisch nur allzu begreiflich, daß es Arbeitern, die in die Lage kommen, Personen anzustellen, denen sie weit höhere Löhne und Gehälter bezahlen, als sie selbst jemals verdienen können, bisweilen eine gewisse Ueberwindung kostet, erhöhten Lohnansprüchen nachzukommen. Solche Neigungen sind aber nicht die Wirkung sozialdemokratischer Erziehung, sondern es sind Erinnerungen an die kapitalistische Zwangsordnung.

Indessen die ganze Beispielsammlung des „Sozialisten spiegels“ — ganze fünf Nummern — ist nach dem Rezept der lächerlichen Denkschrift zur Zuchthausvorlage angefertigt. Keines beweist, was in bewußter Unehrllichkeit behauptet wurde, daß die „sozialdemokratische Partei“ ein schlechter Arbeitgeber ist. Die Geschäfte, welche die Partei als solche gründet, sind sozialpolitische Musterbetriebe; der „Sozialisten spiegel“ vermag hier nicht das kleinste Beispiel von Mißständen aus der Zettelsammlung hervorzufragen. Das einzige Beispiel, das die Arbeitsverhältnisse in einem sozialdemokratischen Blatt betrifft, zeigt gerade, wie streng und gewissenhaft die Partei als Arbeitgeber verfährt. Der „Sozialisten spiegel“ unterschlägt die Tatsache, auf die es vor allem ankommt, daß in dem Nürnberger Fall der verantwortliche Geschäftsleiter alsbald seinen Posten verlassen mußte.

Für Zustände in Krankenkassen und Konsumvereinen ist aber die Partei nicht verantwortlich, da sie keinen Einfluß auf sie hat.

Die nichtsnutzigen Richterschen Verleumdungen der Krankenkassen, die sich als ein direkter Angriff auf die Selbstverwaltung darstellen, und an Niedrigkeit von keinem Schweinburg überboten werden, sind durch die Reichstagsverhandlungen über das Krankenkassengesetz in nichts zerstorben. Das ganze Belastungsmaterial gegen die von Arbeitern verwalteten Kassen beschränkt sich darauf, daß in 20 Jahren bei 15 000 Kassen 14 „Fälle“ von Ungehörigkeiten ermittelt wurden, darunter noch solche Ubernheiten, wie das „Verbrechen“, daß Vorstandsmitglieder einer Kasse 10 Mark für eine Reise zum Krankentag liquidierten.

Vor allem aber unterscheidet sich die Sozialdemokratie dadurch von der Bourgeoisie, daß ihre Presse Mißstände, die in der Arbeiterschaft vorkommen, unerhöhen kennzeichnet — selbst gegen die Neigungen und Meinungen ihrer „Unternehmer“, der Arbeiterschaft. Der „Sozialisten spiegel“ beruft sich selbst darauf, daß in zweien der angeführten Fälle der „Vorwärts“ das Verhalten der Arbeiter verurteilt hat.

Und wie in ärztlichen Kreisen geurteilt wird, das beweist eine Aeußerung des ärztlichen Fachblattes, der „Medizinischen Reform“, vom 18. April 1903: „Daß die Stellungnahme der Parteipresse der Arbeiter bei Konflikten der Krankenkassen mit ihren Ärzten eine schwierige ist, muß gewürdigt werden, vertritt doch diese Presse die Interessen der Arbeiter, deren Organe, ja deren Bestz sie sind, gegen die besitzende Klasse im allgemeinen, gegen das Unternehmertum im besonderen, gegen die Regierung und alle ihre Organe; die Presse vertritt die Arbeiter sowohl als Produzenten wie als Konsumenten, sie ist bemüht, alle Er-

scheinungen des öffentlichen Lebens, auch Theater und Kunst, unter dem gleichen Gesichtswinkel zu beurteilen.“

Ein genauer Leser dieser Zeitungen wird aber zugestehen müssen, daß sie sich frei halten von Demagogen, daß sie durchaus nicht Alles schön, gut und lobenswert finden, was die Arbeiter in ihren Vertretungen erwirken, daß sie ungeschonte Kritik üben an Handlungen Derjenigen, deren Interessen sie vertreten, wenn diese im Widerspruch stehen mit den allgemeinen von der Sozialdemokratie vertretenen Anschauungen. Die Ärzte wissen es, daß z. B. der „Vorwärts“ oft ihre Kollegen die Spalten nicht bloß zur Vertretung ihrer Interessen, sondern auch zur Polemik gegen Krankenkassen geöffnet hat, daß er auch mehrfach für die ärztlichen Interessen eingetreten ist bei den Konflikten mit den Krankenkassen. Diese Konflikte werden von den meisten verantwortlichen Organen der sozialdemokratischen Partei lebhaft bedauert, sie zu vermeiden, wird von vielen gewünscht.

Was wäre einem Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“ geschehen, wenn er es gewagt hätte, gegen die brutale Neußerung Eugen Richters beim Seherstreik: „Stellen Sie Mädchen ein!“ in seinem Blatte einen Artikel zu schreiben? Das wäre mindestens als Hochverrat angerechnet worden.

Wo der Freisinn und die Richterianer in den Kommunen die Herrschaft haben, behandeln sie ihre Arbeiter in der schäblichsten Weise. In Berlin hat die Sozialdemokratie für die städtischen Arbeiter Stück für Stück dem heftig widerstrebenden herrschenden Freisinn kleine Zugeständnisse entreißen müssen. Die Auffassung des Freisinns in dieser Frage war gekennzeichnet durch das Wort des einflussreichen Berliner Stadtverordneten Jacobi, daß die Arbeiter nicht einmal „Danke“ sagen, wenn man ihnen „Wohltaten“ erweist. Die Arbeiterwohnungen der städtischen Riefelfelder nehmen es mit den agrarischen Behausungen Ostelbiens auf. Gegen die „geradezu gesundheitsgefährlichen und miserablen Zustände“ in den Berliner Gasanstalten wurde von den Arbeitern am 5. Mai 1903 eine Resolution angenommen. Zugleich wurde heftige Klage über die brutale Behandlung geführt. „Sie alter Duffel wollen auch Handschuhe haben?“ wurde einem Arbeiter gesagt, als er um Handschuhe bat, welche für die Betriebsleute notwendig sind, damit sie sich nicht die Hände verbrennen. So sieht's aus, wo der Freisinn als Arbeitgeber auftritt!

Arbeitslohn.

Wenn Eugen Richter als Nationalökonom auftritt, so spiegelt er zwar nicht die Anschauungen der Sozialdemokratie wieder, wohl aber die Bahnbefestigungen einer Berliner Kanzleirätin, die seit 30 Jahren nichts als die „Vossische Zeitung“ gelesen hat und sich ausschließlich durch die Dienstmädchen-Gespräche ihrer Kaffee-Freundinnen befrachten ließ. Der „Sozialistenpiegel“ urteilt nicht über die sozialdemokratischen Schriften, die er nennt, sondern er klatscht über sie, natürliche Verständnislosigkeit und böswilliges Mißverstehen vereinigend.

Karl Kautsky, der Theoretiker der Sozialdemokratie, hat in seiner bedeutamen Schrift: „Die soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution.“ (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts) dargelegt, daß für eine gewisse Uebergangszeit, auch nachdem das Proletariat die politische Macht erobert hat, noch das Geldsystem und der Geldlohn fort dauern werde. Daraus folge, daß die Löhne zur üchst nicht allzubedeutend gesteigert werden können, daß aber die infolge zweckmäßiger Organisation sich rasch vermehrende Produktion doch alsbald gestiegen werde, unergleichlich günstigere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Kautsky kommt auf Grund ganz nüchterner, wissenschaftlich begründeter Rechnung zu folgendem Resultat: „Die

Gesamtproduktion würde gegenüber der heutigen verdoppelt, die Löhne könnten dem entsprechend verdoppelt werden — auch bei vollständigem Absehen von jeder Konfiskation der Kapitalien — bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitszeit um die Hälfte.“ Ja, unter Umständen ließen sich die Löhne verdreifachen. „Und das alles ohne irgend welche Neuanlagen, neue Maschinerie, bloß durch Stillsetzung der kleineren Betriebe und Ueberführung ihrer Arbeiter in die größeren. Wir brauchen dazu bloß im großen durchzuführen, was die Trufts im Kleinen uns vormachen. Es ist nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln, was diese Entfaltung der modernen Produktivkräfte hindert.“

So Kautsky. Und was macht der „Sozialistenpiegel“ daraus? Er verdoppelt und verdreifacht zur höheren Ehre der jetzigen Kapitalsherrschaft die Produktivität seiner eckelhaften Fälschungskraft. Für die Uebergangszeit schiebt er die sozialistische Gesellschaft unter. Den Vorderatz von der Unmöglichkeit, bloß durch Konfiskation des Kapitalvermögens wesentlich höhere Löhne zu erzielen, teilt er mit, die Schlussfolgerungen, die eine Verdoppelung und Verdreifachung der Löhne infolge neuer Organisation auch ohne Konfiskation in Aussicht stellen, unterschlägt er. Und nachdem er so seinem litterarischen Strauchrittertum ausgiebig gefröhnt, ruft der jämmerliche Verfasser des Machwerks triumphierend aus: Bisher hat die Sozialdemokratie sich von der „Beseitigung der Ausbeutung und der Ausbeuter“ eine große Steigerung des Einkommens versprochen, jetzt gebe Karl Kautsky selbst zu, daß zur Erhöhung der Löhne nicht allzu viel übrig bleibt. Eugen Richter, oder derjenige seiner Tintenadjutanten, der die Mitschuld trägt, hat auf den Titel eines Ehren- und Meisterfälschers der bürgerlich-kapitalistischen Parteien den gerechtesten Anspruch.

Der erlösende Gedanke des Sozialismus ist die Umwandlung der heutigen anarchischen Wirtschaft für den persönlichen Gewinn in eine planmäßige Produktion für die Gemeinschaft. Die sozialistische Gesellschaft erst wird einmal Fähigkeit und Neigung der Einzelnen berücksichtigen können, sie wird — in demokratischer Selbstverwaltung — jeden an die Stelle stellen können, wo er am zweckmäßigsten verwendet wird, sie wird aber zugleich auch durch die zeitliche Einschränkung und die technische Erleichterung der Arbeit jedem Bürger Gelegenheit geben, sich außerhalb der Pflichtarbeit in freier menschlicher Betätigung zu vervollkommen. Kautsky wehrt in seiner Schrift über die „Soziale Revolution“ den Gedanken ab, daß die Arbeitsverteilung in der Form eines Militärbefehls erfolgt: „Wenn es Leute giebt, welche glauben, daß die Herrschaft des Proletariats zu einem Zuchthausregiment führen würde, daß jedem dann seine Arbeit von der Obrigkeit zugeteilt werde, so kennen sie das Proletariat schlecht, denn dieses, das sich dann selbst seine Gesetze geben wird, hat ein viel stärkeres freiheitliches Empfinden, als jene servilen und horizontalen Professoren, die über den zuchthausartigen Charakter des Zukunftsstaates zetern. Nie wird sich ein siegreiches Proletariat eine zuchthauslerische oder kasernenmäßige Reglementierung gefallen lassen. Aber es bedarf deren auch nicht, ihm stehen andere Mittel zu Gebote, die Arbeiter an die Arbeit zu halten.“ Solche Mittel sind für die Uebergangszeit — davon redet Kautsky immer nur — erstens die vom Kapitalismus anerzogene Gewohnheit, im alten Geleise weiter zu arbeiten. Zweitens wird sich die gewerkschaftliche Disziplin des Proletariats bewähren; die Gewerkschaften werden durch einfache Geldendmachung der jetzt schon auszeichnenden Disziplin „den regelmässigen Fortgang der gesellschaftlichen Arbeit sichern.“ „Die Disziplin, welche im Proletariat lebt, ist nicht die militärische Disziplin, sie bedeutet nicht den blinden Gehorsam gegen eine von oben eingefetzte Autorität; es ist die demokratische Disziplin, die freiwillige Unterwerfung unter eine selbstgewählte Führung und unter die Beschlüsse der Majorität der eigenen Genossen.“ Schließlich wird man noch — für die Uebergangszeit

und die noch nicht in gewerkschaftlicher Disciplin gereiften Arbeiter — die Regelung der Produktion durch die Anziehungskraft der Arbeit regeln. Man wird die Arbeitszeit verkürzen, der Arbeitsprozeß freundlicher gestalten und man wird, um das Zufließen von Arbeitern hier, das Abströmen dort auszugleichen, durch Lohnerhöhungen der unzureichend besetzten und durch Lohnherabsetzungen in den überfüllten Berufen eine gleichmäßigere Verteilung bewirken. Das ist natürlich keine Regelung mit der Hungerpeitsche, da es überhaupt keine nicht mehr auskömmlichen Löhne geben wird. So lange es eine Geschichte menschlicher Arbeit giebt, hat niemals eine größere Freiheit bestanden in der Arbeitswahl, als diese „Regelung“.

Dennoch bekommt es Eugen Richter fertig, indem er alle entscheidenden Sätze der Kautskyschen Schrift schamlos unterschlägt und ein paar Wendungen, aus dem Zusammenhang reißend, ihres tatsächlichen Sinnes beraubt, von zucht-hausmäßiger Arbeitszuweisung und von Hungerpeitsche zu reden. Ja, er gestattet sich sogar den blöden Spaß, nach glücklich berichteter Fälschung selig auszusrufen: „Die planmäßige Regelung der Produktion von oben herab (Kautsky hat gerade solche Regelung von oben herab abgelehnt!) hebt die Berufswahl und Freizügigkeit der Arbeiter auf.“ Und an anderer Stelle: „Also ungleicher Lohn und zwangsweise Zuweisung der Arbeit.“

Was versteht Eugen Richter unter Freizügigkeit? Etwa die Möglichkeit, in jedem Augenblick an jedem Ort zu arbeiten, wie jeder die Laune treibt? Diese Freizügigkeit genießen dann heute nur die reichsten Bummler und die elendesten Landstreichler. Natürlich können auch in der sozialistischen Gesellschaft nicht alle überall arbeiten. Aber der freie individuelle Wille der sich selbstverwaltenden Gemeinschaft wird das höchste Maß individueller Freiheit mit den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Produktion vereinigen. Im kapitalistischen Staat giebt es überhaupt keine freie Arbeitswahl, niemand ist Herr über sein Arbeitslos und Arbeitsfeld, und wenn das Recht der formellen Freizügigkeit zusammenbricht mit der Möglichkeit seiner willkürlichen, schrankenlosen Ausübung, dann giebt's heute auch keine Freizügigkeit. Der Zufall der Geburt, das Nachtgebot des Klassenstaates, die slavische Disciplin des Militarismus, die Gewalt des Hungers, die Laune des Kapitalisten und das ewige, unberechenbare, dunkel treibende Ungefähr des Weltmarktes fesseln jeden an Ort und Arbeit, niemand wird gefragt nach Lust und Begabung. So sieht die „Freizügigkeit des Gegenwartsstaates“ aus. Wenn Eugen Richter die vernünftige und freie Regelung der Zukunft eine Zucht-hausordnung nennen will, so sei ihm das unbenommen. Es handelt sich dann eben nur darum, ob ein Zucht-haus der Ordnung oder ein Zucht-haus, in dem die Menschen wie wilde Bestien über einander herfallen, ohne Sinn und Zweck, vorzuziehen sei.

Nachdem sich Eugen Richter darüber aufgeregt, daß Kautsky auch für die Zukunft mit ungleichen Löhnen rechnet, kanzelt er Webel ab, weil er von einem gleichen Arbeitslohn für alle „phantasiert“. Kautsky und Webel widersprechen sich nicht. Jener spricht von der Uebergangszeit, dieser von der vollendeten sozialistischen Gesellschaft. Die ganze Frage ist für jeden, der den Sozialismus durchdacht hat, von sehr untergeordneter Bedeutung. Das kapitalistisch verfallte Girn Eugen Richters kennt natürlich nichts Wichtigeres als das Problem, ob einer mehr als der andere „verdient“. Bei dieser Gelegenheit aber beweist der Gelehrte des kapitalistischen Spießertums in außerordentlich komischer Weise, daß seine Gedankenwelt innerhalb des Kapitalismus mit Brethern vernagelt ist, durch die ihm nicht einmal ein winziges Astloch einen freieren Blick in eine Ordnung jenseits des Kapitalismus gestattet. Der „Sozialistenpiegel“ bemerkt nämlich tiefinnig: „Wenn die Lohn- und Einkommensverhältnisse ungleich sind, treten alsbald wieder die Unterschiede von arm und reich hervor, sammeln sich Ersparnisse und Vermögen an und der ganze Zukunftsstaat geht zum Teufel.“

Eugen Richter mag sich auf den Kopf stellen, er kann sich nicht aus den kapitalistischen Zwangsvorstellungen herausdenken; er schmachtet wahrhaft bejammernswert im geistigen Zuchthaus des Ausbeutungssystems. Natürlich wird sich auch bei Ungleichheit der Entlohnung der von Eugen Richter in Aussicht gestellte Kladderadatsch der sozialistischen Gesellschaft nicht einstellen. Denn da diese Löhne nie zum „Kapital“ werden können, weil niemand fremde Arbeitskraft auszubeuten vermag, so wäre die Ansammlung von „Ersparnissen und Vermögen“ wertloser Mottenfraß. Der Unterschied von Arm und Reich könnte sich auch unter Annahme ungleicher Löhne nur in der mehr oder minder größeren Anschaffung von Gebrauchsgütern oder in dem üppigeren oder bescheideneren Konsum von Lebensmitteln äußern, niemals aber in der Häufung von Produktionsmitteln. Eine Sammlung von nicht konsumierten Lohnzetteln oder Lohnmünzen hätte keine andere Bedeutung als etwa die Sammlung von Stiefelabsätzen oder Hosentknöpfen, die sich ein spleeniger Liebhaber zulegt.

Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung.

In der zweiten Auflage des „Sozialisten-Spiegels“ hat Eugen Richter dieses Stichwort weggelassen. Selbst seine Abgestumpftheit schreit offenbar schließlich vor solchem Uebermaß strupelloser Heuchelei und Verlogenheit zurück. In der ersten Auflage aber weist der „Sozialisten-Spiegel“ auf die sozialdemokratische Ablehnung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle von 1891 hin und fügt hinzu: „Hinsichtlich des Koalitionsrechts bleibt in der Novelle alles beim bisherigen Recht. Gleichwohl hat die Sozialdemokratie, welche sich auf ihre Bestrebungen für Arbeiterschutz so viel zu gute tut, gegen diese Novelle zur Gewerbe-Ordnung gestimmt, indem sie es fälschlich so darstellte, als ob dieselbe einseitigen Interessen der Arbeitgeber dienlich sei.“

Wenn das Zentrum in seinen unsaubersten Waschketteln mit unserer Ablehnung der unzulänglichen oder reaktionären Sozialgesetze krebst, so kann es sich doch wenigstens darauf berufen, daß es selbst diese Gesetzgebung mitgemacht hat. Die Freisinnige Volkspartei aber hat in einem principellen Gegensatz zur Sozialgesetzgebung gestanden, nicht weil sie ihr — wie uns — zu wenig bot, sondern weil sie ihr zu weit ging. Eugen Richter und die Seinen waren Gegner der Versicherungsgesetze — wegen des „Zwanges“ — er hält jeden gesetzlich normierten Arbeitstag für den Untergang der Welt, Sonntagsruhe und Neunuhr-Ladenschluß scheint ihm eine schwere Versündigung wider Sankt Manchester, und sein Parteigenosse Zwick erwies sich erst kürzlich — am 24. Oktober 1902 — in der Kommission, welche über das Kinder-Schutz-Gesetz beriet, als ein Freund „mäßiger“ Kinderarbeit. Herr Zwick sprach unter dem Widerspruch sogar des Regierungsvortreters für eine höhere Ausbeutungsmöglichkeit sowohl der eigenen wie der Waisenkinder und der in Zwangsverziehung befindlichen Kinder. Wehnlich begeisterte sich der Volksparteiler Bräufde für die landwirtschaftliche Lohnarbeit der Gütefinder.

Für die Gewerbenovelle von 1891 freilich hat die Freisinnige Volkspartei gestimmt, und sie hatte allen Grund, dafür zu stimmen. Denn dem freisinnigen Volksparteiler Gutfleisch, der mit Freiherrn v. Stumm u. a. zusammen zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Verschlechtigungs-Kommission bildete, ist im wesentlichen mit zu verdanken, daß das Gesetz auch hinter den bescheidensten Ansprüchen zurückblieb. Eugen Richter aber ging auch dieses Gesetz noch zu weit und in seinem A B C = Buch tabelt er die „schablonenhafte Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ und wünscht die völlige Freigabe des Verkehrs in den Vormittagsstunden.

Und dieser hartnäckigste Gegner des Arbeiterschutzes macht es jetzt der Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie gegen ein Gesetz gestimmt hat, das u. a. Ausnahmestimmungen gegen das Koalitionsrecht enthielt!

„Arbeitervertreter.“

Eugen Richter hält sich darüber auf, daß die 58 Abgeordneten der Sozialdemokratie nicht zum Proletariat gehören. Im Zukunftsstaat würden sie ihre Position verschlechtern. Da sie durchweg ein Einkommen bezögen, das über 3000 M. beträgt, gehörten sie „im sozialdemokratischen Sinne schon zu den Ausbeutern“. (Siehe unter Ausbeutern.) „Auch in den früheren Lebensverhältnissen haben nur einzelne zu den Arbeitnehmern und Lohnarbeitern gehört.“ Dann heißt es: „Der soziale Gegensatz zwischen den tatsächlichen Lebensverhältnissen und den Interessen, für welche die Abgeordneten von ihren Wählern berufen sind, einzutreten, wird auch in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vielfach lebhaft empfunden. Dieselbe entbehrt aber der Einigkeit und der Organisation, um sich der Führung solcher ihr von Haus aus fernstehenden Elemente zu erwehren.“

Die übliche Mischung von boshafter Albernheit und blanke Lüge. Von den 58 Abgeordneten sind nicht „nur einzelne“, sondern fast alle Arbeitnehmer und Lohnarbeiter gewesen. Von diesen waren oder sind 6 Tischler, 2 Schneider, 1 Sattler, 1 Strumpfwirker, 1 Drechsler, 2 Schuhmacher, 1 Zimmermann, 3 Buchdrucker, 1 Tapezierer, 8 Cigarrenarbeiter, 1 Holzbildhauer, 2 Maschinenbauer, 1 Techniker, 1 Glasmacher, 1 Klemmner, 1 Stellmacher, 1 Gürtler, 1 Former, 1 Zinngießer, 1 Weber, 1 Gärtner, 2 Handlungsgehilfen, denen gegenüberstehen 8 Schriftsteller, 1 Apotheker, 4 Rechtsanwälte, 2 Volksschullehrer, 1 Chemiker, 1 Offizier. Wenn viele Handarbeiter später sich ganz ihrer Tätigkeit im Dienste der Partei widmeten — in Presse, Parlament, Gewerkschaft, Genossenschaft usw. — so ist das eine durchaus natürliche Entwicklung. Die Partei bedarf der Männer, die ihre ganze Kraft ihr widmen.

Was bezweckt aber das ganze Gerede? Hält es Eugen Richter für unmöglich oder schädlich, daß in der Arbeiterschaft auch einige Männer aus anderen Berufsclassen wirken? Die Leitung der freisinnigen Gewerksvereine wird doch bekanntlich vom Akademiker Dr. Max Hirsch annektiert. Was bedeutet die unter dem Vorwande von beobachteten „Empfindungen“ versteckt an die Arbeiterschaft gerichtete Aufforderung, „sich der Führung solcher ihr von Haus fernstehenden Elemente zu erwehren“?

Sinn und Zweck dieser „Sozialisten-Spiegelung“ bliebe rätselhaft, wenn man nicht die allerneueste Entwicklung der Richterianer kennen würde. In Wahrheit handelt es sich nämlich um eine Spiegelung der Breslauer Kaiserrede!

Wilhelm II. sagte in Breslau anfangs Dezember 1902 zu den 16 als „Arbeiterdeputation“ ausstaffierten Proletariern: „Statt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren Euch aufzuheben versucht gegen Eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken... Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokraten.“

Der „schlichte Mann aus der Werkstatt“, das ist der Sinn der Sozialisten-Spiegelung über „Arbeitervertreter“. Eugen Richter sehnt sich wie Wilhelm II. nach dem schlichten Mann aus der Werkstatt. Der Kaiser forderie die Arbeiter auf, nicht „diese Agitatoren“ in den Reichstag zu entsenden, Eugen Richter wünscht, daß die Arbeiter sich der ihnen von Haus aus fernstehenden „Elemente“ „erwehren“.

Das ist keineswegs eine tendenziöse Deutung der Darlegungen des Sozialisten-Spiegels, sondern der wirkliche Sinn. Eugen Richter kommt mit

dieser Scharfmacherei jenen schlesischen freisinnigen Fabrikanten entgegen, die in ihren Werkstätten die Breslauer Kaiserrede von der gesicherten und guten Existenzbedingung und dem schlächten Mann aus der Werkstatt mit Begeisterung und Berechnung ausgingen. Der Führer der Arbeiterdeputation war ein alter freisinniger Volksparteiler, der Federschmied Karl Lammt. Und als der Kaiser gesprochen, empfahl die „Breslauer Zeitung“, das Blatt, das neben der „Freisinnigen Zeitung“ am blindesten Eugen Richter ergeben ist und ihn an einfültiger Sozialistenfresserei noch überbietet, den freisinnigen Mann aus der Werkstatt, Lammt, mit Berufung auf den ausdrücklichen Vorschlag des Kaisers — als Kandidaten für Reichstags- und Landtagswahlen.

Dagegen erkennt selbst die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, die Verdienste der sozialdemokratischen Berufsparlamentarier an. In einem Artikel vom 13. Mai 1903 schreibt sie, „daß die Sozialdemokratie im Reichstage eine Rolle spielt, die über ihre eigentliche Bedeutung und ihre parlamentarische Stärke weit hinausgeht. Das kommt daher, daß die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten während der Tagung bis zu einem gewissen Grade Berufsparlamentarier sind. Sie beschäftigen sich fast ausschließlich oder doch hauptsächlich mit den parlamentarischen Aufgaben, sie bekommen ihre bestimmten Ressorts angewiesen, sie studieren infolgedessen die Materialien, die in ihr Ressort gehören, mit großem Fleiße und Eifer. . . . Wenn derartige, auf einem verhältnismäßig fleißigen Studium beruhende Ausführungen durch ein paar nonchalante Redensarten abgetan werden, so kann das keinen guten Eindruck machen“.

Eugen Richter kämpft wie ein Verzweifelter und wie ein Bankrotteur um seine Kunden. Den freisinnigen Fabrikanten Schlesiens schenkt er den Mann aus der Werkstatt statt der „fernstehenden Elemente“ — der sozialdemokratischen Agitatoren — wie er die Wahlhilfe des Centrums durch den Zollerrat erkaufte hat.

Artilleriekredite.

Eugen Richter wird reichstreu. Er denunziert bereits die Sozialdemokraten als Reichsfeinde, welche das Vaterland wehrlos machen, weil sie gegen neue Kanonen stimmen.

Die Vorgänge auf dem Hamburger Parteitage werden irreführend wiedergegeben. Es soll durch die Darstellung der Anschein erweckt werden, als ob in Hamburg sich Parteigenossen für die Kanonenvorlage ausgesprochen hätten, mit der Begründung, „daß man doch nicht die deutschen Soldaten hinschlachten lassen dürfe infolge besserer Bewaffnung der gegnerischen Armee“. In Wahrheit hat sich niemand für die Bewilligung ausgesprochen, sondern es wurde nur gegen eine Anschauung des Parteigenossen Parvus polemisiert, daß man gerade bei dieser Gelegenheit eine besondere Agitation hätte entfalten müssen. Dagegen bemerkte Auer, indem er eine Aeußerung Schippels erläuterte: „Wir haben es abgelehnt, weil wir grundsätzliche Gegner des Systems sind, aber wir haben nicht geglaubt, daß diese Frage der Bewilligung, die sich in der wahnsinnigen Entwidlung, die der Militarismus unter den europäischen Kulturstaaten angenommen hat, notwendig macht seitens der Vertreter dieses Systems, zu denen wir nicht gehören — wir haben nicht geglaubt, daß diese Angelegenheit eine solche sei, bei der eine besondere Agitation angebracht sei.“

Um nichts anderes hat es sich in Hamburg gehandelt. Das Wort vom Abschlachtenlassen ist in Hamburg nur citiert worden. Das Wort hat Bebel in Halle (1890) in ganz anderer Tendenz gegenüber den Angriffen der Unabhängigen ausgesprochen: „Mühten sich unsere Brüder, Söhne und Väter schon einmal auf das Schlachtfeld schleppen lassen, dann kleide man sie wenigstens so, daß sie

nicht geradezu das Auge der feindlichen Schützen herausfordern. Und nun frage ich Euch alle, die Ihr verpflichtet seid, gegen den auswärtigen Feind die Waffen zu tragen: — wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine bequeme Zielscheibe für den Feind werdet, habe ich damit irgend etwas gethan, was vom Parteistandpunkte aus verwerflich wäre? Wenn ich aber weiter erkläre, ich bin bereit, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen, dann habe ich damit nichts weiter gethan, als meine Bereitwilligkeit ausgedrückt, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Zehntausende unserer eigenen Genossen durch die Ungeschicklichkeit unserer Militärverwaltung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden.“ Weiläufig beharrt bis jetzt die Militärverwaltung auf die papageienhaften, gemeingefährlichen Uniformen. Erst neuerdings begannen die zünftigen Militärs, die Anregungen Bebels zu beherzigen.

Die Sozialdemokratie stimmt für dunkle Uniformen, weil darin — ganz wie auch in der Herabsetzung der Dienstzeit — eine Verbesserung, Humanisierung und auch eine Verbilligung des Militärsystems anzuerkennen ist. Jede Verbesserung der Mordstechnik hingegen bedeutet eine Verschärfung und Brutalisierung des Militarismus und eine weitere ungeheure Belastung. Sie ist mithin principiell zu verwerfen, wenn sich auch unter Umständen aus einer derartigen Vorlage kein Anlaß zu einer besonderen Agitation ergibt.

Wenn diese klare, unzweideutige grundsätzliche Auffassung von Eugen Richter nicht verstanden wird, so liegt das daran, daß er überhaupt nur noch für ein Princip Verständnis hat: der Verleumdung und Verabberung der Sozialdemokratie. In Militärfragen hat Eugen Richter 30 Jahre lang nichts anderes gethan, als daß er mit dem Eigensinn eines wild gewordenen Kalkulators bei jeder neuen Militärforderung immer die Rechnung wiederholte: Gerade die bestehende Präsenzstärke sei ausreichend, mehr sei nicht notwendig. Wenn man nicht anders den Militarismus zu bekämpfen weiß, so ist das freilich der Standpunkt lächerlicher und unfruchtbarer Verneinung.

Eugen Richter macht dann noch eine Anleihe bei den Nationalsozialen und versichert, die Sozialdemokratie gestatte sich nur deshalb gegen die Ansprüche der Mordstechnik zu stimmen, weil sie für die Bewilligungen nicht ausschlaggebend ist. Wenn die Sozialdemokratie ausschlaggebend für militärische Entscheidungen geworden sein wird, dann wird das ganze System, aus dem unsere jetzige Haltung folgt, radikal beseitigt: das Massen- und Kastenheer, das nur ein Werkzeug der herrschenden Gesellschaft ist, wird ein demokratisches Volksheer. Dafür und für alle seine Bedürfnisse werden wir allerdings stimmen.

Die Fortschrittspartei, die entstanden und erstarkt ist im Militärkonflikt mit Bismarck, ist heute so jämmerlich verkommen, daß sie gegen die Sozialdemokratie Anklagen erhebt, wie Bismarck gegen die Waldeck und Unruh, mit deren Namen Eugen Richter sich und seine Partei aufzupuzen sucht: Wenn man das Militärbudget ablehnt, „heißt das nicht dem Auslande zuzurufen: Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen —“ (Preußisches Abgeordnetenhaus, 26. Februar 1863).

Ausbeuter.

Eugen Richter liebt es, die bössartigen Einbildungen seiner grenzenlosen Unwissenheit als Wesenszüge der Sozialdemokratie zu behaupten und sie dann glänzend zu widerlegen: der Sancho Panza des Kapitalismus im Kampfe mit seinem eigenen Esel! So liest man im Sozialistenpiegel: „Ausbeuter pflegen die Sozialdemokraten die Personen zu nennen, welche ein höheres Einkommen beziehen oder einiges Vermögen besitzen.“ „Personen, die ein Einkommen von über 3000 Mk. beziehen, gehören zu den Ausbeutern.“ Nachdem er sich den Ansinn aus den Fingern gezogen, belehrt er uns dann, daß

also auch die in reinem Arbeitseinkommen mehr als 3000 M. verdienenden Personen: Ärzte, Lehrer, Künstler, Beamte, Angestellte, ja auch „der gesamte Stab der sozialdemokratischen Partei“ zu den Ausbeutern gehörten.

Ausbeuter ist, wer mehr als 3000 M. bezieht — außer Eugen Richter hat noch niemand einen so haarsträubenden Blödsinn ausgesprochen. Nach sozialdemokratischer Auffassung sind vielmehr ein großer Teil dieser mehr als 3000 M. beziehenden „Popparbeiter“ selber nichts wie Ausgebeutete des Kapitals: Man denke an die Ingenieure, die im Dienste eines nichtstuhenden Unternehmertums fronden. Unser Hinweis auf die 4 Proz., die mehr als 3000 M. beziehen, und der 96 Proz. der Bevölkerung, die mit weniger als 3000 M. auskommen müssen, hat mit der Theorie der „Ausbeutung“ nichts zu tun; er soll nur die furchtbare Tatsache charakterisieren, daß überhaupt nur eine Handvoll Menschen ein einigermaßen erträgliches Dasein führen können. „Ausbeuter“ ist nach sozialdemokratischer Auffassung derjenige, welcher durch Aneignung fremder, nicht voll bezahlter Arbeit sich Gewinn verschafft; und es ist ganz gleichgültig, ob ein solcher Nutznießer des kapitalistischen Systems durch Lehrlingszuchtling eine jämmerliche Jahreseinnahme von 1500 M. zusammenbringt oder ob er durch Beschäftigung von 50 000 Arbeitern jährlich 20 Millionen „verdient“. Eugen Richter verfolgt mit seiner funkelneuen Erfindung, daß nach sozialdemokratischer Auffassung die Ausbeutung mit einem Einkommen von 3000 M. beginnt, tiefere Zwecke. Vergleiche unter: „Einkommenstatistik“.

In seiner Verteidigung des Profits kehrt Eugen Richter dann wieder zum allerältesten Hauschuh kapitalistischer Geheimmittel zurück. Der Unternehmergewinn ist die Entschädigung für die Leitung des Betriebes (Unternehmerintelligenz!) — als ob nicht in den modernen Großbetrieben der coupon-schneidende Aktionär als Unternehmer seinerseits Betriebsleiter ausbeutet! Ferner wird die Mehrverzsaneignung aus dem „Risiko“ des Unternehmers abgeleitet — als ob nicht tausendfach größeres Risiko auf dem Arbeiter lastet: Arbeitslosigkeit, Gewerbekrankheiten, Unfälle, früher Tod!

Auch Kapitalzins und Grundrente wird als Inbegriff kapitalistischer Herrlichkeit und Weisheit gepriesen. Hier wird Eugen Richter zum begeisterten Poeten der kapitalistischen Religion: „Endlich, soweit Zins oder Rente aus Kapitalvermögen oder Grundvermögen übrig bleibt, ist dieser Zins die Prämie dafür, daß entweder der Betreffende oder seine Eltern oder Verwandte das, was sie erworben, nicht selbst verzehrt, sondern aufspart und ausbringend verwandt haben.“

Das ist die durch ihr ehrwürdiges Alter nicht minder albern gewordene Zinstheorie der faulen Fische, welche Professor Moscher, einer der leichtesten Vertreter bürgerlicher Nationalökonomie, in folgender Fassung „historisch“ als „Entbehrungslohn“ ableitete:

Der leichtsinnige Fische der Urzeit hat alle Fische gleich verzehrt. Der Mann blieb also arm. „Nun beschränkt ein kluger Mann 100 Tage lang seinen Konsum auf 2 Fische täglich, und benutzt den auf solche Art gesammelten Vorrat von 100 Fischen dazu, 50 Tage lang seine ganze Arbeitskraft auf Herstellung eines Bootes und Fischnetzes zu verwenden.“ Nun fängt der nackte Höhlenfische 30 Fische täglich und vermietet auch sein Boot und Netz, selbstverständlich gegen Entgelt: „Bei einer Verhandlung hierüber achten beide Teile ganz gewiß nicht bloß auf die 50tägige Arbeit, sondern zugleich auf die 150tägige Entbehrung der vollen Speiseration“; denn es würde sonst, wenn bloß die Abnützung des Bootes und der Geräte vergütet würde, „der Darleiher gar keinen Vorteil von seinem Darlehen haben“. Daraus folgt dann die „Rechtmäßigkeit des Kapitalzinses“. Mit Recht weist Professor Stammler, einer der wenigen denkfähigen und denkwürdigen bürgerlichen Volkswirtschaftslehrer unserer Zeit, auf die vielen faulen Fische hin, die in diesem sinnreichen Beispiel zunächst verzehrt werden

müssen. Die Höhlenfischer-Zinstheorie der faulen Fische ist Eugen Richters ganze Weisheit.

Gewiß, dafür daß der Ansherr den Ausbeutungsertrag nicht ganz verzehren konnte, sondern als Mittel weiterer Ausbeutung verbandte, müssen noch Kinder und Kindeskinde bis ins tausendste Glied „belohnt“ werden! Ob die Reichthümer durch schamlos niedrige Löhne, durch Betrug, durch die Verkuppelung mit einer reichen Frau oder durch die Lotterie erworben sind — was tut's, die Familie hat für alle Ewigkeit den Anspruch auf die „Prämie“.

Wögen die Junker durch Gewalt, Bauernlegerei, Staatsprivilegien auch ihr Grundvermögen „erworben“ und „erspart“ haben, der Verdienst für jene nutzbringende Tätigkeit darf dem Enkel und Urenkel nicht entzogen werden. Mit dieser famosen Grundrenten-Theorie liefert dann wieder Eugen Richter den Brotwucherern ein schneidiges Argument. Denn wie kann man den Großgrundbesitzern und Feudalherren zumuten, daß sie plötzlich des von ihren Vorfahren durch Fleiß und Sparsamkeit erworbenen Unrechts auf „Prämien“ berlustigt gehen, bloß weil die Preise gesunken sind? Gegen solche „Konfiskation“ durch die Weltmarktsentwicklung muß doch der Staat mit hohen Zöllen eingreifen! Der Weg von Eugen Richter zu Kröcher ist nicht nur in der Praxis des Zollwuchers, sondern auch in der Theorie des Sozialisten-Spiegels außerordentlich kurz.

Bauern und Sozialdemokraten.

Der Freisinn vermag den Bauern nicht viel mehr zu bieten als Viehhändler, Hypothekengläubiger, Bodenschlächter, Wucherer und das sonstige freie Spiel der Kräfte. Die Sozialdemokratie dagegen unterstützt alle diejenigen Forderungen, welche geeignet sind, dem Kleinbäuerlichen Proletariat ein schweres Loß zu erleichtern. Nur verspricht sie ihm nicht, wie sie es auch nicht den Handwerkern und Krämern verspricht, daß er durch irgend ein Mittel jemals auf seiner engen Scholle Befreiung von seinem Elend finden könne. Solchen Schwindel überläßt die Sozialdemokratie dem Bund der Landwirte über 500 Hektar. Auch der „aus Parteimitteln besoldete“ — wie Eugen Richter wiederholt schreibt — Schriftsteller Karl Kautsky tritt in seinem Buch über die „Agrarfrage“ — für Schutz der Landwirtschaft im kulturellen Sinne und für den Schutz der kleinbäuerlichen Bevölkerung ein. Er fordert Beseitigung der feudalen Privilegien (Jagdrecht, Wildschaden), eine Landeskultur großen Stils, Seuchenbekämpfung, staatliche Versicherungen gegen Elementarschäden und Seuchen, Genossenschaften, Bildungsanstalten. Ferner sind die Verwandlung des Polizeistaates in eine demokratische Selbstverwaltung, die Beseitigung des Militarismus, die Uebernahme der Schul-, Armen-, Wegelasten usw. auf den Staat, die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Verstaatlichung des Heilwesens, eine den kleinen Mann entlastende Steuerpolitik durchaus geeignet, das Loß der Kleinbauern zu erleichtern.

Die Sozialdemokratie ist sich ferner seit jeher darüber einig, daß sie nicht das bäuerliche Eigentum expropriieren will und wird. Es giebt keinen Sozialdemokraten, der eine abweichende Meinung in dieser Frage vertritt. So steht es in den offiziellen Erklärungen zum Erfurter Programm. So schrieb Friedrich Engels, der führende Theoretiker der Sozialdemokratie, 1894, „daß, wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber den Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von genossenschaftlicher Hilfe zu diesem Zwecke.“

Weber durch direkten Zwang, noch durch indirekte Mittel wird die Sozialdemokratie den bäuerlichen Besitz zerstören. Wir sind vielmehr der Ueberzeugung, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe im Gemeinbesitz, welche die Sozialdemokratie einrichten wird, ihren Genossen so ungeheure Vorteile bieten wird, daß der bäuerliche Selbstbewirtschafter freiwillig dazu kommen wird, sein Elend mit der neuen Ordnung zu vertauschen.

Trotzdem bringt es Eugen Richter fertig, durch eine Reihe von gemeinen Fälschungen, die an Infamie und Dummdreistigkeit selbst das Sozialistenpiegel-Maß überbieten, zu behaupten, Kautskij gebe in seiner Schrift „Am Tage nach der Revolution“ Rezepte, wie man, ohne blutige Köpfe befürchten zu müssen, die Bauern aus ihrem Eigentum drängen könne. Was schreibt Kautskij? Seite 33 ff. heißt es: „Bei der heutigen konservativen Natur unseres Bauern ist es höchst wahrscheinlich, daß eine Reihe derselben in der bisherigen Weise wird weiter wirtschaften wollen. Die proletarische Staatsgewalt wird auch gar keine Neigung haben, derartige kleine Betriebe zu übernehmen. Noch kein Sozialist, der ernst zu nehmen ist, hat je verlangt, daß die Bauern expropriert oder gar ihre Güter konfisziert werden sollen. Es wird wahrscheinlich jedem kleinen Bauern gestattet bleiben, so weiter zu wirtschaften, wie er das bisher getan hat. Der Bauer hat von einem sozialistischen Regime nichts zu fürchten.“ Ja, die bäuerliche Wirtschaft werde durch das neue Regime sogar eine Stärkung erfahren. Dem Bauern werden die jetzigen Lasten abgenommen, und da das Proletariat ein Interesse an der Steigerung der Produktion habe, werde die neue Regierung durch Gemährung von Vieh, Maschinen, Dünger, durch Meliorationen des Bodens usw. die bäuerliche Wirtschaft zu heben suchen.

Kein Wort davon, daß etwa in der Folge durch Chikanen der Kleinbäuerliche Betrieb zu Ruine gesetzt werden soll. Durch Förderung der genossenschaftlichen Wirtschaft soll die alte Generation allmählich an die vernünftigeren Betriebsweise gewöhnt werden. „Aber von einer gewaltsamen Förderung dieser Entwicklung wird das siegreiche Proletariat absehen, und zwar schon aus dem sehr triftigen Grunde, weil es nicht darnach verlangen wird, sich ohne Not blutige Köpfe zu holen. Und das wäre das Resultat jedes Versuches, den Bauern eine neue Produktionsweise aufzuzwingen.“

Und was behauptet nun Eugen Richter in Kautskijs Schrift gelesen zu haben? In dem er aus allen möglichen Kapiteln zusammenhanglose Sätze sinnlos aneinanderreicht, versucht er die Vorstellung zu erregen — eine feige dolose Fälschung, ohne den Mut direkter buchstäblicher Zitatenfälschung —, als ob das Kleinbauerntum zum Verzicht auf sein Eigentum durch eine chikanöse Arbeitslosen-Versicherung gezwungen werden soll. Die staatliche Arbeitslosen-Versicherung, von der Kautskij an ganz anderer Stelle in anderem Zusammenhang redet, wird aber lediglich als eines der Mittel angeführt, um das Proletariat zum Herrn über den Großkapitalismus zu machen. In dem Richter mit den Begriffen „Kleinbauer“ und „Zwergbauer“ verwirrend spielt, sucht er — ein Zeichen, daß er sich des schäbigen Handwerks selbst bewußt ist — sich der Anklage der Fälschung zu entwinden. Alle Umänderungen, die Kautskij auf die freie Einsicht in eine vernünftigeren Betriebsweise und den Einfluß der größeren wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zurückführt, verwandelt Richter in Zwang, Chikane, listige Niedertracht. In dem Sozialistenpiegel spiegelt sich eben immer nur der Stierkämpfer des Kapitalismus: Mit solchen Mitteln konkurriert allerdings der kapitalistische Großbetrieb den kleinen Mann nieder. Anders kann es sich Eugen Richter auch in Zukunft nicht denken, und so liest er in die Schilderungen sozialistischer Menschenbefreiung die Praktiken der kapitalistischen Aktiengesellschaft Fortschritt hinein.

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete August Heine hat das unberdiente Mißgeschick, als Kronzeuge für diese literarische Messerstecherei an-

geführt zu werden. Seine Hütte, als er ein Paar Tage stellvertretend die Halberstädter „Volkszeitung“ redigierte, in recht unüberlegten Hochkommer= artikeln ein Loblied auf das Glück des Kleinbäuerlichen „In-eigenen-Stiefeln-Stehens“ gesungen. Dem Anflug wurde damals schnell ein Ende bereitet. Seines Leistung war gewiß arg, aber seine bewundernde Aufnahme im „Sozialistenpiegel“ hat er doch nicht verdient. Das ist zu schwere Buße!

Bernstein, Eduard.

An den Namen Eduard Bernsteins knüpfen sich die theoretischen Diskussionen, die in der Sozialdemokratie in den letzten Jahren gepflogen wurden. Durch seine jahrzehntelange Abwesenheit von Deutschland — er lebte in England in Verbannung — und infolge der ungewöhnlichen Dauer und Höhe der letzten wirtschaftlichen Aufschwungsperiode, wurde Bernstein zu allzu optimistischen Auffassungen über deutsche Parteiverhältnisse und die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen veranlaßt. Seine günstigere Meinung von der deutschen Bourgeoisie hat er, seitdem er in Deutschland lebt, nicht aufrecht erhalten. Die furchtbare Krisis, die dem Aufschwung folgte, hat die bisherige sozialdemokratische Anschauung bestätigt. Die individuellen Ansichten Bernsteins sind von der Partei nicht angenommen worden. Er selbst aber ist durchweg auf dem Boden der sozialdemokratischen Programmforderungen, sowohl hinsichtlich der Gegenwart wie der Zukunft und des Endziels. Im Reichstag hat er Schulter an Schulter mit der sozialdemokratischen Fraktion gekämpft.

Den Versuch, Bernsteins persönliche Meinungen gegen die Sozialdemokratie zu mißbrauchen hat schon vor Eugen Richter ein anderer freisinniger Volksparteiler, Herr Heinrich Bräntel, unternommen, der im Solde und Auftrag der vereinigten Scharfmacher und Reaktionäre (voran der berüchtigte Zentralverband deutscher Industrieller) unter dem Namen „Bürger“ eine in Millionen Exemplaren verbreitete Subeisei schrieb: „Soziale Tatsachen und sozialdemokratische Lehren. Ein Büchlein für denkende Menschen und besonders für denkende Arbeiter.“ Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat eine Gegenschrist erscheinen lassen unter dem Titel: „Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller“. (Berlin 1903, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“.) Die Erwiderung behandelt in erschöpfender, gemeinverständlicher, überzeugender Weise auch die Streitfragen über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung.

Es ist nicht verständlich, warum Eugen Richter Bernsteins Meinungen anführt. Hielte er sie gegenüber den herrschenden sozialdemokratischen Anschauungen für richtig, dann ergäbe sich für ihn die Konsequenz, daß er seinen Gläubigen wenigstens empfehlen müßte, für die „Bernsteinische Sozialdemokratie“ zu stimmen. Wir hätten dagegen nichts einzutenden.

Daß der „Sozialistenpiegel“ von Anfang bis zu Ende auf Täuschung berechnet ist, erkennt man auch bei dieser Gelegenheit. Eugen Richter hat das Bedürfnis, nachzuweisen, daß Bernsteins Anschauungen in der Partei immer mehr Boden gewonnen haben. Da dies aber nicht der Fall ist, so muß er sogar offensündige Abstimmungen und Parteitagbeschlüsse fälschen. Richter erzählt, in Hannover (1899), sei die Resolution Bebel gegen Bernstein mit 205 gegen 34 Stimmen angenommen worden. Auf dem Parteitag in Lübeck (1901) aber sei eine Resolution Bebel mit 161 gegen 71 Stimmen angenommen, die das Verhalten Bernsteins mißbilligte. Daraus folgert der „Sozialistenpiegel“: „Zum Verhältnis zu dem vorjährigen Parteitag in Hannover war die Minorität für Bernstein von 34 auf 71 angewachsen und die Mehrheit für Bebel hatte sich

von 205 auf 161 vermindert.“ Mehr Fälschungen lassen sich in so wenigen Worten nicht ansammeln. Erstens ist Hannover (1899), nicht der „vorjährlge“ Parteitag von Lübeck (1901); dazwischen liegt Mainz. Zweitens. In Hannover wurde die Resolution Bebel in dem entscheidenden Absatz mit 205 gegen 34, in der Gesamtstimmung mit 206 gegen 21 Stimmen angenommen. Die Minorität war aber nicht, wie der „Sozialistenpiegel“ behauptet, eine Minorität für Bernstein, sondern bestand vielmehr aus den Parteigenossen, denen die Resolution Bebel gegen Bernstein nicht scharf genug war. Drittens: In Lübeck wurde die Resolution Bebel nicht mit 161 gegen 71 Stimmen, sondern mit 203 gegen 31 Stimmen angenommen; diese 31 Delegierten der Minorität, Freunde Bernsteins, waren aber gleichfalls für die Bebel'sche Resolution in Hannover; sie stimmten lediglich gegen das persönliche Tadelsvotum. Vorher war mit 166 Stimmen gegen 71 Stimmen eine Resolution, die sich mit einer bloßen Wiederholung der Resolution in Hannover begnügen wollte, abgelehnt worden, weil sie der Mehrheit nicht weit genug ging.

Gerade das Umgekehrte der auf durchweg gefälschten Zahlen und Angaben beruhende Darstellung Richters ist mithin die Wahrheit: Von Hannover bis Lübeck war die Zahl derjenigen, die ein schärferes Votum, über die Hannover'sche Resolution Bebel's hinaus, gegen Bernstein wünschten oder billigten, von 34 (21) auf 166 (203) angewachsen.

Befoldungsverbesserungen an Beamte.

Eugen Richter erfindet, daß die Sozialdemokratie für die Aufbesserung von Beamtengehälter eintritt, nicht um der Sache willen, sondern um die Beamten der Sozialdemokratie geneigt zu machen. Nachher aber stimme sie gegen das Budget. (Darüber siehe unter Budgetverweigerung.) Dann heißt es wörtlich: „Sie stimmt auch nicht für Vermehrung oder Erhöhung der Verbrauchsabgaben, sondern verweist alsdann darauf, daß man ja Einkommensteuern und Vermögensteuern im Reiche einführen könne“. Es wird dann der Blödsinn wiederholt — siehe unter „Ausbeutung“ — daß nach sozialdemokratischer Auffassung „alles irgendwie größere Einkommen nur auf Ausbeutung der Arbeiter beruht — und deswegen forderten die Sozialdemokraten eine Verkürzung der Einkommen durch direkte Besteuerung.“

Damit ist Eugen Richter bis zur Verleugnung einer der ältesten und festesten freisinnigen Grundsätze vorgeschritten, in dem die Partei sich bisher mit der Sozialdemokratie berührte, bis zur Ablehnung direkter Reichssteuern. Zugleich wird so der Satz des freisinnigen Nürnberger, in Hamburg 1903 bestätigten Programms, sinnlos, die „Entlastung der notwendigen Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen“ fordert. Es ist bisher nicht beachtet worden, daß gemäß dieser Entwicklung der Freisinnigen Volkspartei sie die in ihrem Eisenacher Programm (1894) enthaltene Forderung „progressiver Besteuerung von Einkommen und Erbschaften“ aus dem jetzt geltenden Programm gestrichen hat! Jetzt werden überhaupt keine positiven Steuervorschläge mehr gemacht. Aus der Lust aber kann das Reich die Mittel für Heer und Flotte nicht greifen. Will man die Masse der Besitzlosen von der Blutsteuer der Lebensmittelzölle entlasten, so bleibt nur die Einführung direkter Steuern übrig. Hohe direkte Reichssteuern empfindet aber Eugen Richter als Konfiskation des Vermögens, und so muß er also für Steigerung der indirekten Steuern im Reiche eintreten. Das ist offenbar auch ein entscheidender Grund für den Zollverrat Eugen Richters gewesen. Er wollte der Reichskasse höhere indirekte Einnahmen zuschanzen, um den Kapitalisten die Notwendigkeit direkter „Steueropfer“ zu ersparen. So erklärt sich auch das bisher rätselhafte Verhalten der Volkspartei

bei der Zucksteuer; sie hat die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe auf 12 Mark, die in der Kommission bereits beschlossen war, verhindert, indem sie im Plenum einen Antrag auf Heraufsetzung auf 14 Mark stellte und zur Annahme brachte.

Buchdruckerstreik in Leipzig.

Selbst mit dem berühmten „Leipziger Seherstreik“ weiß dieser unfähigste aller Sozialistentöter nichts rechtens anzufangen. Daß er diesen Streit der Arbeiterorganisationen untereinander einem Streit zwischen Kapitalisten und Arbeitern gleichstellt, dieses kleine Taschenspielerstückchen ist ihm so oft vorgemacht worden, daß es schließlich auch ihm zur Not gelingt. Bei der Entlassung von zwei Verbandssekern durch die Geschäftsleitung der „Leipziger Volkszeitung“ waren allerdings politische Gründe mit in Frage gekommen. Die Geschäftsleitung glaubte sich berechtigt, bei Einführung der Sekmashine zwei Seher entlassen zu dürfen, die sich zur Leipziger Partei und besonders zur „Leipziger Volkszeitung“ selbst feindselig verhalten hatten. Dieses Vorgehen der Leipziger Genosse wurde aber von der gesamten sozialdemokratischen Partei außerhalb Leipzigs auf das schärfste verurteilt und schließlich sahen die Leipziger Genossen selbst das Verfehlte ihrer Handlungsweise ein. Diesen Mißgriff einzelner Genossen, der von der Partei auf das entschiedenste zurückgewiesen wurde und dessen Folgen durch friedliche Vereinigung längst wieder aus der Welt geschafft sind, findet Eugen Richter „charakteristisch für das Verhalten der Sozialdemokratie als Arbeitgeber“.

Daß die Leipziger Genossen nicht im Interesse ihres persönlichen Profits, sondern im vermeintlichen Interesse der Arbeitersache gehandelt hatten, macht für Richter natürlich keinen Unterschied aus.

Man irrt sich aber, wenn man glaubt, Richter würde sich auf Seite der „gemäßigten“ Verbändler stellen. So sehr er sie als „alte Seher“ dem menschlichen Mitgefühl nahe zu bringen versucht, so zieht es ihn doch mit unwiderstehlicher Gewalt zu den Angehörigen der Buchdrucker-gewerkschaft, von denen er gehört hat, daß sie im Laufe des Streites als „Streifbrecher“ tituliert worden sind. „Streifbrecher“, meint er, „nennen die Sozialdemokraten jeden Arbeiter, der beim Ausbruch eines Streiks die Arbeit der Ausständigen übernimmt.“ So schließt er seine Ausführungen mit einer Apotheose streifbrecherischer Arbeiterehre.

Eine tollere Konfusion ist noch nicht erhört worden, sie müßte denn in dem Säckchen gefunden werden: „Die sozialdemokratische Parteileitung in Hamburg trat für die Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ ein.“ Eugen Richter kennt augenscheinlich zwei Parteivorstände, wovon die Sozialdemokratie bisher nichts weiß. Der „Sozialistenspiegel“ meint wohl die „Generalkommission der Gewerkschaften“ — damals in Hamburg. Aber die ist nicht für, sondern sehr energisch gegen die Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ eingetreten.

Eugen Richter hat kein Organ dafür, verwickeltere Arbeiterkonflikte zu verstehen und darzustellen. Er hat ja für alle Streikfälle die einfachste Lösung: „Stellen Sie Mädchen ein!“

Budgetverweigerung.

Die Sozialdemokratie hat, nachdem sie in Bayern und Baden gelegentlich für den Etat gestimmt hat, jetzt einmütig die Anschauung, daß auch in den Einzel-Landtagen der Etat abgelehnt werden muß, obwohl es sich hier nicht in dem Maße um kulturfeindliche Ausgaben handelt wie im Reiche; nur ausnahmsweise — wo es verfassungsrechtliche Bestimmungen oder die Gefahr des Inkraftnehmens eines noch schlechteren Etats zur zwingenden Notwendigkeit machen — darf eine sozialdemokratische Landtagsfraktion für den Etat stimmen.

Eugen Richter findet die Budgetverweigerung aber überhaupt unlogisch. „Im Reichstage stellen die Sozialdemokraten bei der Statsberatung vielfach Anträge auf Erhöhung der Ausgaben namentlich im Interesse der Beamten und Arbeiter. Nachher aber stimmen sie regelmäßig gegen den Etat im ganzen, auch wenn ihre Anträge ganz oder teilweise zum Etat angenommen worden sind.“

Die Mauserung des Freisinns ist soweit gediehen, daß sich auch seine konstitutionelle Auffassung in nichts mehr von der des feudalen Junkertums unterscheidet.

Die Budgetverweigerung als Ausdruck grundsätzlicher Opposition ist keine sozialdemokratische Erfindung, sondern eine Grundregel der liberal-freisinnigen Doktrin, die nun auch über Bord geworfen wird. 1850 ließen sich die Väter der heutigen „Freisinniger“ wegen Steuerverweigerung vor Gericht schleppen. Die Konfliktzeit anfangs der sechziger Jahre war nichts anderes wie eine fortgesetzte Budgetverweigerung der damaligen Freisinnigen. Heute begreift so etwas das Hirn Eugen Richters nicht mehr.

Daß die Ablehnung des Ganzen nicht die Verbesserung im Einzelnen hindert, gehört zu den feststehendsten Grundsätzen des parlamentarischen Systems. Eugen Richter versteht auch das nicht mehr. Wenn die Sozialdemokratie auch den Etat als Ganzes ablehnt, so hat sie doch ein Interesse daran, mit allen Mitteln auf eine Verbesserung des Stats im Einzelnen hinzuwirken. Auf diese Weise zwingt die Opposition die Majorität, über sich selbst widerwillig hinauszugehen. Dieser Vorgang wiederholt sich bei jedem Gesetz. Alle Parteien bemühen sich, in der Einzelberatung das Gesetz nach ihren Wünschen zu verbessern, wenn sie auch für das ganze Gesetz nicht stimmen können. In jedem solchen Fall wird also im einzelnen bewilligt, was dann im ganzen verweigert wird. Das gehört zum täglichen Brot des Parlamentarismus, seitdem es Parlamente giebt. Richter aber entsetzt sich über diese sozialdemokratische Erfindung!

Bürgerliches Gesetzbuch.

Die „Freisinnige Volkspartei“ rühmt sich gegenüber der Sozialdemokratie, für das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt zu haben; dadurch seien Fortschritte erzielt worden.

Die Freisinnige Volkspartei hat durch ihre Zustimmung für Jahrzehnte hinaus die Schaffung eines wirklich modernen und einheitlichen deutschen Rechts verhindern helfen. Die Schaffung eines deutschen Einheitsrechtes war unabweislich; diese Reform mußte unter allen Umständen kommen. Deshalb hätte man die Regierung zwingen können, ein besseres Gesetz vorzulegen. Eine Ablehnung des Bürgerlichen Gesetzbuchs hätte zur Folge gehabt die schleunige Vorlage eines neuen verbesserten Entwurfs.

Die nationalliberale Gesetzmacherei der siebziger Jahre ist dadurch berichtigt, daß die Liberalen alle Flicke- und Kompromiß-Arbeit hastig schluckten. Damit ist die moderne Ausgestaltung des Rechts bis zum heutigen Tage verhindert worden. An den Schäden schleppen wir seit Jahrzehnten, an dieser Kompromißsucht sind die Nationalliberalen zu Grunde gegangen. Es giebt keine gefährlichere Taktik als die der Flickegesetze, die ein zähes Leben haben und das Faule, längst Verfallene über seine Zeit hinaus konservieren.

Die „Freisinnige Volkspartei“ hat aber auch direkt zur Verschlechterung des Bürgerlichen Gesetzbuchs beigetragen. In der Kommission des Bürgerlichen Gesetzbuchs haben die beiden freisinnigen Mitglieder gegen die Aufhebung der Gesindeordnungen gestimmt und damit den Ausschlag für die Beibehaltung dieses mittelalterlichen Ausnahmrechtes gegeben. ((Siehe unter Gesinderecht.))

Caviar- und Austernzölle.

Die Liebedienerei Eugen Richters gegenüber dem Zentrum geht so weit, daß der „Sozialistenpiegel“ sogar eine der nichtsnutzigsten Lügen des Zentrums-Abgeordneten Bachem, der wegen seiner Unfähigkeit, die Wahrheit zu sagen, einen großen Ruf gewonnen hat, in ein wenig veränderter Form aufstischt. Bachem hatte im Reichstag behauptet, die Sozialdemokratie sei für Zollfreiheit von Kaviar und Austern eingetreten, ja sie hätte einen Antrag auf Zollfreiheit gestellt. Der Lügner wurde im Reichstag entlarvt. Es wurde festgestellt, daß die Sozialdemokraten im Gegenteil für erhöhte Zölle gestimmt haben. In der Kommission war von nationalliberaler Seite der Antrag gestellt worden, den Zoll für Kaviar von 150 auf 300 Mark zu erhöhen. Dazu nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen das Wort und verspottete die Heuchelei der Brotwucherer, die erst mit Hunderten von Millionen das tägliche Brot besteuern und dann, damit es nach was aussähe, auch den Kaviar der Reichen um ein paar Pfennige verteuern; auch als Finanzzoll sei der Kaviarzoll eine Lapperei. Nach einer kurzen Erwiderung Paasches wurde die Debatte geschlossen und dem Abgeordneten Stadthagen das Wort abgeschnitten. Bei der Abstimmung stimmten die 4 Sozialdemokraten selbstverständlich für die Erhöhung. Der „Sozialistenpiegel“ wärmt nun den alten Bachemischen Kohn in veränderter, aber nicht weniger verlogener Form auf. Der ungenannte Verfasser verpfändet sogar das „Ehrenwort“ der bürgerlichen Kommissionsmitglieder für den im „Sozialistenpiegel“ geschilderten „Sachverhalt“. Das Ehrenwort der Leute, die solchen Schwindel betreiben wollen, ist genau so viel wert, wie die eines der zahllosen „Ehrenworte“ blanker Lüge, die der „Sozialistenpiegel“ enthält. Den Lugus geschützt haben im Gegenteil die bürgerlichen Parteien, auch die Freisinnige Volkspartei, als sie bei den Zollverhandlungen — entgegen einem sozialdemokratischen Antrag — die Zollfreiheit der See-Yachten der Fürsten und Millionäre beschloßen.

Chinesische Expedition.

Niemals hat sich die sozialdemokratische Kritik glänzender bewährt, als bei dem chinesischen Abenteuer, das dem deutschen Volke 300 Millionen Kosten verursacht, und seinen Namen mit Schande und Lächerlichkeit bedeckt hat. Das Abenteuer wurde obendrein verfassungswidrig unternommen, weil der Reichstag nicht befragt wurde. Die sozialdemokratische Presse hat sofort, als die Truppenverschiebungen begannen, die Einberufung des Reichstages verlangt. Gegen diese Einberufung erklärte sich hartnäckig das Blatt Eugen Richters, die „Freisinnige Zeitung“. Erst am 21. August 1900, als alle entscheidenden Aktionen längst geschehen waren, rief auch die „Freisinnige Zeitung“ nach dem Reichstag; vielleicht war inzwischen Herr Eugen Richter aus dem „Erholungsurlaub“ zurückgekehrt, und war nun auch bereit, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu wahren. Dies Verhalten bereitete dem Führer der Freisinnigen Volkspartei eine vernichtende parlamentarische Niederlage.

Am 21. November 1900 raisonnerte Richter im Reichstag: „Wir erachten die Nichteinberufung des Reichstags für einen schweren politischen Fehler und finden die Säumnis, die in dieser Nichteinberufung liegt, im höchsten Grade tadelnswert. Es wäre der Sommer der richtige Moment gewesen, um das deutsche Parlament zu berufen.“

Es war vielleicht der größte parlamentarische Erfolg des Reichskanzlers Grafen Bülow, als er unter dem stürmischen Gelächter des Hauses erwiderte:

Die „Freisinnige Zeitung“ brachte am 4. Juli, d. h. gerade im psychologischen Moment, wo es sich um die Einberufung oder um die Nichteinberufung des Reichstages

handelte, den nachstehenden Artikel. (Folgt die Verlesung von Ausführungen gegen die von der sozialdemokratischen Presse geforderte Einberufung des Reichstages). Wer diese Artikel unbefangen liest, der kann doch nicht im Zweifel darüber sein, daß derjenige, der diesen Artikel verfaßt oder inspiriert hat, die Einberufung des Reichstages... in diesem Augenblicke nicht für notwendig hielt."

Der „Sozialistenpiegel“ rühmt der Freisinnigen Volkspartei nach, daß sie im Gegensatz zur vaterlandslosen Sozialdemokratie für die China-Millionen gestimmt habe. Die Sozialdemokratie habe „sich damit in Widerspruch gesetzt mit der Auffassung aller Kulturländer, welche zur Abwendung der Frevel an den Gesandtschaften und zur Niedererschlagung des Aufstandes Gelder bewilligten und Truppen aus sandten.“

Das ist der billige Patriotismus eines Kriegervereins. Die Truppen sendungen der anderen Staaten sind wesentlich darauf zurückzuführen, daß Deutschland so forsch ins Zeug ging. Nicht um den Frevel zu ahnden, sondern um Deutschland in China an größeren Plänen zu hindern, wurden die fremden Expeditionen gerüstet, von keinem Volke übrigens in dem Umfang und unter den widerwärtigen Begleitererscheinungen des deutschen Nachzuges.

Die chinesischen Unruhen waren eine natürliche Folge der von der Sozialdemokratie verurteilten gewalttätigen Wegnahme Kiautschous; das haben der katholische deutsche Bischof in Nger in China und andere Sachkenner bezeugt.

Die Ermordung des deutschen Gesandten war zum erheblichen Teil verschuldet durch das provokatorische-schneidige Vorgehen des Mannes; keinem anderen Gesandten ist ein Haar gekrümmt worden.

Es widerspricht dem geltenden Völkerrecht, daß die Ermordung eines Gesandten einen zureichenden Grund für sofortiges kriegerisches Eingreifen abgibt, noch dazu ohne Kriegserklärung. Erst wenn die für die Ermordung verantwortliche Regierung eine angemessene Sühne verweigert, ist die Kriegserklärung zulässig. Deutschland hat aber keinerlei diplomatische Unterhandlungen gepflogen, sondern ist sofort in China eingedrungen. Was würde man dazu sagen, daß, wenn irgend ein Fanatiker etwa den russischen Botschafter in Berlin ermordete, dann sofort ohne weiteres die Kosaken ins Land einbrächen!

Nicht die Verantwortlichen des Chinazuges, sondern allein die Sozialdemokratie hat die „Auffassung aller Kulturländer“, d. h. die Auffassung der Massen, welche die Kultur tragen, vertreten.

Einkommenstatistik und Sozialdemokratie.

Seitdem der alte Rothschild dem Umstürzler anno 1848 einen blanken Taler gegeben und ihm versichert haben soll, das sei der Anteil, der bei der allgemeinen Teilerei auf den Revolutionär entfalle, bildet das Märchen vom Teilen die Hauptnummer in der Gespenstergeschichtensammlung, die sich das Bürgertum von den „Zielen“ der Sozialdemokratie schaudernd erfunden hat. Niemand aber trug mit solcher überzeugten Eindringlichkeit und so komischer Platttheit das Märchen vor, wie Herr Eugen Richter: Alle Einkommen würden, so hat er unzählige Male behauptet, nach sozialistischer Auffassung in gleiche Portionen verteilt, und da dann — so rechnete er — eine lächerlich geringe Summe auf den einzelnen entfiel, sei der Unsinn des Sozialismus bewiesen.

Bisher aber nahm man nun an, daß Eugen Richters Hirn so unlöslich im Kapitalismus verkapselt sei, daß es nicht im stand sei, den Gedanken sozialistischer Produktionsweise zu begreifen, der doch dem einfachsten Arbeiter leuchtet. Jedesmal, wenn Eugen Richter den Sozialismus verspotten will, karikiert er unwillkürlich den Kapitalismus. Wenn er die Grammatik der sozialistischen Zukunftssprache zu lehren sucht, mauschelt er instinktiv den kapitalistischen Sargon der Gegenwart.

Diese entschuldigende Annahme einer unaufrichtbaren Beschränktheit erweist sich jetzt als nicht völlig zutreffend. Nicht minder groß wie die kapitalistische Verrantheit ist sein Fanatismus böswilliger Erfindung. Eugen Richter hat selber an das Märchen vom Teilen nie geglaubt. Das beweist der „Sozialisten-Spiegel“, dessen großes Ereignis die Preisgabe des Märchens vom Teilen ist.

Und das kam so. Das Märchen selber rächte sich für den Mißbrauch, den man mit ihm trieb. Es nahm die Wirklichkeit, die es vorstellen sollte, beim Wort, und erklärte sich bereit, Wahrheit zu werden. Ihr Schwager, sprach es, immer davon, der Sozialismus wolle teilen, also teilt doch einmal und seht zu, ob wirklich dabei so gar nichts herauskommt. Inzwischen hat sich nämlich, wie es die sozialistische Theorie voraus sagte, die wirtschaftliche Entwicklung vollzogen. Der Reichtum der Einzelnen hat sich ungeheuer gesteigert, die Kluft zwischen dem höchsten Reichtum und dem Durchschnittseinkommen der Massen ist gewaltig gewachsen, von dem riesig vermehrten gesellschaftlichen Wohlstand sind nur ganz spärliche Brosamen auch den besitzlosen Klassen zu gute gekommen. Diese Entwicklung charakterisiert das Erfurter Programm der Sozialdemokratie wie folgt: „Zunmer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Massenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.“ So kam es, daß auch die Teilerei, wenn man mit dem Schwindel der sozialistischen Feinde und Verleumder Ernst machte, sehr rentabel und außerordentlich verführerisch wurde.

Nach der preußischen Statistik wurde 1901, von allen Steuerzahlern über 900 Mark Einkommen, ein Gesamteinkommen von 8376 Millionen Mark veranschlagt. Das Einkommen der Steuerzahler über 3000 Mark war in den Jahren 1892 bis 1901 von 3224 Millionen auf 4709,4 Millionen gestiegen. Um nun regelrecht zu teilen, müßte man das Gesamteinkommen aller Preußen durch die Kopfszahl dividieren. Dies Gesamteinkommen läßt sich aber aus der Steuerstatistik nicht ermitteln, weil die Einkommen der 20,6 Millionen Personen unter 900 Mark nicht angegeben sind. Unter 900 Mark bleibt das Durchschnittseinkommen der Arbeiter, das auf 882 Mark herechnet ist. So müssen wir uns mit der „Verteilung“ der Einkommen über 900 Mark behelfen. Das ergibt auf den Kopf eine jährliche Einnahme von 246 Mark oder für die fünfköpfige Familie 1230 Mark. Da nun die Einkommen unter 900 Mark bei der Teilerei nicht miteingerechnet sind, so würde sich das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters mit Familie (wenn man annimmt, daß diese Familie bisher nichts verdient hat) von 882 Mark auf 2111 Mark steigern. Bloß durch die Teilerei. Allerdings wäre diese eine Teilerei ein wenig ungerecht, denn die bisherige Millionsfamilie würde dann nur den Durchschnitt von 1230 Mark erhalten, während die Arbeiterfamilie, die bisher weniger als 900 Mark verdiente, die 1230 Mark zu dem hinzutun kann, was sie bisher erwarb. Also lassen wir vorweg den 3 646 527 Personen, die 1901 über 900 Mark versteuerten, den Mindestsatz von 900 Mark und verteilen nur den Rest. Dann sind wir sehr nahe der absolut gleichen Verteilung des Gesamteinkommens. Unter dieser Voraussetzung würden immer noch 150 Mark zur Verteilung auf den Kopf der 34 Millionen preußischer Einwohner übrig bleiben, oder für die fünfköpfige Familie ein Mehr von 750 Mark gegen den bisherigen Zustand, d. h. fast eine Verdoppelung der bisherigen Einkünfte. Jede Familie dieses „gleich geteilten“ Staates würde etwa 1600 Mark Jahreseinkommen beziehen. Die Teilerei lohnt sich für die Masse der Proletarier!

R. E. May, ein bürgerlicher volkswirtschaftlicher Schriftsteller, berechnet (Schmollers Jahrbücher, 1903, II. Heft) das deutsche Gesamteinkommen im Jahre 1900 auf 31 165 Millionen Mark, das der Arbeiter auf 12 500 Millionen Mark, welche letzteren von 14 174 000 Erwerbstätigen „verdient“ werden und

insgesamt 26 780 000 Personen ernähren müssen. Auf den Kopf der Gesamtbevölkerung entfällt also eine Einnahme von 556,5 Mark, dagegen auf den Kopf der Arbeiterbevölkerung allein 460 Mark. Auch nach dieser Rechnung wäre der „Gewinn“ einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie aus der „Teilere“ etwa 500 Mark.

Noch schöner würde die Teilerei ausfallen, wenn wir etwa die Stadt Berlin gleichmachten. Das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ berechnet das Einkommen pro Kopf der Berliner Bevölkerung für 1899/1900 auf 817,53 Mark (in den 4 Vorjahren rückwärts gerechnet: 806,— Mk., 783,03 Mk., 767,42 Mk., 770,34 Mk.). In Berlin müßten mithin bei gleicher Verteilung auf die fünfköpfige Familie 4087,65 Mark Jahreseinkommen entfallen. Ein ganz vorzügliches Geschäft, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1901 der Durchschnittslohn im Bereich der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft 839,85 Mk., im Gesamtdurchschnitt des Baugewerbes 691,62 Mk. betrug.

Noch viel herrlicher aber wird die Teilerei, wenn man nun auch das Vermögen redlich teilt, dabei müssen die Vermögen unter 6000 Mark außer acht bleiben, denn sie werden von der Steuer nicht mit betroffen und sind deshalb nicht festzustellen. Verteilen wir aber das Vermögen über 6000 Mark in Preußen, so entfällt auf den Kopf 2056,3 Mark. Jede preussische Arbeiterfamilie von fünf Mitgliedern erhält folglich mit einem Schlag ein Vermögen von mehr als 10 000 Mark, oder einen jährlichen Zinsgewinn von 400 Mark. Eine Verteilung des Berliner Vermögens (ohne die nicht ermittelten Vermögen unter 6000 Mark), erzielt wiederum ein außerordentlich günstiges Resultat. 1901 wurde im Stadtkreis Berlin 8103 Millionen Vermögen zur Steuer veranschlagt, das ist auf den Kopf 4263 Mark, auf die fünfköpfige Familie ein Vermögen von 21 325 Mark, oder ein jährlicher Zinsgewinn von etwa 850 Mark. Jetzt sind in Berlin 199 420 steuerpflichtige Personen mit einem Einkommen von 660 bis 900 Mark eingeschätzt, 143 010 mit einem solchen von 420 bis 660, 218 066 zu einem Einkommen unter 420 Mark veranlagt. Alle diese Personen, wie überhaupt so ziemlich die ganze Arbeiterschaft Berlins würde also bei einer gleichen Verteilung des Berliner Vermögens mit ihrem arbeitslosen Zins-einkommen ebenso viel „verdienen“, wie jetzt mit ihrer aufreibenden Arbeit.

Ein ganz verteuertes Märchen, das vom sozialdemokratischen Teilen! Erst hat man es erfunden, um nachzuweisen, daß sich die Teilerei nicht lohnt. Und nun weiß man nicht, wie man es wieder los werden soll, nachdem es so gefährlich geworden, wenn es beim Wort genommen wird. Im „Sozialistenpiegel“ würzt Eugen Richter auf menschliche Weise sein eigenes Kind ab, das herangewachsen, gegen den Erzeuger die Hand erhebt.

Das Vermögen wird überhaupt nicht mehr geteilt. Es ist böllig vergessen, daß es so etwas wie ein Vermögen in der Welt giebt. Eugen Richter kennt dergleichen gar nicht mehr. Aber auch das Einkommen wird nicht mehr verteilt, nur ein verschrumpeltes Zerrbild der alten Teilerei wird vorgeführt.

In seiner Schrift „Die Irrlehren der Sozialdemokratie“ (1890) verteilte Eugen Richter noch alles Einkommen gleichmäßig. Damals „berechnete“ er auf Grund der preussischen Steuerstatistik von 1889/90, daß bei gleicher Verteilung auf die Familie (Haushaltungsvorstand) im Zukunftsstaat genau 842 Mark entfallen würden, und er fügte jubelnd hinzu: „Unter der sozialdemokratischen Weltordnung würden bei gleicher Verteilung des Einkommens sehr viele sozialdemokratische Arbeiter in den Großstädten . . . durchaus ein geringeres Einkommen erhalten, als sie zur Zeit unter dem „Ausbeutungssystem“ beziehen; denn ein Jahreseinkommen von 842 Mark ergibt noch nicht einmal einen Tageslohn von 3 Mark.“ Die sozialdemokratischen Maurergesellen in Berlin hätten aber 1889 wochenlang gestreikt, weil ihnen ein Tagesverdienst von 5 Mark zu gering war. Wie wir sehen, beträgt jetzt bei ungefähr gleicher Verteilung das Durchschnittseinkommen einer Familie 1600 Mark. Darum „teilt“ Eugen Richter nicht mehr, sondern ersinnt eine noch größere Dummheit.

Zur Produktion des neuen Spuks hat er eine neue Gänselei erfunden: die Geschichte von der sozialdemokratischen Theorie, daß alle Leute, die mehr als 3000 Mark Einkommen haben, „Ausbeuter“ seien. (Siehe unter „Ausbeuter“.) Da nun die Sozialdemokratie bloß die „Ausbeutung“ beseitigen wolle, so dürfen also auch im Zukunftsstaat die Personen, die bisher mehr als 3000 Mark einnahmen, 3000 Mark behalten. Der Rest wird dann verteilt. Wörtlich heißt es: „Bleibt man somit den 450 000 Genfiten, welche ein Einkommen von mehr als 3000 Mark beziehen, zunächst 3000 Mark, so verbleibt ein Einkommen von 2750 Millionen Mark. Das ergibt auf den Kopf der Bevölkerung von 34 1/2 Millionen Köpfen ein Einkommen von 83 Mark. Auf einen Genfiten kommen durchschnittlich 3,25 Angehörige. Danach ergeben sich für die durchschnittliche Haushaltung $3\frac{1}{4} \times 83 =$ rund 269 Mark.

Auch dieses Verfahren bietet ja immer noch einen ganz hübschen Zuwachs für die Arbeiterfamilie, eine Lohnerhöhung von mehr als 25 Prozent. Im übrigen ist das aber eine nette Teilerei! Nein, wir beharren auf dem alten Märchen des gleichen Teilens. Das ist die Teilerei eines Viehhändlers. 450 000 Genfiten sollen nach dieser Methode des Teilens je 3000 + 83 Mark erhalten, der ganze Rest aber nur das jetzige Einkommen, um 83 Mark vermehrt. Solche Teilerei ist Betrug. Sie ist die absolute Ungleichheit. Sie schafft eine Minderheit mit einem Einkommen von 3083 Mark und eine große Mehrheit mit etwa einem Einkommen von 983 Mark oder noch weniger.

Eine außerordentlich lustige Posse: Wie ein Mensch von seiner eigenen Lüge umgebracht wird! Das Märchen von der sozialistischen Teilungssucht sollte die Sozialdemokratie widerlegen und nun widerlegt es den Kapitalismus, zu dessen Schanz es erfunden war.

Der „Sozialistenpiegel“ bringt die grausame Verstümmelung und die ritualmörderische Abschächtung des einst so kräftig blühenden Schwindels. Es ist ein magerer Trost, daß den Arbeitern nun vorgerechnet wird, daß sich auch die unteren Einkommen langsam heben. In der Tat, sehr langsam! Nach einigen Jahrhunderten wird das Proletariat bei solcher Entwicklung ein Steigen ihres Einkommens um ein paar Steuerstufen „erleben“. Darauf kann das Proletariat und die Sozialdemokratie aber nicht warten, denn inzwischen türmen sich die Millionen der Besitzenden immer rascher und höher, sie wachsen in den Himmel, während unten in weiten Zeiträumen dem Land der Massen spärlicher Zuwachs sich erhebt. Zudem erweist die amtliche Statistik, daß trotz des starken Anwachsens der Vermögen gerade in Perioden lebhaften wirtschaftlichen Aufschwungs „die ergänzungssteuerpflichtige (vermögenssteuerpflichtige) Bevölkerung von Jahr zu Jahr einen geringeren Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmacht. Im ganzen Staate (Preußen) nämlich umfaßten sie in den Jahren 1895: 14.05, 1896: 13.97, 1897: 13.93 und 1899: 13.88 vom Hundert der Bevölkerung (Oberregierungsrat Ebert in der Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureaus 1901, S. 218). Das ist die sozialistische Verelendungstheorie, in königlich-preussischen Zahlen.“

Eisenzölle.

Durch das Fehlen zweier Mitglieder der „Freiwilligen Volkspartei“ wurde in der Zollkommission bereitet, daß die Eisenzölle in die zweite Lesung und damit zum Scheitern kamen. Vorausichtlich wäre dann auch der Antrag Kardorff unmöglich gewesen. Der „Sozialistenpiegel“ sucht die pflichtvergessenen Parteigenossen durch die einfältige — in der zweiten Auflage weggelassene — Ausrede zu entlasten, daß auch sechs Mitglieder von der Mehrheit gefehlt hätten.

Um so schlimmer war das Verhalten der Freiwilligen, die diese günstige Gelegenheit veräumten, die deutsche Eisenindustrie von ihrer schwersten Belastung zu befreien und zugleich das agrarisch-industrielle Zollkartell zu sprengen.

Expropriation.

Die Sozialdemokratie macht kein Geheim daraus, daß sie das Großkapital (Großfinanz, Großindustrie, Großgrundbesitz) in Gemeinbesitz überführen, das ist: expropriieren will. Das ist nichts Unerhörtes, sondern wird durch die wirtschaftliche Entwicklung unvermeidlich gefordert. Schon der heutige Staat wird vielleicht einmal gezwungen werden, im Interesse seiner Selbsterhaltung die übermächtig gewordenen Kapitalsherrscher zu verstaatlichen. Schon heute regiert der Staat nicht den Kapitalismus, sondern er wird von ihm regiert. Mit dem Wachstum der kapitalistischen Entwicklung werden die Großbanken, Industrietrusts und Landmagnaten den Staat in ihre Abhängigkeit bringen und ihn zum Spiel ihrer Willkür erniedrigen und auflösen. Es ist also gar nicht ausgeschlossen, daß schon der Klassenstaat vor die Entscheidung gestellt wird, wie er sich der tödtlichen Umklammerung durch das Kapital entziehen könne.

Die Sozialdemokratie „macht“ nicht die Expropriation, sondern sie wird ihr aufgedrängt. Das Gemeinwohl ist das höchste Gesetz. Heute expropriiert das Kapital die Massen, es schafft beschloßene Proletarier, zerstört Handwerk und Kleinbetrieb; die sozialistische Expropriation wird nichts sein wie die Zurückgabe des geraubten Besitzes durch die Gesamtheit an jeden Einzelnen.

In der Schilberung der Expropriation arbeitet der „Sozialistenspiegel“ wieder mit einer ganzen Müllgrube von Fälschungen. Kautzky empfiehlt in seiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution“ statt der Konfiskation die allmähliche Ablösung; und zwar vornehmlich im Interesse der kleinen Besitzer, die nicht expropriiert werden sollen: „Die direkte Konfiskation der Kapitalien betrifft alle, die kleinen und die großen, die der Arbeitsfähigen und der Arbeitskräftigen, in gleicher Weise. Es ist bei dieser Methode schwer, oft unmöglich, die großen Vermögen von den kleinen, mit jenen in denselben Unternehmungen zusammen angelegten Geldkapitalien, zu trennen“ (Kautzky, a. a. D. S. 13). Also: keine Konfiskation, um die Vermögen der kleinen Leute zu schonen! Was macht Eugen Richter daraus? Im „Sozialistenspiegel“ ist zu lesen: „Eine allgemeine Konfiskation würde auch die Ersparnisse der kleinen Leute konfiszieren. Aber auch hier hat Kautzky ein sehr einfaches Mittel gefunden, unter dem Schein der Ablösung in Wahrheit eine Konfiskation zu betwerkstelligen. Das sämtliche kapitalistische Eigentum nimmt, wie er ausführt, die Form von öffentlichen Schuldverschreibungen an. Man kann alsdann eine progressive Einkommensteuer, eine Vermögens- und Erbschaftsteuer beliebig hoch schrauben, ohne daß Steuerdefraudationen möglich sind.“

Die Fälschung eines Reichskassenscheines ist nichts dagegen: Kautzky schlägt die allmähliche Ablösung der hohen Vermögen durch ein entsprechendes Steuersystem vor, damit die kleinen Vermögen unangetastet bleiben können; Richter lügt, daß „aber auch hier“ — also bei den kleinen Vermögen, durch die Steuer-schraube die Konfiskation allmählich durchgeführt wird. Dieselbe Methode der Fälschung hat Eugen Richter schon bei der von ihm erlogenen Expropriation der Kleinbauern angewandt. Nach Kautzky giebt eben das Ablösungssystem gerade das einzige Mittel an die Hand, durch Freilassung von der Steuer den kleinen Besitz zu schonen, und nur den großen Besitz zu enteignen.

Nach gethaner Fälschung begiebt sich dann Eugen Richter wieder aufs Feld seiner urkomischen kapitalistischen Philosophie. Er fragt, ob es denn wahr wäre, daß nur eine kleine Zahl Eigentümer der Produktionsmittel wäre.

Und er rechnet: Nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895 hat es in der Landwirtschaft mit Angehörigen 9 127 128 selbständige Personen gegeben, in Industrie und Bergbau 5 616 986, in Handel und Verkehr 2 572 800. „Weit über 17 Millionen sind also schon als selbständige Gutbesitzer, Bauern, Fabrikanten, Handwerksmeister, Kauf-

leute, Eigentümer der Produktionsmittel.“ Man beachte die prachtvolle Methode. Eben rechnet er die Angehörigen hinein, um die 17 Millionen herauszubekommen und dann werden — eins, zwei, drei, ohne doppelten Boden und Apparate — selbst die angehörigen Säuglinge Gutsbesitzer, Fabrikanten, Besitzer der Produktionsmittel. Lassen wir die Angehörigen aber fort, so bleiben übrig als Selbständige in der Landwirtschaft 2 568 725, in der Industrie 1 774 375, in Handel und Verkehr 843 557, zusammen rund 5,2 Millionen Selbständige, zu denen in denselben drei großen Berufsgruppen 700 000 Angestellte, 12,7 Millionen Lohnarbeiter und 1 Million Diensthöten kommen — zusammen gegenüber 5,2 Millionen Selbständiger fast das Dreifache: 14,4 Millionen Nichtbesitzer von Produktionsmitteln. Außer acht blieben dabei die tatsächlich auch „unselbständigen“ 287 389 Hausindustriellen mit 55 000 Gehilfen. Das wesentliche Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung ist aber das starke Anwachsen der Unselbständigen gegenüber den Besitzern. Darüber giebt folgende Tabelle Auskunft. Auf 10 000 Erwerbstätige kamen

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
1882	3203	190	6607
1895	2894	329	6777
Zu- resp. Abnahme	-309	+139	+170

Also: Abnahme der Selbständigen, Zunahme der Abhängigen! Das Bild wird noch schärfer, wenn man nur Industrie und Handel allein berücksichtigt. Von 10 000 Erwerbstätigen in der Industrie waren 1882 3441, 1892 2490 selbständig; Abnahme 951. In dem gleichen Zeitraum wuchsen die Angestellten auf 10 000 um 163, die Arbeiter um 788.

Im Handel sanken die Selbständigen von 4467 auf 3607, Abnahme auf 10 000 860. Dagegen stieg die Verhältniszahl der Angestellten und Arbeiter um 218 und 642.

Aber sehen wir uns die 5 200 000 Nichterschen Besitzer der Produktionsmittel an, die von den 17 Millionen übrig geblieben sind. In der Landwirtschaft werden 2,6 Millionen „Besitzer der Produktionsmittel“ gezählt. Nun giebt es aber nach der Statistik 3,2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe unter 2 Hektar und 1 Million von 2 bis 5 Hektar. Ein landwirtschaftliches „Produktionsmittel“ bis zu 2 Hektar bedeutet niemals, eines bis zu 5 Hektar selten „Selbständigzeit“. Diese Zwerghauern sind, auch wenn sie unter die Selbständigen gezählt werden, durch ihren Nebenberuf, der in Wahrheit für sie der Hauptberuf ist, Lohnarbeiter! Nicht anders steht es mit den selbständigen „Besitzern der Produktionsmittel“ in Industrie und Handel, soweit es sich um die kleinen und kleinsten Eigentümer handelt, Handwerker, Krämer.

Professor Rauckberg (Die Berufs- und Gewerbebeziehung im Deutschen Reich vom 14. Juni 1895, Berlin 1901), sieht sich die 5,2 Millionen selbständiger Besitzer der Produktionsmittel etwas genauer an als der Phantast der Gegenwartsherrlichkeit — die Gegenwart ist für Eugen Richter die beste aller Welten — und er kommt zu folgendem Ergebnis:

	Von 100 Selbständigen entfallen auf:	Vermögende	Unbemittelte	Mittelklasse
Industrie	2,06	77,39	20,55	
Handel und Verkehr	0,79	73,69	25,52	
Landwirtschaft	1,21	34,65	64,14	

Besitzlose Besitzer der Produktionsmittel sind ein Widerspruch in sich. Zieht man diese beschlossenen Besitzer von den 5½ Millionen ab, so verbleiben: in der Industrie 0,4 Millionen, in Handel und Verkehr 0,2 Millionen und in der Landwirtschaft 1,7 Millionen, zusammen 2,3 Millionen. Die 17 000 000 Produktionsmittel-Eigentümer Eugen Richters schrumpfen somit auf 2 300 000 zusammen, von denen die Hälfte auf die Landwirtschaft entfällt. In Industrie und Handel sind 600 000 Personen die ganze Herrlichkeit an wirklichen „Selbständigen“.

Indessen, auch diese Zahl schließt immer noch die Mittelklasse ein, deren Selbstständigkeit, d. h. Unabhängigkeit vom Kapital, sehr zweifelhaft ist. Beschränkt man sich auf die vermögenden Produktionsmittel-Eigner in Industrie, Handel und Landwirtschaft, so ist der Rückstand: Industrie 40 000 Personen, Handel 6400, Landwirtschaft 31 000 Personen. 77 400 Personen, das sind die wirklichen Inhaber des gesellschaftlichen Reichtums und die mächtigen Beherrscher der kapitalistischen Wirtschaft, diese 77 400 Personen aber sind zugleich das Objekt der Expropriation. Von 17 Millionen — auf 77 400, das bleibt übrig, wenn man das Zahlen-gewässer Richters verdunsten läßt und den festen Kern gewinnt.

Indessen, Eugen Richter sind nicht einmal die 17 Millionen genug; das Interesse an dem Gegenwartsktaat muß noch größer sein, und so leistet er sich folgende Entlarbung:

„Aber nicht allein diese 17 Millionen sind Eigentümer. Hierzu kommen alle Dienenden, Gehilfen, Arbeitnehmer, welche unter den Unselbständigen einen Anteil haben an Produktionsmitteln, und wäre es auch nur in Form von Spareinlagen, welche bekanntlich auch wechsend angelegt sind. Allein in Preußen sind 6 527 337 Inhaber von Sparkassenbüchern, welche zusammen 4 000 671 650,59 M. besitzen, also über 4 Milliarden.“

Das läßt sich das arme Dienstmädchen, das 100 Mark in der Sparkasse stehen läßt, der Arbeiter, der für seine Kinder 10 Mark angelegt hat, der Volksschullehrer, der vielleicht gar einmal eine Aktie erstanden hat, wohl niemals träumen, daß sie in der Phantasie Eugen Richters groß und herrlich dastehen als selbständige Mitteilhaber der Produktionsmittel, ganz wie der Großgrundbesitzer, der Industrieherr, der Bank-Milliardär! Das ist die wildeste Gleichmacherei, die jemals ausgedacht worden ist. Eugen Richter sählt den Zukunftsstaat wegen seiner Gleichmacherei, er selbst aber macht schon im Gegenwartskstaat den Rabob gleich dem Bettler.

Die Sparkassen-Einlagen, für die Eugen Richter sich schon als Vater der berühmten Sparagnes interessiert, betragen 1900 nicht bloß 4 Milliarden, sondern 5,7 Milliarden. Von den Sparkassenbüchern aber haben 28 Proz. nur eine Einlage bis 60 M., weitere 15,3 Proz. bis 150 M., 13,7 Proz. bis 300 M. — also einfache Bettelpennige, die Eugen Richter nichtsdestoweniger zum „Produktionsmittel“ befördert. Andererseits werden aber auch Vermögenden in Sparkassen angelegt. 36 000 Sparkassenbücher enthielten Beträge über 10 000 M., Die Geringfügigkeit der großen Masse der Spareinlagen läßt es als ganz gleichgültig erscheinen, aus welchen Kreisen sie stammen. Fest steht die Tatsache, daß in der wirtschaftlichen Krisis, der Arbeitslosigkeit die Sparkassen-Einlagen zugenommen haben, die sich damit folglich nicht als Gradmesser des Wohlstandes, sondern des Niederganges erwiesen haben; kleine Kapitalisten zogen es in dieser Zeit vor, die zwar niedriger verzinslichen, aber sicheren Sparkassenbücher zu kaufen.

Diese ganze Ersparnis-Statistik aber, die Eugen Richter seit jeher für das stärkste Bollwerk des kapitalistischen Staates hält, ist eine ganz unwesentliche Erscheinung. Was sein: 5,7 Milliarden haben die 34 Millionen Preußen als Sparertrag ihrer Arbeit und ihres Lebens aufgebracht. In lumpigen vier Jahren aber ist das Vermögen der Reichen in Preußen um mehr als 6 Milliarden gestiegen! Das zur Veranlagung gelangte steuerbare (über 6000 Mark) Vermögen in Preußen betrug 1899 rund 69,9 Milliarden (1895 63,7 Milliarden). Was bedeuten demgegenüber die 5,7 Milliarden der Millionen kleiner Sparer! Die paar Reichen haben in 4 Jahren mehr zu ihrem Vermögen „hinzugespart“, als das ganze Vermögen des Volkes beträgt. Für die Richtigkeit der sozialistischen Auffassung ist obendrein ein Beweis, daß diese ungeheure Zunahme der Vermögen in 4 Jahren um mehr als 6 Milliarden

fast ausschließlich auf die großen Zensiten (die über 3000 M. Einkommen versteuern) entfällt, die 1895 erst 42,5 Milliarden, dagegen 1899 bereits 48,3 Milliarden besaßen. Die Vermögen der kleinen Zensiten (Einkommen unter 3000 M.) besaßen dagegen 1895 21,3 Milliarden, 1899 nur 21,6 Milliarden = 0,3 Milliarden mehr. Die rund 70 Milliarden „großen“ Vermögen besaßen 312 992 Zensiten, die 21½ Milliarden „kleiner“ Vermögen verteilten sich auf 908 884 Zensiten.

Diese Zahlen charakterisieren den kapitalistischen Staat: Hier eine kleine Anzahl von Personen, die Milliarden kommandieren, dort die Masse, die um Pfennige stirbt. Die Sozialdemokratie will diese furchtbare Ungleichheit durch Umgestaltung der Rechts- und Wirtschaftsordnung beseitigen; Eugen Richter aber schafft die Ungleichheit dadurch aus der Welt, daß er verkündet: Ihr seid ja schon alle gleich, ob Ihr nun ein Sparkassenbuch mit 50 Mark besitzt oder ein Einkommen von 20 Millionen versteuert — Besitzer der Produktionsmittel!

familienleben im Zukunftsstaat der Sozialdemokratie.

Richter findet das Familienleben im heutigen Staat so unergleichlich erhaben, daß er bittere Thränen über seine Zerstörung durch Bebel vergießt. Da werden im Zukunftsstaat die Kinder vollständig von den Eltern getrennt und auf Staatsrechnung erzogen, höchstens Sonntags dürfen sie zu den Eltern kommen, „wie jetzt die Kadetten“. „Eine gemeinsame Mahlzeit giebt es weder Sonntags noch Werktags im eigenen Heim“ — und was der Greuel mehr sind. Die „Zukunftsvilla“ biete den Menschen „nicht einmal so viel, wie sich einem Chambregarnisten in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bietet“. Wir lassen Richter sich zitatenfälschend für den „individuellen Kochtopf“ begeistern und begeben uns in die reine und klare Luft Debels, um an ein paar Sätzen seines Buches über die „Frau“ zu zeigen, wie sich Bebel denkt, daß die sozialistische Gesellschaft sich das Erziehungsweesen freiwillig einrichtet (nicht: zu welchen Einrichtungen sie durch Polizei und Büttel gezwungen werden soll, wie Eugen Richter fabuliert): „Sobald das Kind größer geworden ist, harren seiner die Altersgenossen zu gemeinsamem Spiel unter gemeinsamer Obhut. Alles, was nach dem Stande der Einsicht und des Bedürfnisses für seine geistige und körperliche Entwicklung geleistet werden kann, ist vorhanden. Jeder, der Kinder beobachtet hat, weiß, daß dieselben am leichtesten in ihresgleichen erzogen werden ... Den Spielflächen und Kindergärten folgt die spielende Einführung in die Anfänge des Wissens und der verschiedenen gewerblichen Tätigkeiten. Es folgt angemessene geistige und körperliche Arbeit, verbunden mit gymnastischen Übungen und freier Bewegung auf dem Spiel- und Turnplatz, auf der Eisbahn, im Schwimmbad ... Das ist wieder ein Kapitel, über das unsere bürgerlichen Ordnungsmänner entrüstet sind. Die Schule soll zur Kaserne gemacht, den Eltern soll jeder Einfluß auf ihre Kinder genommen sein, rufen die Gegner. Von alledem ist gar keine Rede. Da in der künftigen Gesellschaft die Eltern ein unendlich größeres Maß freier Zeit zur Verfügung haben, als dies gegenwärtig bei der sehr großen Mehrzahl der Fall ist ... so können sie sich ihren Kindern in einem Maße widmen, wie es heute unmöglich ist. Außerdem haben die Eltern die Anordnung des Erziehungsweesens in der Hand, denn sie bestimmen die Maßregeln und Einrichtungen, die getroffen werden sollen. (Bebel, „Die Frau“, 34. Aufl., S. 412 ff.)

So wird das Familienleben der Zukunft aussehen. Ueberlassen wir Richter das Vergnügen an dem Familienleben der Gegenwart, in dem die Kinder — so weit die Schule sie nicht den geplagten Eltern abnimmt — nur ein lästiges Uebel sind und nur ganz wenige vom Glück Erwählte eine frohe Jugend und eine weise Erziehung genießen! Ueberlassen wir Eugen Richter auch dieses „häusliche Heim“ der Gegenwart, in der die große Mehrzahl der städtischen Familien in

einem Zimmer hausen, oft mit fremden Schlafburschen zusammen, in der gewisse ländliche Schnitterquartiere von einem Arzt als „Bordelle“ bezeichnet worden sind, in der (1900) 34 000 Kinder des preussischen Staates Zwangserziehungsanstalten überwiesen wurden und in der im Deutschen Reich (1900) 48 657 jugendliche Verbrecher verurteilt wurden, davon 9011 bereits vorbestraft.

Uebrigens gelingt es Eugen Richter, doch auch eine neue Athernheit über den Zuchthausstaat der Zukunft zu erfinden. Er versichert, daß niemand dann ein Buch oder ein Kunstwerk als Privateigentum besitzen dürfe; das sei „unzulässiges Eigentum“. Die Ritualmord-Phantasie des Dreschgrafen Pückler ist übertroffen! Nun aber fälsche Eugen Richter wenigstens auch das zugehörige Zitat, aus dem hervorgeht, daß es im Zukunftsstaat keinen Besitz an Gebrauchsgüter und Genußgütern geben dürfe. Das hat er in der Eile vergessen.

Der Sozialismus will das Privateigentum an Produktionsmitteln in den Besitz der Gesamtheit gerade zu dem Zweck überführen, um jedem ein reiches Eigentum an Gebrauchsgüter und Genußgütern zu ermöglichen, statt der kalten Bohnhöhlen der Gegenwart behagliche und künstlerische Heimstätten zu gewähren; es wird Eugen Richter gewiß nicht schwer fallen, einen sozialdemokratischen Schriftsteller zu erfinden, der verlangt: die prächtigen Schlösser, in denen die heutige Menschheit wohnt, in schmucklose Zuchthauszellen zu verwandeln!

Forchheim-Kulmbach.

Die reaktionäre Entwicklung der Freisinnigen Volkspartei ist soweit vorgeschritten, daß bei der Neuwahl (1902) in Forchheim-Kulmbach die Partei, die noch 1898 3228 Stimmen erhalten hatte, mitten im Kampfe um den Zolltarif auf eine eigene Kandidatur verzichtete und gleich in der Hauptwahl den nationalliberalen Zollparteiern unterstützte. Der „Sozialistenpiegel“ sucht die Aufmerksamkeit von diesem schmachlichen Verhalten dadurch abzulenken, daß er die Sozialdemokratie beschuldigt, sie hätte durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten verhindert, daß eventuell der Volksparteier in die Stichwahl kam.

Das Zauberkunststück vermag die Sozialdemokratie doch nicht, selbst wenn sie wollte, für einen freisinnigen Kandidaten einzutreten, der ja nicht aufgestellt ist, den es gar nicht giebt.

Eugen Richter erhebt seit Jahren den krankhaft-unsinnigen Anspruch, die Sozialdemokratie solle „in selbstmörderischer Absicht“ statt ihren Kandidaten den freisinnigen Volksparteiern in die Stichwahl helfen — um die Reaktion zu bekämpfen. Die Sozialdemokratie hat allezeit ihre Pflicht gegen die „Reaktion“ erfüllt, indem sie bei der Stichwahl für den Volksparteier als das kleinere Uebel eintrat. Umgekehrt hat die Volkspartei, die lächerlicher Weise die Unterstützung der Sozialdemokratie für sich schon in der Hauptwahl verlangt, bei allen Stichwahlentscheidungen zwischen den Parteien der Rechten, des Centrums, der Nationalliberalen auf der einen, der Sozialdemokratie auf der anderen Seite den Ausschlag zu Gunsten der Reaktion gegeben.

Frauen in der Sozialdemokratie.

Von der sozialistischen Auffassung über die Frauenfrage weiß Eugen Richter nichts anderes zu vermerken als ein paar mehr oder minder geschmackvolle, mehr oder minder harmlose Bemerkungen, Spöttereien, Angriffe, die gelegentlich auf sozialdemokratischen Parteitagungen oder in der Presse gefallen. Von freisinnigen Parteitagungen können wir freilich keine Redeblüten hadernder Frauen wiedergeben, erstens weil diese „Parteitage“ hinter verschlossenen Thüren tagen und zweitens, weil sie keine Frauen als Delegierte entsenden.

Die „Freisinnige Volkspartei“ bietet ihrer „holden Weiblichkeit“ lediglich Gedichte von Albert Träger und Bierreden von Alexander Meyer. Die freisinnigen

Unternehmer stellen außerdem Mädchen als billigere und willigere Arbeitskräfte ein; die Berliner Konfektion ist durchweg freisinnig und bezahlt die elendesten Hungerlöhne. Als 1896 gelegentlich des großen Berliner Konfektionsstreiks selbst die Nationalliberalen ihre Sympathien mit den armen Arbeiterinnen äußerten, sprach von der Freisinnigen Volkspartei kein Redner im Reichstage zur Interpellation Gehl. Das erklärte das Richter'sche *U B C*-Buch damit, daß zufällig der dazu „bestimmte Redner anderweitig parlamentarisch verhindert war“. Aber auch wenn ein Redner zur Verfügung gewesen wäre, so nehme die Freisinnige Volkspartei „grundsätzlich zu schwebenden Streiks keine Stellung“. Diesen hübschen Grundsatz bezahlen die freisinnigen Berliner Konfektionäre mit ihren Parteibeiträgen! Auch später mehrte sich Eugen Richter gegen jede Einschränkung der ruchlosen Ausbeutungswirtschaft der Berliner Konfektionäre; so am 24. Juni 1897 bei Gelegenheit eines sozialdemokratischen Antrags zur Gewerbe-Ordnung.

Das freisinnige „*U B C*“ kennt das Stichwort Frau überhaupt nicht. Das Programm der „Freisinnigen Volkspartei“ begnügt sich mit einer Pflasterforderung: „Das Erwerbsgebiet für das weibliche Geschlecht soll erweitert werden, jedoch ohne Beeinträchtigung des wichtigsten Berufes der Frau als Gattin und Mutter“. Sind die Frauen aber Arbeiterinnen, so kommt es auf diesen wichtigsten Beruf weniger an, wenn sie nur billig sind.

Die Sozialdemokratie dagegen erstrebt die volle Gleichberechtigung der Frau. In der Partei arbeiten Männer und Frauen einmütig nebeneinander. Frauen befinden sich in wichtigen Vertrauensposten der Partei. Insbesondere kämpft die Sozialdemokratie für das Wahlrecht und das volle Vereinsrecht der Frau. Der Freisinn ist Gegner des Frauwahlrechts und kein Freund des freien Koalitionsrechts. Die Frau ist heute doppelt geknechtet, als Wirtschaftsflavin, schlecht gelohnte Arbeiterin und als Geschlechtsweifen. Ihre Erlösung ist nur im Sozialismus möglich.

Ein Mitarbeiter der Barth'schen „*Nation*“ schreibt in der Nummer vom 16. Mai 1903:

„Bisher hat in Deutschland nur die sozialdemokratische Partei sich in erheblichem Umfange um die Unterstützung und Anhängerschaft der Frauen bemüht. Daß sie dabei erfolgreich gewesen, beweist die große Zahl von Frauen, die man in den Versammlungen der Partei — nicht nur in den Großstädten — antrifft, und die aufopfernde Tätigkeit von viel beschäftigten Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen bei der Verteilung von Flugblättern, bei den Wahlvorbereitungen, bei der Sammlung von Geldern u. dergl. m. Die bürgerlichen Parteien Deutschlands haben sich — von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen — um die Mitarbeit der Frau bisher nicht bemüht.“

Freie Diskussion.

Die Volkspartei verfolgt seit Jahren die Praxis, in ihren Versammlungen Sozialdemokraten nicht zuzulassen. Der „Sozialistenpiegel“ „beweist“, daß die Sozialdemokratie keinen „Rechtsanspruch“ auf solche freie Diskussion habe. Ein unnötiger Beweis. Ein klagbares Recht hat die Sozialdemokratie allerdings nicht. Es ist lediglich die demokratische Übung einer starken, selbstsicheren Partei, welche die Auseinandersetzung mit den Gegnern liebt und gewährt. Die „Freisinnige Volkspartei“ hat noch mehr Angst vor den Gegnern in den eigenen Reihen, als vor der Sozialdemokratie; daher die geheimen Parteitage, ihre geheimen Versammlungen. Die Sozialdemokratie wird die absterbende Partei immer mehr sich selbst und ihren Trostflügen überlassen; nur dort, wo sie selbst mundtot gemacht wird, hat sie noch einen Grund, freisinnige Versammlungen interessant zu machen. Wohl mögen diese Sichtbrüchigen sich gegen jeden freien Luftzug

ängstlich absperren; es ist die Furcht vor der Wahrheit und dem — Tode, die sie die Türen verriegeln heißt.

Eine unerschämte Verleumdung ist's, wenn der „Spiegel“ schreibt: „Die sozialdemokratische Presse . . . bringt in ihrer Polemik in der Regel nicht einmal die tatsächlichen Darlegungen gegen ihre Artikel zum Abdruck.“ Kein bürgerliches Blatt verwendet so viel Raum auf die wörtliche und gewissenhafte Widergabe gegnerischer Äußerungen und Antworten, wie z. B. der „Vorwärts“. Die sozialdemokratische Presse thut das, nicht nur aus journalistischem Anstand, sondern weil die Meinungen des Feindes ihre besten Agitatoren sind. Dagegen ist die „Freisinnige Zeitung“ Eugen Richters selbst in der bürgerlichen Zeitungswelt berüchtigt, weil sie niemals die gegnerischen Ausführungen — genau wie in ihren Versammlungen — wörtlich und unverbredt wiedergibt. Der ganze „Sozialistenpiegel“ ist ja solche Anreihung verlogener und verstümmelter Citiererei. Die sozialdemokratische Partei giebt in ihren Parlaments-Flugschriften stets auch die Reden der Gegner wieder, die Aktiengesellschaft Fortschritt verbreitet immer nur Eugen Richters Leistungen. Die Sozialdemokratie kann aber die freie Diskussion vertragen, weil sie stark ist und die Wahrheit im Schilde führt. Die Freisinnige Volkspartei macht die freie Diskussion zur Frage des juristischen Anspruchs, weil sie schwach ist und die Lüge als Generalfeldmarschall gewonnen hat. Deshalb verlangt sie auch in Volksversammlungen den „guten Ton“, wie ihn etwa die Gäste, die zum Thee bei Frau Richter geladen, wahren mögen. Die gewaltige Brandung politisch freien Lebens, eingedämmt in die Anstandsregeln einer häuslichen Kaffeegesellschaft, so denkt sich die „Freisinnige Volkspartei“ politische Betätigung. Wie unhöflich und ungesittet war es doch von ihren Vätern, wider alle Regeln des guten Tons 1848 Revolution zu machen und den armen guten König bitter zu kränken und roh zu beleidigen!

Gemeindewahlrecht in Halle.

Überall in den Kommunen, wo der Freisinn von Einfluß ist, tritt nicht die mindeste Neigung hervor, das Geldsack-Wahlrecht irgendwie zu verbessern. Im Gegenteil, der Freisinn benutzte jede Gelegenheit, es zu verschlechtern. So geschah es in Halle im Oktober 1901. Das neue Gemeindewahlrecht vom 30. Juni 1900 bestimmt, daß jeder, der den Steuerdurchschnitt übersteigt, der ersten oder zweiten Wählerklasse zugewiesen werden muß. Indes wird es den Gemeinden freigestellt, das Wahlrecht wieder zu verschlechtern. Der Hallische Magistrat empfahl die größte Verschlechterung, den „Ueberschnitt“, und die in der Mehrheit nationalliberale Stadtverordneten-Versammlung erhob diese Anregung zum Beschluß. Die freisinnigen Volksparteiler aber traten mit der einzigen Ausnahme des freisinnigen Prof. Kohnschütter gleichfalls für eine Wahlentrechtung ein. Ihr Wortführer, der Stärkesabrikant Schmitt, trat nicht etwa gegen den Erlaß eines Ortsstatuts, sondern für die Zwölfstelung ein.

Der „Sozialistenpiegel“ verdreht den klaren Sachverhalt in der Weise, daß der Freisinn bemüht gewesen sei, wenigstens die mindere Verschlechterung, die Zwölfstelung, zu retten.

Vergebliche Mohrentwäsel! Abgesehen davon, daß der Antrag auf Zwölfstelung von vornherein völlig aussichtslos war, der Freisinn also die „mittlere Linie“ nicht gewinnen konnte, unterschlägt der „Sozialistenpiegel“ die entscheidende Tatsache. Die Mehrheit der freisinnigen Volksparteiler in der Gemeindevertretung folgte nämlich gar nicht dem „Vermittlungsvorschlag“ ihres Führers, sondern stimmte mit den Nationalliberalen für die schlimmste Verschlechterung, den Ueberschnitt.

Genossenschaften und Gewerkvereine.

Die Sozialdemokratie beharrt der Genossenschaftsbewegung gegenüber eine wohlwollende Neutralität. Mit der Partei als solche haben die Genossenschaften nichts zu tun. Die von Arbeitern gegründeten Genossenschaften konnten deshalb bisher mit den zumeist unter freisinniger Leitung stehenden Genossenschaften in dem gleichen Verbandsvereinigt sein. Naturgemäß gewannen die Arbeiter immer mehr Einfluß auf die Verwaltung der Vereine. Die Herrschaft der freisinnigen Leiter fühlte sich dadurch bedroht.

Anfang September 1902 veranlaßte nun Dr. Crüger, Mitglied der freisinnigen Volkspartei, auf dem Verbandstag in Kreuznach den Ausschluß von 99 Vereinen, ohne daß auch nur die betroffenen Genossenschaften vorher von der Absicht benachrichtigt worden wären. Der Verband zählte etwa 661 Konsumvereine, davon folgten noch etwa 400 den ausgeschlossenen, so daß damit so ziemlich das Ende freisinniger Konsumgenossenschaften durch den freisinnigen Dr. Crüger herbeigeführt worden ist. In Dresden haben sich im Mai 1903 die von der Tyrannei und Engherzigkeit des Freisinnis befreiten Konsumvereine zu einem neuen, zukunftsreichen Verbandsverein zusammengeschlossen.

Das unnatürliche Bündnis zwischen den gegenläufigen Interessen dienenden Konsum- und Kredit-Genossenschaften mußte notwendigerweise einmal gelöst werden. Nur ist die Art der Trennung für die Seelenverfassung des heutigen Freisinnis charakteristisch. Man verübte einen Gewaltstreich, weil man eben noch in der Mehrheit war, um die verhassten Arbeiter los zu werden, man beschuldigte die Arbeiter-Konsumgenossenschaften ohne die Spur eines Beweises vorzubringen, politischer Tendenzen und schleppte allerlei gehässigen Klatsch heran. Auf dem Kreuznacher Verbandstag stellte Dr. phil. Niehn-Bonn fest, daß, wenn die Regierung den Konsumvereinen im Königreich Sachsen Schwierigkeiten macht, der Verband daran schuld sei, der der sächsischen Regierung nicht aktenmäßig, aber tatsächlich das notwendige Material zu ihrem Vorgehen ausgeliefert hat.

Der „Sozialistenpiegel“ setzt diese Taktik elender Denunziation mit gesteigerter Schamlosigkeit fort. Er beschuldigt die Arbeiterkonsumvereine — vor allem die Organisationen, in denen die Sozialdemokratie Eingang findet —, daß sie den Parteizwecken rücksichtslos dienstbar gemacht werden, und daß deshalb die reinliche Scheidung gegenüber der Sozialdemokratie notwendig werde. Mit Hilfe der in üblicher Weise verhunzten Citate*) wird versichert, daß in den Konsumvereinen sozialdemokratische Politik getrieben werde. Da es gesetzlich

*) Im „Sozialistenpiegel“ ist zu lesen:

„Dann kam die Lehre auf, daß Konsumvereine und Produktgenossenschaften vortrefflich geeignet wären, nicht nur die politische Agitation in der Gegenwart zu unterstützen, sondern auch dem Zukunftsstaat organisatorisch vorzuarbeiten. Kautsky schrieb 1898 in einem Artikel über Konsumvereine und Arbeiterbewegung in der Wiener Arbeiterbibliothek: „Wir haben nicht zu fragen, ob Konsumvereine das Ziel sind, die soziale Frage zu lösen, sondern ob und unter welchen Umständen sie geeignet sind, den Gedanken des Klassenproletariats zu fördern.“

In Wahrheit hat Kautsky geschrieben: „Wir haben nicht zu fragen, ob sie (die Konsumvereine) das Mittel sind, die soziale Frage zu lösen, sondern ob und unter welchen Umständen sie geeignet sind, den Klassenkampf des Proletariats zu fördern.“ („Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Wien 1897.“) Abgesehen von der falschen Jahreszahl, der lieberlich sinnlosen Ungenauigkeit des Citats, ist Kautskys Schrift gerade gegen die Anschauung gerichtet, daß Konsumvereine „organisatorisch dem Zukunftsstaat vorarbeiten“. Ebenso findet sich kein Wort darin, daß in Konsumvereinen Politik getrieben werden soll. Kautsky untersucht einfach die Frage, ob die Konsumvereine geeignet seien, zum Gemeinfinn und zur demokratischen Verwaltung zu erziehen und er bejaht diese Frage nur in sehr eingeschränkter Maße. Erziehung zu Gemeinfinn und demokratischer Verwaltung, diese doch auch vom Freisinn herabgehobenen Vorgänge der genossenschaftlichen Tätigkeit, bedeutet aber keine Beschäftigung mit Parteipolitik, die schon deshalb in Genossenschaften nicht getrieben werden kann, weil der zweckmäßige Großeinkauf von geringen keinen Boden für politische Betätigung abgeben möchte.

verboten ist, in den Genossenschaften politische Tendenzen zu verfolgen, so bedeutet diese Denunziation die direkte Aufforderung an Polizei und Staatsgewalt, gegen die verhassten Arbeiterkonsumvereine einzuschreiten. Die feige Rache freisinniger Ohnmacht! Der größte Lump im ganzen Land — — —.

Gesinderecht.

Die Freisinnige Volkspartei hat bisher nichts getan, um die Gesindeordnungen zu beseitigen. Aus triftigen Gründen, denn die freisinnigen „Herrschaften“ bestehen auf die Weibehaltung der Gesindeklaverei.

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches war eine Gelegenheit, die Gesindeordnungen zu beseitigen. Mit den Sozialdemokraten waren Centrum und Polen bereit, das Ausnahmegesetz aufzuheben. Bei der entscheidenden Abstimmung der Kommission im März 1896 stimmten von 19 Mitgliedern 6 Ultramontane, 1 Pole und 2 Sozialdemokraten für die Beseitigung der Gesindeordnungen, die beiden freisinnigen Mitglieder stimmten mit den Junkern dagegen und brachten die Reform dadurch zu Fall. Erst später, als die Freisinnigen sicher waren, daß die Weibehaltung der Gesindeordnungen gesichert waren, entschlossen sie sich heuchlerisch für die aussichtslos gewordenen Anträge auf Abschaffung zu stimmen.

Der „Sozialistenpiegel“ wiederholt die bereits recht bejahrte Lüge, daß für das bürgerliche Gesetzbuch eine Ordnung des buntschekigen Gesinderechts nicht möglich gewesen sei, weil die Regierung keine einheitliche Fassung für den Reichstag vorbereitet habe. Dieser Ausrede gegenüber ist bereits am 30. Juni 1896 Eugen Richter im Reichstag belehrt worden, daß die Kommission sich auf Anregung des Bundesrats schon seit 1874 mit dem Gesinderecht beschäftigt hat und daß schon 1888 das Material veröffentlicht worden ist.

Sogar das Eintreten für die Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter hielt der Freisinn für vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei. Im Anhaltischen Landtag war der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete **Z r m e r** für ein Gesetz betr. kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs eingetreten. Als er deshalb angegriffen wurde, holte er sich Rat bei der offiziellen Parteileitung in Berlin und der Geschäftsleiter schrieb ihm darauf wörtlich wie folgt:

„Geschäftsführender Ausschuß der freisinnigen Volkspartei. Berlin SW., den 7. Juli 1902. Sehr geehrter Herr! Für die Zugehörigkeit zur freis. Volkspartei ist die Anerkennung des Nürnberger Parteiprogramms von 1897 maßgebend. Ueber die Frage der Bestrafung des Kontraktbruchs ist in diesem Programm nichts enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei. Ergebenst Dr. Müller-Sagan.“

Handwerker, Kleinhändler und Sozialdemokraten.

Der „Sozialistenpiegel“ wiederholt an dieser Stelle die bereits (Siehe „Bauern“ und „Expropriation“) nachgewiesene Fälschung über die Schrift Kautskys: „Am Tage nach der sozialen Revolution“. Er wiederholt die Lüge, daß nicht nur der Großbetrieb, sondern auch der selbständige Kleinbetrieb (Handwerk und Kleinhandel) durch eine skandalöse Methode vernichtet werden sollen: durch eine Arbeitslosenversicherung und durch die Steuerschraube.

Aber Eugen Richter fügt eine neue Fälschung hinzu: Kautsky hat in einer sehr interessanten Aufstellung seiner Schrift nachgewiesen, daß im Gegenwartsstaat schon nach der Gewerbestatistik nur 11 Industriezweige existieren, in denen

fast ausschließlich der Kleinbetrieb (mehr als 97 Prozent der Betriebe) herrscht, darunter Geigenmacher, Abbecker, Barbier, Stiefelwischer, Schornsteinfeger. Aus dieser Feststellung einer Tatsache der heutigen Wirtschaft macht Eugen Richter eine sozialistische Proskriptionsliste des Zukunftsstaates und erzählt schaudern, daß seien also die Betriebe, die allein der sozialdemokratischen Ausrottung entgehen würden. Kautsky tut nichts weiter wie aus der heutigen Statistik die Binsenwahrheit zu folgern, daß die Grundlage der künftigen Produktion der maschinelle Großbetrieb sei. Aber Kautsky hält sogar — Eugen Richter berichtet: „daß im wesentlichen nur die Stiefelwischer, Abbecker, Schornsteinfeger und Friseur Ausschitz haben, im sozialdemokratischen Staate selbständige Handwerker zu bleiben“ — es für möglich, „daß selbst unter dem proletarischen Regime die Zahl der industriellen Kleinbetriebe zunimmt, da es ja den Wohlstand der Massen vermehrt und die Nachfrage nach Produkten der Handarbeit in Folge dessen eine regere sein dürfte; das Kunsthandwerk mag daraus einen neuen Anstoß erhalten.“ — Allerdings Eugen Richter muß diesen Satz schon deshalb unterschlagen, weil er ja schon vorher seinen erschreckten Gläubigen gepredigt hat, daß im Zukunftsstaat die Wohnungen fast sein werden wie die Zuchthauszellen.

Im Vorübergehen fälscht Eugen Richter zu seiner Erholung ein bißchen die Statistik. Er lehrt: „In der Industrie fällt gegenwärtig mehr als die Hälfte der in derselben beschäftigten Personen auf Kleinbetriebe mit höchstens 5 Gehilfen. Tatsächlich beschäftigte die Kleinindustrie (bis 5 Personen) 1895 3 191 125 Arbeiter (gegen 1882 eine Abnahme um 2,4 Prozent), dagegen die mittlere und große Industrie 4 809 378 Personen. Für den erstaunlichen Rechenkünstler Eugen Richter sind 3 Millionen mehr als die Hälfte von 8 Millionen!

Daß seit der letzten Zählung die Großbetriebe noch mehr auf Kosten der Kleinen gewachsen sind, ist zweifellos; schon von 1882 bis 1895 nahm die Zahl der in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter um 87,2 Prozent zu!

Kautsky schreibt („Am Tage nach der sozialen Revolution“ S. 26): „Von den nahezu 2 Millionen Menschen, die heute im deutschen Reich im Handel und Verkehr (ohne Post und Eisenbahnen) und in Gastwirtschaften tätig sind, wird bei genügend hohen Löhnen in der Industrie und genügender Nachfrage nach Arbeitskräften vielleicht eine Million sein, die von parasitischer zu produktiver Tätigkeit überführt werden können.“ Der „Sozialisten Spiegel“ macht aus dem allgemein üblich wissenschaftlichen Ausdruck zur Kennzeichnung eines entbehrlichen Kleinen Zwischenhandels — wie entbehrlich er ist, wird dadurch gekennzeichnet, daß ein Streik auf diesem Gebiete gar nicht bemerkt werden und zur sofortigen endgiltigen Ausschaltung der Streikenden führen würde! — eine Beschimpfung der Kleinrämer und Gastwirte als Personen; sie würden von Kautsky als Schmarozkerpflanzen betrachtet. Natürlich fällt es keinem Sozialisten ein, einen Krämer, der nun einmal durch sein Geschick gezwungen ist, auf diese mühselige Weise sich sein karges Brot zu verdienen, deshalb als Parasiten zu schmähen, freilich sein Betrieb, im Richte der modernen Wirtschaft, überflüssig, parasitär ist. Auch der Postkutscher ist im Zeitalter der elektrischen Schnellbahnen „parasitär“, deshalb sind aber die noch vorhandenen Postillone doch nicht Schmarozkerpflanzen. Der Richtersche Trick ist nicht einmal original. Er ist dem antisemitischen Agitationsstab entnommen; die Antisemiten erheben den Vorwurf namentlich gegen die Professoren der Nationalökonomie, die durchweg von parasitären Betrieben sprechen.

Ueber die Bemühungen Eugen Richters, die sozialistische Auffassung von der Konzentration der Großbetriebe, der Zunahme der Unselbständigen und Abhängigen zu verwirren, siehe das Kapitel „Einkommenstatistik“ und die Schrift: „Die Vernichtung der Sozialdemokratie“ (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“).

Hausrecht in Versammlungen.

Der „Sozialistenpiegel“ belehrt seine Leute, daß sie sich vor den Sozialdemokraten in ihren Versammlungen durch Ausübung des Hausrechts schützen sollen. Gedruckte Strafanträge — nach dem Muster Bismarcks — wegen Hausfriedensbruch sind durch die Aktiengesellschaft „Fortschritt“, (Berlin, Zimmerstraße) zum Preise von 10 Mark per 1000 Stück zu haben.

Den Hausfrieden stört jeder Arbeiter, der Bureauwahl fordert, der in der Diskussion „beleidigt“, also etwa die Fälschungen des „Sozialistenpiegels“ nachweist usw.

Der Freisinn will keine Ruh' haben. Er will in Ruhe sterben.

Indirekte Steuern.

Das freisinnige Programm fordert zwar Entlastung von indirekten Steuern, der „Sozialistenpiegel“ aber wendet sich gegen die Forderung der Sozialdemokratie, die indirekten Steuern durch direkte Reichssteuern zu ersetzen. Wollte man, so wird berechnet, die rund 900 Millionen indirekte Reichseinnahmen durch direkte Steuern ersetzen, so würde das für Preußen eine Steigerung der Einkommenssteuer auf 15 Proz. und der Vermögenssteuer von $\frac{1}{2}$ auf $1\frac{1}{2}$ pro Mille bedeuten.

Diese Zahlen haben an sich nichts erschreckendes, wenn man bedenkt, daß man die Hungereinkommen der Besitzlosen bis auf 25 Prozent indirekt zu besteuern wagt. Aber es ist gar nicht nötig, gerade die Einkommenssteuer so hoch zu treiben. In Preußen beträgt das Vermögen über 6000 Mark rund 70 Milliarden. Legt man auf diese Vermögen nur eine Steuer von $\frac{1}{2}$ Prozent, so macht das jährlich allein eine Einnahme in Preußen von 350 Millionen Mark. Dann braucht man nur den jetzigen niedrigen Prozentsatz der preußischen Einkommenssteuer, die 1903 auf 174 Millionen veranschlagt ist, auch im Reich zu Grunde zu legen, und sämtliche indirekten Steuern sind gedeckt, da Preußen etwa für das Reich 540 Millionen aufzubringen hätte; spannt man die höheren Einkommen nur ein wenig schärfer ein, so können die niederen Einkommen bis 3000 Mark überhaupt im Reiche freigelassen werden. Dann aber ist gänzlich unausgebaut die Erbschaftsteuer, die heute in Preußen den Bettel von 10 Millionen einbringt. In England war die Erbschaftsteuer 1901 auf 338 Millionen Mark veranschlagt, in Frankreich (1894/96) 153 Millionen, Italien 30 Millionen, Oesterreich 20 Millionen. In England entfällt an Erbschaftsteuer 6,60 M. auf den Kopf der Bevölkerung, in Frankreich 3,95, Oesterreich 0,80, Spanien 0,75 Mark. Deutschland besteuert die Erbschaften von allen Ländern am geringsten: 0,42 Mark pro Kopf.

Die Angaben zeigen, daß es ganz leicht ist, die Ausgaben des Reiches auf direkte Weise zu decken, nur müßte das Kapital ein wenig, nur ein wenig derber angefaßt werden. Der Freisinn aber will das Kapital schonen und deshalb ist er bemüht nachzuweisen, daß die indirekten Steuern nicht abgeschafft werden können. Damit macht er freilich sein Programm zum Kinderpott, weist der „Sozialistenpiegel“ doch sogar auf die schrecklichen Folgen der Aufhebung der indirekten Kommunalsteuern hin, die von der Volkspartei im Reichstag selbst beantragt worden ist.

Kapitalismus.

Die „Aufhebung des Privateigentums“ verlangt das sozialdemokratische Programm, so lügt der „Sozialistenpiegel“. Umgekehrt: der Sozialismus will jedem Privateigentum an Gütern des Gebrauchs und des Genusses verschaffen,

indem er den Privatbesitz an „Produktionsmitteln“, den Besitz an kapitalistischen Mitteln, die Gesamtheit durch einzelne auszubeuten, d. h. die Großindustrie, den Großhandel, die Großbanken, den Großgrundbesitz, den Verkehr in das Eigentum und die Verwaltung der Gesellschaft überzuführen strebt. Daraus aber folgt nicht die Aufhebung, sondern die Ermöglichung von persönlichem Eigentum an den notwendigen und schmerzhaften Dingen des Lebens.

Der „Sozialistenpiegel“ lügt ferner, daß unser Endziel, die Beseitigung des kapitalistischen Systems durch Ueberführung der kapitalistischen Ausbeutungsmittel in den Besitz der Allgemeinheit, den „Hörern und Lesern der sozialdemokratischen Agitation“ nicht klar gemacht werde. Vielmehr werde „durch die allgemeinen Tiraden gegen „Kapitalismus“ nur die Vorstellung zu erwecken gesucht, als ob es sich einzig und allein nur darum handele, wucherische und hartherzige Gläubiger zu bekämpfen“.

So dumm ist die Sozialdemokratie nicht, daß sie durch solche Verschleierung ihres Zieles ihre ganze Berechtigung aufhebt. Gegen „wucherische und hartherzige Gläubiger“ zu kämpfen, das erklärt ja jede Partei als ihre Aufgabe, um den Kapitalismus zu retten, indem man die „Auswüchse“ preisgibt. Oder verteidigt etwa die Freisinnige Volkspartei wucherische und hartherzige Gläubiger?

Die Sozialdemokratie erklärt umgekehrt — im Gegensatz zu all dem bürgerlichen, konservativen, antisemitischen, katholischen, nationalliberalen, freisinnigen Kampfeifer wider die „wucherischen und hartherzigen Gläubiger“ — daß das Uebel nicht in einzelnen besonders ruchlosen Kapitalisten, sondern in der kapitalistischen Ordnung selbst wurzelt.

v. Kardorff, Antrag zum Zolltarif.

Der Antrag Kardorff, die Aufnahme des Zolltarifs in das Zollgesetz, bedeutet den verfassungsbrechenden und geschäftsordnungswidrigen Versuch, ein Gesetz ohne Beratung durchzubringen. Die Parteien des Zollwuchers wurden zu diesem Staatsstreich genötigt, weil sie wußten, daß die Mehrheit nicht für so lange Zeit beschlußfähig bleiben würde, wie für eine ordnungsmäßige Durchberatung notwendig war. Eugen Richter hat zwar gegen den Antrag Kardorff gestimmt, aber er hat ihn in zweierlei Hinsicht befördert. Dadurch, daß der Führer der Freisinnigen Volkspartei vorschlug, das Zollgesetz vor dem Zolltarif zu beraten, wurde die Bahn für den Antrag Kardorff frei. Dann aber erfand Eugen Richter das Stichwort, um die Zollbriganten moralisch zu entschuldigen. Er erfand den vom Direktor des Bundes der Landwirte im Januar 1903 als „eitel Schwindel und Heuchelei“ verspotteten Humbug und der „Sozialistenpiegel“ wiederholt ihn: „Die Obstruktion der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung hat eine Einigung der schutzzöllnerischen Richtungen im Reichstage herbeigeführt in betreff der Mindestsätze und in betreff eines Antrags v. Kardorff.“

Das ist ein bewußter Schwindel! Denn ein so alter Parlamentarier wie Eugen Richter ließ sich natürlich auch nicht durch die scheinbare Uneinigkeit der Zollwucherparteien darüber täuschen, daß die ganze Kackbalgerei nur inszeniert war, um die Opposition in Sicherheit zu lullen und von der Regierung möglichst große Zugeständnisse zu erpressen. Eugen Richter aber wollte den Zolltarif aus der Wahlagitation heraus haben, weil er in Hagen und anderswo auf die Wahlhilfe des Zentrums angewiesen ist. Darum wurde er der Verräter der Opposition am Zollwucher und mit Recht rief ihm Bebel in dem Kampfe um den Antrag Kardorff am 29. November das Wort „Verräter“ entgegen. Am folgenden Montag rächte sich Richter: er entschuldigte die Kardorffrotte, indem er der Opposition alle Schuld beimah. Am gleichen Tage hielt der Junfer v. Kröcher eine Rede, in der er unumwunden zur vollständigen Aufhebung der Verfassung,

zur Rechtlosmachung der Sozialdemokratie aufforderte und Herrn Eugen Richter im Gegensatz zur Freisinnigen Vereinigung als klugen und besonnenen Mann feierte. Eugen Richter war so glücklich über das Junkerlob, daß er kein Wort gegen die Kröcher'schen Staatsstreich-Gelüste fand. Als Richter von der Tribüne abtrat, rief man aus den Reihen der Freisinnigen Vereinigung verblüfft: „Und Kröcher?“ Man wollte den Volksparteiler daran erinnern, daß er in seinem Eifer, die Opposition zu schmähen, ganz vergessen hatte, den Kröcher zu geißeln. In demselben Augenblick schrie der intime Freund Richters, Herr Fischbeck, die Antwort: „Lieber mit Kröcher als mit Barth!“

So ist allerdings die Zolltaktik Richters gewesen. Er ging mit Kröcher, dem Junker, und fiel sogar der benachbarten Fraktion, der Freisinnigen Vereinigung, und ihrem Führer Barth in den Rücken.

Daß die angebliche „Obstruktion“ nicht den Antrag Kardorff veranlaßt hat, wird überdies durch die unwiderlegliche Tatsache bewiesen, daß bereits elf Monate früher, am Beginn der Zollverhandlungen in der Kommission, als noch gar keine Rede von einer „Obstruktion“ war, Herr v. Kardorff den Gedanken erörterte, nur das Zollgesetz zu beraten und den Tarif als „Resolution“ anzunehmen! — Vergl. noch „Der Umsturz im Reichstage“ (Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin).

Kartell der Linken.

Der „Sozialistenpiegel“ spottet, daß über ein Kartell der Linken vielfach phantasiert worden sei. Auch die Sozialdemokratie hielt solch ein Kartell für eine Phantasie. Immerhin ist erwähnenswert, daß die Phantasien von der Freisinnigen Vereinigung ausgingen. „Lieber mit Kröcher als mit Barth!“

Kieler Kommunal-Wahlrecht.

In Kiel haben die Freisinnigen für eine Erhöhung des Zensus bei den Kommunalwahlen gestimmt und dadurch die Arbeiter von dem Wahlrecht ausgeschlossen. Der „Sozialistenpiegel“ lehnt die Verantwortung für diese Handlung ab, indem er behauptet, daß nur jetzige Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung, nicht der Volkspartei an jenem Beschluß des Jahres 1892 beteiligt gewesen seien.

Es steht fest, daß sich unter der Mehrheit von 16 Stadtverordneten, die für einen Zensus von 1200 M. stimmten und dadurch heute rund 20 000 Kieler Arbeiter entrechteten, acht notorische Freisinnige befanden.

Der „Sozialistenpiegel“ rühmt dem Führer der Kieler Freisinnigen, Alexander Niepa, nach, daß er gegen die Erhöhung des Zensus gestimmt hat. Das konnte er allerdings tun, da er ja der Annahme der Wahlentrechtung sicher war. Im Prinzip aber war auch er für die Verdrängung der Arbeiter; denn er begründete seine Ablehnung wörtlich wie folgt:

„Die Gefahr, daß die Sozialdemokraten das Stadtverordnetenkollegium erobern, ist noch nicht so groß, wenn nur jeder Bürger seine Schuldigkeit tut. Wenn aber diese Zeit gekommen, dann werde auch ich keinen Augenblick zögern, von einem Rechte Gebrauch zu machen, welches uns die Städte-Ordnung an die Hand giebt.“

Rechnen sich aber auch die Kieler Wahlentrichter von 1892 heute zur Vereinigung, so sind in den anderen Städten der Provinz Schleswig-Holstein, wo gleichfalls der Wahlrechtsraub verübt wurde, waschechte Volksparteiler beteiligt gewesen. So wurde in Elmshorn — im Wahlkreis Pinneberg-Segeberg herrscht die Freisinnige Volkspartei — am 30. Dezember 1897 eine Wahlentrechtung beschlossen und 1050 M. als wahlfähiges Mindesteinkommen bestimmt; den Ausschlag gaben die Herren Schinkel, D. Junge und Frahm, bekannte Unterzeichner freisinnig-volksparteilicher Wahlaufrufe.

Dies Verhalten der Volkspartei entspricht durchaus ihren „Grundsätzen“. Auch der Berliner Kommunal-Freisinn volksparteilicher Färbung ist bereit, sogar für eine Verschlechterung des Dreiklassen-Wahlrechts zu stimmen und statt für das allgemeine für ein Zensus-Wahlrecht einzutreten. Als am 19. April 1900 in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ein sozialdemokratischer Antrag beraten wurde, an den preußischen Landtag das Ersuchen zu richten, daß bei der Abänderung des Kommunal-Wahlrechts das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt werde, sprachen sich sämtliche Freisinnigen gegen das allgemeine und für ein an die Steuerzahlung gebundenes Wahlrecht aus — ein System, das gegenüber dem elenden Dreiklassen-Wahlrecht noch einen Rückschritt im Selbstsacksinteresse bedeutet. Die Freisinnigen begründeten ihre Gegnerschaft mit dem Satz: In der Kommune dürfe nur mitraten, wer „mittatet“, d. h. wer Steuern bezahlt. Der „Vorwärts“ nannte damals die Berliner Stadtverordneten-Versammlung das „Serrenhaus der Freisinnigen“ und bemerkte zu der freisinnigen Steuermoral: „Jeder Anfänger weiß, daß, abgesehen von den indirekten Steuern, aus denen der Kommunalhaushalt wesentlich mit befritten wird, auch die direkten Steuern hauptsächlich aus der Arbeit der Nichtbesitzenden stammen: die Steuerzahler sind nur die Vermittler der wirklichen Steuernden, und, wenn man denn jenes Prinzip der Leistung und Gegenleistung für die Gestaltung des Wahlrechts zu Grunde legen will, so müßte man umgekehrt zu der Folgerung kommen, daß nur die Nichtbesitzenden wahlberechtigt sein dürften, weil deren Arbeit die formelle Steuerzahlung materiell ermöglicht.“

Am 19. April 1900 erklärte der freisinnige Führer Cassel in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, unter seinen Freunden sei kein einziger, der das gleiche und geheime Wahlrecht jedem Beliebigen ohne Rücksicht auf Beitrag zu den städtischen Lasten und auf Seßhaftigkeit (!) erteilen wolle. Die freisinnige Presse unterstützte den Kommunalfreisinn. Die „Vossische Zeitung“ meinte, man könne die Finanzverwaltung der Stadt „nicht in die Hände derer legen, die nichts zahlen“. Und die „Freisinnige Zeitung“ begeisterte sich für das brutalste Geldwahlrecht: „Wer keinerlei Steuern zahlt, kann auch nicht beanspruchen, ein Wahlrecht auszuüben.“

Am 13. Dezember 1900 wurde die Frage abermals in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erörtert. Die freisinnige Mehrheit ging über den sozialdemokratischen Antrag zur Tagesordnung über. Der freisinnige Herr Jacobi, ein Volksparteiler, malte in jener Sitzung das Schreckbild: Ohne Seßhaftigkeit könnte es dahin kommen, daß von Rixdorf oder Weißensee 50 oder 100 000 Schlafburtschen herziehen und über das Vermögen der Stadt Berlin entscheiden. — Ganz vor kurzem hat noch einmal Herr Cassel ausdrücklich die Gegnerschaft gegen das allgemeine Wahlrecht als Meinung der großen Mehrheit des Berliner Stadthauses festgestellt.

Auch in Frankfurt a. M. hält die demokratisch-freisinnige Mehrheit hartnäckig an dem die Arbeitermassen entrechtenden Zensus-Wahlrecht fest. (Vergl. auch „Kommunalprogramm“.)

Klassenpartei und Klassenkampf.

Während der Begriff des Klassenkampfes heute Gemeingut der Wissenschaft ist, laut Eugen Richter noch im Jahre 1903 an dem Stübholz der Interessensharmonie. Dabei fälscht der „Sozialistenpiegel“ die sozialdemokratische Anschauung vom Klassenkampf; die Sozialdemokratie sei eine „Partei, die rücksichtslos nur das Sonderinteresse der Arbeitnehmer vertritt, im Gegensatz zu den Arbeitgebern und den übrigen Berufsclassen“. Dadurch unterscheidet sich gerade die Sozialdemokratie von der auch im „Sozialistenpiegel“ befürworteten

Interessenvertretung des schlichten Mannes, daß sie den weltgeschichtlichen Klassenkampf gegen die kapitalistische Bourgeoisie und die Reste des Feudalismus nicht zur reinen Vertretung der Arbeitnehmer-Interessen erniedrigt, berengt und schwächt. So schreibt Karl Kautsky in den parteioffiziellen Erläuterungen zum Erfurter Programm (Karl Kautsky und Bruno Schoenlank, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. — Preis 10 Pf.): „St... einmal das Proletariat eine Macht geworden, dann bleibt es nicht allein, dann ziehen seiner Fahne auch aus den anderen ausgebeuteten Klassen Rekruten zu, aus den Proletariern der geistigen Arbeit, den Kleinbürgern und Kleinbauern, die bisher den Konservativen und liberalen Fahnen nachgelaufen sind. Gleich den Proletariern sehen Bauern, Kleinbürger und besitzlose „Gebildete“ sich ausgeschlossen von all den glänzenden Errungenschaften der modernen Produktion, die einzig und allein den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, den Monopolisten der großen gesellschaftlichen Produktionsmittel, zu gute kommen und die nur durch die Verwandlung dieses Privateigentums in Gemeineigentum allen zugänglich gemacht werden können... Die Arbeiterklasse verfährt in diesem Kampfe nicht bloß ihre eigene Sache, als die unterste der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, die in letzter Linie unter jeder Art von Ausbeutung und Druck zu leiden hat; auch wenn sie dadurch nicht unmittelbar berührt wird, sieht sie in jedem Ausbeuter und Unterdrücker ihren Feind und bekämpft sie die Ausbeutung und Unterdrückung der kleinen Beamten und sonstigen Kopfarbeiter, sowie der Bauern und Kleinbürger ebenso entschieden wie die eigene.“ Und bei einer anderen Gelegenheit bemerkt einmal Kautsky: Wenn jemals der Fall eintreten würde, daß berufliche Arbeiterinteressen mit den allgemeinen Kulturinteressen gegensätzlich zusammenstößen, so hätten die Kulturinteressen den Vorrang.

Weil der Klassenkampf des Proletariats den engen Begriff der bloßen Interessenvertretung der Handarbeiter übersteigt und sich zur universalen, zur weltgeschichtszurevolutionären Bedeutung weitet, darum konnte zum Beispiel die Sozialdemokratie bei dem an sich lächerlichen Heinze-Haber der frommen Konfektionsmoralisten eine Aktion unternehmen, von der der konservativ gesinnte Berliner Professor Delbrück begeistert schrieb: „Einen glänzenden Feldzug hat jetzt die Sozialdemokratie mit der lex Heinze geführt... Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen! ... Wir sind soweit, diese Partei schon gar nicht mehr entbehren zu können.“

Als Partei der Wissenschaft und Wahrheit kann die Sozialdemokratie, ohne Furcht vor Mißverständnissen, sich als Massenpartei des Proletariats bezeichnen. Sie verfährt umgekehrt wie die Freisinnige Volkspartei: die Sozialdemokratie nennt sich Arbeiterpartei und vertritt im proletarischen Klassenkampf die höchsten Interessen der Allgemeinheit. Die Freisinnige Volkspartei giebt vor, keinen Sonderinteressen, sondern lediglich dem Allgemeinwohl zu dienen, und vertritt doch ausschließlich den Vorteil der Kapitalisten.

Eugen Richter fügt dann wirklich die seit 50 Jahren herholzte Bemerkung an, daß die Sozialdemokratie „vollständig außer acht“ lasse, „daß die wahren Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, wohlverstanden, durchweg solidarisch sind“. Glaubt das Eugen Richter wirklich, dann kann er ja getrost seinen kapitalistischen Hintermännern und Industriefreunden raten, ihre wohlverstandenen Unternehmerinteressen in die Hände der Arbeiter zu legen; bei der Solidarität der Interessen können sie ja auch dann nicht zu kurz kommen.

Der „Sozialistenpiegel“ fälscht den proletarischen Klassenkampf im kapitalistischen Sinn auch in der Absicht um, damit er den „schneidenden Widerspruch“ entlarven kann, „daß die Reichstags-Abgeordneten der Sozialdemokratie durchweg nicht der Klasse angehören, die sie vertreten, sondern nach ihren bürgerlichen Verhältnissen der Bourgeoisie zugerechnet werden müßten“. Wäre das selbst wahr, so widerspräche es der sozialdemokratischen Auffassung vom Klassenkampf nicht, sondern nur der kapitalistischen Finte vom schlechten Mann. Außerdem aber sind die sozialdemokratischen Abgeordneten „durchweg“ Proletarier. (Vergleiche: Arbeitervertreter.)

Koalitionsfreiheit.

Es wird behauptet, es sei nicht wahr, daß die Freisinnige Volkspartei Gegner des Koalitionsrechts der ländlichen Arbeiter sei. Das Programm der Freisinnigen Volkspartei verlange ausdrücklich Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit. Herr Dr. Müller-Sagan, der Geschäftsleiter der Freisinnigen Volkspartei, ist umgekehrt der Meinung, daß in dieser Beziehung das Programm zu nichts verpflichtet. (Siehe unter Gesinderecht.)

Die Freisinnige Volkspartei aber ist auch ein Gegner des Koalitionsrechts der industriellen Arbeiter; sie gesteht das papierne Recht zwar noch zu, hält aber die lebendige Anwendung des Rechts für schlimmsten Frevel. Bei allen Streiks hebt die Freisinnige Volkspartei am gehässigsten wider die Streikenden. Beim Buchdruckerstreik 1891 sprach Eugen Richter zu seinem Drucker nicht nur das berühmt gewordne Wort: „Stellen Sie doch Mädchen ein!“ sondern seine „Freisinnige Zeitung“ schrieb am 13. Dezember 1891 die folgende Scharfmacherei gegen das Koalitionsrecht:

„Hiernach kann es für keinen Unbefangenen mehr ein Zweifel sein, daß es sich bei diesem Streik allgemein darum handelt, die bestehende Gesellschaftsordnung zu vertreten gegenüber einer frechen sozialdemokratischen Kriegserklärung. Diejenigen Buchdruckereibesitzer, welche unter solchen Umständen noch die Forderungen der Streikenden bewilligen, machen sich der Begünstigung der Sozialdemokratie und der Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung schuldig.“

Und diesen wilden Wahnsinn schrieb das Blatt gegen eine Gewerkschaft, die gar nicht unter sozialdemokratischer Leitung stand.

Die Freisinnigen haben nicht nur für die Gewerbeordnung mit dem § 153 (Ausnahmegesetz über „Koalitionsvergehen“) gestimmt, sondern sie wären auch bereit, eine Verschärfung durch die Rechtspraxis und durch die Gesetzgebung zu bewilligen. Die Sehnsucht der „Freisinnigen Volkspartei“ nach einer Verschärfung der Strafbestimmungen gegen das Koalitionsrecht erkennt man aus folgender Äußerung der „Freisinnigen Zeitung“ vom 10. April 1903 über die Annahme der holländischen Zwangsgesetze:

„Es handelt sich in den holländischen Gesetzentwürfen auch nicht darum, die Koalitionsfreiheit einzuschränken, sondern in ähnlicher Weise, wie dies § 153 der deutschen Gewerbeordnung bestimmt, die Freiheit des Arbeiters zu schützen gegen den Zwang, sich an Koalitionen zu beteiligen.“

Die holländischen Zwangsgesetze bedrohen nicht nur das Koalitionsrecht allgemein mit Strafbestimmungen, die der deutschen Zuchthausvorlage ähnlich sind, sondern schließen für die Verkehrsarbeiter den Streik völlig aus und ahnden Zuwiderhandlungen dagegen mit Gefängnis bis zu 4 Jahren. Diese Schandgesetze billigt das führende Organ der Freisinnigen Volkspartei!

Anläßlich der Aussperrung in Herlohn forderte der dortige „Kreis-Anzeiger“, offizielles Organ des Richterischen Freisinn (Mitte Mai 1903), die

Behörden zum schärferen Einschreiten gegen die ausgesperrten Arbeiter auf. Er schrieb: „Auch wir sind der Ansicht, daß sich auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zum Schutze der Arbeitswilligen mehr tun läßt als bisher.“ Dieses freisinnige Organ will die Bestrebungen der verschärften Zuchthausvorlage durch schärfere Anwendung des § 153 verwirklicht sehen!

Wie aber die freisinnigen „Massen“ über Arbeiterrechte denken, das wurde in einer freisinnigen Wählerversammlung des zweiten Berliner Wahlkreises am 11. Mai 1903 sehr offenerzig ausgeplaudert.

Der gegenwärtige freisinnige Kandidat des zweiten Berliner Kreises, Kreitling, erzählte in dieser Versammlung im Stil der Denkschrift zur Zuchthausvorlage Schandtatzen von „sozialdemokratischem Terrorismus“: „Gute brave Arbeiter hätten schon häufig zu ihren Arbeitgebern gesagt: Ach, ich muß ja mitstreifen, sonst schlägt man mich tot.“ — Der Vorsitzende Stahl meinte: „Falls Kreitling gewählt werde, solle sich dieser ebenfalls energisch gegen das zu schnelle Tempo in der Sozialreform wenden.“

Kommunalabgaben.

Der „Sozialistenpiegel“ wehrt die gegen die Freisinnigen erhobenen Angriffe in der Weise von Angeklagten ab, die beteuern: „Man wirft mir vor, daß ich vor vier Wochen einen Einbruch verübt habe. Wahr ist vielmehr, daß ich gestern meinen Hund habe scheeren lassen.“ So wird die Tatsache, daß der Kommunalsozialist in Städten, wo er die Herrschaft hat, nicht daran denkt, die indirekten Steuern aufzuheben, dadurch zu widerlegen versucht, daß auf den freisinnigen Antrag zur Zollvorlage verwiesen wird, wonach die Gemeindeabgaben auf Lebensmittel in Wegfall kommen sollen. Das ist keine Widerlegung, sondern nur ein freisinniger Widerspruch zwischen volksfreundlicher Schaumschlagerei und kapitalistischer Wirklichkeit. So haben in Breslau freisinnige Volksparteiler den Ausschlag für die Beibehaltung der Schlachtsteuer gegeben.

Außerdem hat der „Sozialistenpiegel“ (unter „Indirekte Steuern“) gegen die sozialdemokratische Forderung auf Einführung direkter Steuern auch den Einwand erhoben, daß die direkten Kommunalsteuern dann erhöht werden müßten, „die jetzt bis zu 300 Prozent der Staatssteuern betragen.“

Im Dezember 1900 begründete die „Freisinnige Zeitung“ in einer Polemik gegen das allgemeine Gemeindevahlrecht das Reichstagswahlrecht u. a. darauf, daß die Steuerverfassung des Reichs wesentlich auf der Belastung der allgemeinen und notwendigen Lebensmittel beruhe. Damit sind die indirekten Steuern zur Voraussetzung des allgemeinen Wahlrechts gemacht. Das ist entweder eine prinzipielle Verteidigung von Lebensmittelsteuern oder aber eine grundsätzliche Ablehnung des Reichstagswahlrechts.

Kommunalprogramm der Sozialdemokratie.

Von der reichen und fruchtbaren Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden weiß der „Sozialistenpiegel“ kein Wort zu vermelden. Alles, was er mitteilt, beschränkt sich darauf, daß auf dem bairischen Parteitag in Nürnberg (1900) Auseinandersetzungen darüber stattgefunden haben, ob es möglich sei in Fürth die Lebensmittelsteuern mit einem Schlage aufzuheben oder ob sich schrittweises Vorgehen empfehle. Gerade weil darüber Meinungsverschiedenheiten herrschten, verlangte man ein bindendes Gemeindevahl-Programm. Dieses ist denn auch von den bairischen Parteigenossen geschaffen worden und es verlangt: „Verbot aller Steuern auf Lebensmittel.“ Damit ist der Fürther Streitfall erledigt, was der „Sozialistenpiegel“ unterschlägt. Uebrigens hatte die Sozialdemokratie in Fürth, wie aus

der tendenziösen Darstellung des „Sozialisten spiegels“ entnommen werden könnte, niemals die Mehrheit. Dagegen hat die Freisinnige Volkspartei in Nürnberg die Mehrheit, aber bisher nicht daran gedacht, die dortigen indirekten Steuern zu beseitigen. Gerade Nürnberg ist ein Musterbeispiel freisinnig-volksparteilicher Schreckensherrschaft. Von 60 000 männlichen Steuerzahlern besitzen nur 10 000 das Gemeindevahlrecht; die Arbeiterklasse bezichtigte einmal der Nürnberger Volksparteiler Besch (Abgeordneter für Koburg) als Lumpokratie. Die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes und die Einführung der Wahlen nach Bezirken wird hartnäckig verweigert. Hunderttausende wurden für Fürstendenkmäler ausgegeben; dabei besitzt Nürnberg kein Volkssbad. Die Schulden betragen 1902 51 Millionen. Die Verkehrseinrichtungen sind an das Privatkapital ausgeliefert. Nichts für Arbeitslose, schlechte Behandlung der städtischen Arbeiter. Die Arbeiterschaft wird verhindert, eine Orts-Krankenkasse zu errichten; die Gemeinde-Krankenkasse arbeitet mit einem Defizit von mehr als 100 000 Mark. Die ganze Unfruchtbarkeit des Freisinnus enthüllt sich in diesen Angaben.

Sonst hat der „Sozialisten spiegels“ für die kommunale Wirksamkeit der Sozialdemokratie nur noch eine Bemerkung: „Ueber die Aufbringung der erforderlichen Kosten machen sich diese Kommunalprogramme kein Kopfschütteln, weil, wie dabei ausgeführt wird, jeder Meinertrag in Privatbetrieben nur durch Ausbeutung der Arbeiter entsteht und es deshalb gerechtfertigt sei, auch die direkten Kommunalsteuern, abgesehen von den unteren Klassen, beliebig hoch zu schrauben.“

Wo und wann ist „dabei“ diese Begründung gegeben. Ein gefälschtes Beweis-Zitat ist fällig und wohl nur versehentlich vergessen. Ein großer Teil der Kosten würde durch Kommunalisierung der öffentlichen Betriebe aufgebracht werden können.

Das freisinnige Kommunalprogramm ist freilich sehr einfach: „Alle Betriebe, die kosten, übernimmt die Stadt; alle Betriebe, die einbringen, überliefert man der Ausbeutung durch private Gesellschaften.“ Auf diese Weise wurde das freisinnig „richterlich“ verwaltete Berlin die sozialpolitisch rückständigste Gemeinde Deutschlands. Berlin ist der ausbeutenden Willkür großkapitalistischer Gesellschaften (Straßenbahn, Elektrizität) ausgeliefert, zu denen einflußreiche freisinnige Stadtverordnete zum Teil die innigsten Beziehungen haben. Der Kommunalfreisinn Berlins sieht eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, die Dividenden von Aktiengesellschaften zu steigern. Auf dem Gebiet der Wohnungspolitik ist nichts geschehen. Die Lage der städtischen Arbeiter ist höchst unerfreulich, ihr Rechtsverhältnis schlechter als in privaten Betrieben. Gegen empörende Mißstände in der Armenpflege nahm am 16. Februar 1902 eine Berliner Frauenversammlung eine geharnischte Resolution an. Während in dem Glendswinter 1901/02 die Stadt keinen roten Heller für den Arbeitslosen übrig hatte, wurden für häßliche Geschenke und den geschmacklosen Glimmerpomp bei Fürstempfangen Unsummen vergeudet. Der Schloßbrunnen („Fördenbecken“) — ein Geschenk, das der Kaiser durch eine höchst ungnädige Ansprache erwiderte — kostete der Stadt Berlin 315 832 Mark. Für den König von Italien wurden 175 563 Mark verausgabt. Bei der Centenarfeier (1897) wurden 160 000 Mark „verschmüßt“. Neuerdings (Frühjahr 1900) wurden für den Kaiser von Oesterreich 50 000 Mark bewilligt und das doppelte ausgegeben.

Alle kleinen Fortschritte aber, zu denen der Freisinn sich schließlich verstand, sind dem unablässigen Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken. Der Geist des Freisinnus aber ist durch die Aeußerung des Stadtverordneten Jacobi gekennzeichnet, der in einer Versammlung am 14. Oktober 1901 alle „Segnungen“ aufzählte, die Berlin für die unbemittelte Bevölkerung leistete, und empört hinzufügte: „Und hinterher sagen sie noch nicht einmal danke dafür!“ (Vergl. auch „Volksschullehrer“ 1.)

Kompromisse.

Unter Berufung auf das bairische Landtagswahlkompromiß spricht Eugen Richter „ein- für allemal den Sozialdemokraten das Recht ab, anderen Parteien Vorwürfe zu machen, wenn sie Gesetze annehmen, die sich, wenn ein Mehreres nicht erreichbar ist, mit weniger begnügen, sofern dieses Weniger einen erheblichen Fortschritt darstellt“.

Einen so thörichten Vorwurf erhebt natürlich die Sozialdemokratie gegen keine Partei, auch niemals gegen die Freisinnige Volkspartei; denn diese selbstverständliche Taktik verfährt auch die Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Anklage gegen den Freisinn Eugen Richters richtet sich vielmehr umgekehrt dagegen: daß der Freisinn sich mit weniger begnügt, wenn und weil er mehr bekommen kann, daß er seine Prinzipien gar nicht mehr wolle, ja daß er ihre Vermirlichung durch eine Taktik grundloser Nachgiebigkeit absichtlich bereitele. Die volksparteilichen „Kompromisse“ nähern nicht das freisinnige Programm seiner Erfüllung, sondern verraten es.

Der Freisinn bringt im preussischen Landtag keinen Antrag auf Beseitigung des Dreiklassensystems ein, weil er es nicht will, nicht weil es unerreichbar ist; denn der freisinnige Antrag auf gleiche Einteilung der Wahlkreise ist ebenso unerreichbar. Der Freisinn unterläßt es, Zollfreiheit auf Lebensmittel zu beantragen, nicht wegen der Ausfichtslosigkeit, sondern aus Furcht vor hohen direkten Reichsteuern; er will keine Zollfreiheit. Der Freisinn hat durch seine Zustimmung zum Bürgerlichen Gesetzbuch, zur neuen Militär-Strafprozessordnung verhindern helfen, daß bessere Gesetze vorgelegt wurden. In der Politik ist das „verbesserte“ Gesetz der Feind des guten Gesetzes. Man flücht, um die Erneuerung zu verhindern. Die freisinnigen Kompromisse sind keine Abschlagszahlungen auf größere Reformen, sondern Liquidationen zum Bankrott!

Daß es sich bei den freisinnigen Kompromissen nicht darum handelt, zu nehmen, wenn man nicht mehr kriegen kann, hat ganz besonders ihr Verhalten bei der Zuckersteuer bewiesen. Die Kommission hatte die Verbrauchsabgabe auf 12 Mark beschlossen. Im Plenum aber setzte die Volkspartei die **Heraufsetzung** auf 14 Mark durch. Sie hintertrieb also geradezu die Verbesserung, für die sonst eine Mehrheit sicher gewesen wäre.

Krieg

und Unfrieden würde die Sozialdemokratie hervorrufen, wenn sie jemals zur Herrschaft gelangte“ — so prophezeit Eugen Richter aus dem Kaffeesatz mit Hilfe eines irrsinnigen Medibumfels. Warum? Weil „alle Interessen sich in staatlichen Organisationen vereinigen“ und deshalb die Interessengegensätze der Staaten sich verschärfen. Herr Richter wird demnächst auch beweisen, daß der Interessengegensatz der deutschen Staaten sich insolge der deutschen Einheit verschärft habe. Je mehr das Proletariat sich international verbrüderet, um so schärfer wird der Gegensatz — lehrt Eugen Richter. Das ist der Punkt, wo man ernsthaft die Frage der Entmündigung des Freisinns erwägen sollte. Denn wenn man den folgenden Satz liest, genügt schon die bloße Entmündigung nicht mehr; hier beginnt die Lobsucht. Man lese: „Nach innen würde der sozialdemokratische Staat erst recht des Militärs nicht entbehren können, um die Massen in der notwendigen sklavischen Botmäßigkeit zu erhalten gegenüber der obersten Leitung der Produktion und Konsumtion. Auch in Zuchthäusern bedarf man vieler Aufseher, welche der freie Privatbetrieb für die Bewachung entbehren kann.“

Da nun die „sklavische Botmäßigkeit“ der „Massen“ künftig durch niemanden anders bewirkt wird, wird die Massen selbst, so folgt daraus, daß im Zukunftsstaat Eugen Richters das Militär sich selbst todschießen wird, und

alle Kanonen gegen die Bedienungsmannschaft gerichtet sein werden. Oder will Eugen Richter beweisen, daß es zweckmäßig wäre, die Zuchthäuser zu öffnen, um die — Aufseher zu ersparen? Oder hält er alle Kapitalisten, die im Zukunftstaat zur Arbeit genötigt werden, für Zuchthäusler, welche heute nur deshalb nicht der Bewachung bedürfen, weil ihr „Privatbetrieb“ ihnen gestattet, nicht zu arbeiten? Oder was hat er sich sonst bei diesem Aberwitz gedacht, daß die Menschen freiwillig arbeiten, wenn sie für andere frohnden, daß sie aber des Sklaventogts bedürfen, wenn sie in der Arbeit für die Allgemeinheit für sich die schlichte freisinnige Erkenntnis und Lebenserfahrung: daß ein echter Kapitalist nur durch das Zuchthaus gezwungen werden kann, für das Allgemeinwohl zu arbeiten.

Krisen.

Eduard Bernstein hatte vor der letzten Krisis optimistische Anschauungen über die Dauer und Stetigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs geäußert. Eugen Richter führt diese Auffassung gegen die herrschende sozialdemokratische Auffassung an. Er will offenbar damit den Anschein erwecken, daß er gar keine Beziehungen zur Börse und zu sonstigen Kapitalisten unterhält, also, daß er ahnungslos im ewigen Paradies des wirtschaftlichen Aufschwungs lebt, während ringsum alles zusammengebrochen ist. Der freisinnigen Genossenschaftsbank Sörgel und Parisius wird es ein Trost sein, aus dem „Sozialistenpiegel“ zu entnehmen, daß es keine Krisen giebt; ihr Kladderadatsch war augenscheinlich nur ein Mißverständnis, ein Irrtum.

Mauserungsprozes.

Dieses Kapitel des „Sozialistenpiegels“ ist das einzige, das eine Wahrheit enthält und sogar richtig zitiert. Eugen Richter erklärt es für eine „vollständige Täuschung“ bürgerlicher Politiker, daß die Sozialdemokratie in einem Mauserungsprozeß zu einer radikalen Arbeiterpartei begriffen sei.

Memel-Heydekruger Stichwahl.

In allen Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Agrariern lieferten die Freisinnigen das Mandat den Brottwucherern aus. Besonders Aufsehen erregte es, als bei der Memeler Wahl im Jahre 1901 mitten im Zollkampf der Wahlkreis an die Brottwucherer durch den Freisinn verraten wurde. Der Konservative erhielt im ersten Wahlgang 7016, der Sozialdemokrat 4911, die Volkspartei 2925 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann mit freisinniger Hilfe der Konservative mit 9123 gegen 6838 Stimmen. Der „Sozialistenpiegel“ versucht das Verhalten damit zu rechtfertigen, daß die Centralleitung der Freisinnigen Volkspartei keine Direktive ausgegeben habe. Darin liegt gerade das Standalöse, daß die Centralleitung niemals dazu auffordert, für einen sozialdemokratischen Gegner der Reaktion einzutreten. Außerdem wird von „Verleumdungen“ geredet, die im Wahlkampfe verbreitet worden seien. Eine Partei, die durch irgend eine unrichtige Behauptung veranlaßt wird, den ärgsten Feind zu wählen, ist keine ernsthafte Partei, sondern ein Narenverein. Aber die Zammerei über den „Ton“ der Sozialdemokraten ist lediglich eine faule Ausrede. Auch wo beim besten Willen keine „Verleumdung“ entdeckt werden kann, stimmt der freisinnige Wähler zehnmal lieber für den Junker als für den Sozialdemokraten.

Schon im Sommer 1898 bei den vorigen Wahlen veranlaßte dies Treiben die freisinnige Berliner „Volkzeitung“ zu folgendem empörten Ausruf: „Vor

Pofadowſky bis zum Kopſch: die Schamröte muß jedem ernſtlich liberal-freifinnigen Menſchen ins Geſicht ſteigen, wenn man ſehen muß, daß das freiſinnige Bürgertum, Hand in Hand mit den Junkern und Ugrariern, nur die Ausmalung des ſozialdemokratiſchen Zukunftsſtaates als Kampfmittel gegen die einzige wahrhaft oppoſitionelle Partei, die Sozialdemokratie, benußt. Iſt da noch irgend ein Unterſchied zwiſchen Freiſinn, Junker und Volkſentrechter? Nein!“

Niederlage des Sozialismus in Belgien.

Die deutſche Sozialdemokratie hat die Brüder in Belgien bei ihren harten Wahlrechtskämpfen werktätig unterſtützt. Deſhalb, ſchreibt der „Sozialiſtenſpiegel“, ſei die Niederlage des Sozialismus in Belgien eine Niederlage des Sozialismus überhaupt“. Nach der „blutigen Niederlage“ habe der „Vormwärts“ freilich ſchleunigſt von den belgiſchen Genossen abzurücken geſucht.

Das iſt der „Fortſchritt“ des Fortſchritts. Einſt jubelte die deutſche Bourgeoisie über die revolutionären Erfolge des Auslandes. Heute geißelt ſie in Schadenfreude über Niederlagen des revolutionären Gedankens. Daß die deutſche Sozialdemokratie wegen ihrer Hilfeleiſtung für Belgien in die Niederlage mit hineingezogen ſei, iſt der Gipfel hämiſchen Unſinns. Dann war die Niederlage der Buren auch eine Niederlage der Völker, die mit jenem Freiheitskampf ſympathifierten. Eine freche Verleumdung, geboren aus der feigen Gefinnungsart des verkommenen Profitbürgertums, iſt die Behauptung, daß der „Vormwärts“ von den belgiſchen Parteigenoſſen „abgerückt“ ſei. Die deutſche Sozialdemokratie hat einfach die Lehren aus dem Mißerfolg gezogen und darin eine Beſtätigung der deutſchen Auffaſſung geſehen, die den Generalſtreik für ein untaugliches Mittel hält. Dieſe Ueberzeugung wird die deutſche Sozialdemokratie aber auch in Zukunft nicht abhalten, die Bruderparteien, die dennoch das Mittel aufs neue anzuwenden, zu unterſtützen. Wie ſoll ein Klopffechter der Kapitaliſten aber auch ſolchen Idealismus begreifen können!

Sehr hübsch aber iſt die profitable Lehre, die Eugen Richter aus den belgiſchen Ereigniſſen zieht: die Er kämpfung des Wahlrechts ſei ein Zweck, der nicht das Mittel eines Rechtsbruchs durch Niederlegung der Arbeit heilige. „Ein Streik kann auch niemals berechtigt ſein für politiſche Zwecke.“

Eugen Richter ſollte ſein Lebenswerk damit krönen, eine Geſchichte der Märzrevolution zu ſchreiben, in der er den Nachweis führen müßte, daß die Revolution deſhalb mißglückt ſei, weil man vielfach unter Rechtsbruch aus der Arbeit gelaufen ſei. Auch in den Freiheitskriegen von 1813 zeigte ſich ſchon eine ähnliche abſcheuliche Erſcheinung. Der Profit iſt das höchſte Geſetz! Man darf allenthalben noch Hochverrat üben, auf die Barrikade ſteigen, aber niemals ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Arbeit niederlegen. Herr Eugen Richter eignet ſich zum Großinquiſitor des Kapitalismus, der jede Auflehnung gegen ſeine offenbarten Geſetze als Toßſünde verflucht. Streikenden giebt dieſer ProcentsBeichtvater ſicher keine Abſolution!

Oppoſition und Obſtruktion.

Mit der albernen Erfindung, daß die Zollobſtruktion die „Einigung“ der Zollparteien herbeigeführt habe, hat Eugen Richter die ſchamloſen Gewalttaten der Reichstagsmehrheit entſchuldigt und angefeuert; ſodann aber ſeine eigene Verratsſtaffil zu verſchleiern verſucht. Auf die Wahlhilfe des Centrum angeſprochen, mußte er — ſchmählichem Wahlſchacher die elementaren Interereſſen des Volkes opfernd — dahin wirken, daß der Zolltarif nicht zur Wahlparole würde. Bei dieſer Parole würde er mit dem Centrum in Konflikt geraten. Er wollte

vielmehr die häßliche Lösung: „Für gute Handelsverträge“, in die jede Partei einstimmen kann, weil jede dabei etwas anderes denkt.

Die Sozialdemokratie hat gegen den Zolltarif überhaupt keine Obstruktion getrieben, obwohl auch dieses Mittel gerade vom konstitutionellen Standpunkt aus durchaus berechtigt wäre. Es muß eine Möglichkeit geben, wenn die Mehrheit des Parlaments sich in Widerspruch mit der Mehrheit der Wähler befindet, die Befragung des Volkes selbst zu erzwingen. Aber in diesem Falle war eine Obstruktion überflüssig, weil schon die einfache sachliche Beratung des Zolltarifs bei der dauernden Arbeits- und Beschlußunfähigkeit der Zollmehrheit die Vorlage zum Scheitern hätte bringen müssen. In der Tat hat denn auch die Sozialdemokratie und die Freisinnige Vereinigung lediglich, wie es ihre Pflicht war, gegen den Umsturz der Geschäftsordnung obstruktionelle Mittel angewandt. Aber gerade weil die Mehrheit suchte, daß sie unfähig war, die Vorlage sachgemäß durchzuberaten, verübte sie den schamlosen Staatsstreich und erhob eine Vorlage zum Gesetz, ohne daß sie verfassungsmäßig beraten worden wäre.

Eugen Richter läßt, wenn er im „Sozialistenpiegel“ die längst als falsch nachgewiesene Behauptung wiederholt, schon in der Kommission habe die Obstruktion begonnen. In Wahrheit hat in der Kommission lange Zeit hindurch die Freisinnige Volkspartei Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie in gleicher Taktik die Vorlage bekämpft.

Zur Neujahr-Artikel 1902 schrieb die „Freisinnige Zeitung“:

„Der neue Zolltarif kann in die Brüche gehen, sowohl wegen der formellen Schwierigkeiten, eine solche Gesetzesvorlage in mehr als 1000 Abstimmungen ohne eine feste Mehrheit zum Abschluß zu bringen, als auch weil sich schließlich von rechts und links eine Mehrheit zusammenballen kann, die aus entgegengesetzten Gründen die Vorlage verwirft.“

„... Der Wahlkampf — mag er nun in dieses Jahr fallen oder erst in das Jahr 1903 — wird sich in erster Reihe um Zollfragen drehen.“

Am 5. Januar 1902 meinte das Org. Eugen Richters:

„Man schlägt eben vor, um etwas zu erreichen“, mit diesem Worte soll nach der „Staatsbürger-Zeitung“ eine leitende Persönlichkeit im Bunde der Landwirte die Politik des Bundes gegenüber dem Zolltarif-Entwurf gekennzeichnet haben. Dieses Eingeständnis ist aber eine Bestätigung des Urteils, das außerhalb der Bundeskreise längst allgemein über die bündlerische Taktik herrscht.“

Damals war also Eugen Richter auch überzeugt, daß die „Uneinigkeit“ nur eine Komödie war und die „Einigkeit“ schließlich aus der Versenkung auftauchen würde. Sechs Monate später begann er zu tun, als ob er die „Komödie erst nahm“, und im Dezember 1902 beschwor er, daß die Einigkeit nur infolge der „Obstruktion“ zustande gekommen sei, diese Einigkeit, die er ein Jahr früher bereits für zweifellos erklärte.

Weiter wird dann wiederholt der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Linke „Obstruktion“ treibe, daß sie die Verhandlungen verschleppe. Die Sozialdemokratie treibe, so wird im Februar erklärt, keine Obstruktion und wiederholt erhebt die „Freisinnige Zeitung“ lebhaften Protest gegen die Vergeßlichkeit der Minderheit durch die Mehrheit. Erst im Sommer 1902, als feststand, daß der Zolltarif nicht durch Schluß der Session von selbst verschwinden würde, leitete der Intimus Richters, Dr. Müller-Sagan, den Anfall und die Verrätertaktik ein. Damals hatte man sich offenbar überlegt, daß die Volkspartei aus Rücksicht auf das Centrum nicht mit dem Zolltarif in die Wahlen ziehen dürfe. Von dieser Stunde an arbeitete Richter systematisch darauf hin, den Zolltarif so schnell wie möglich zur Erledigung zu bringen.

Ueber den weiteren Verlauf des Zolkampfes vergleiche die Broschüre: „Der Umsturz im Reichstag“. (Berlin, Buchhandlung Vorwärts).

Aus der grundverlogenen Darstellung des „Sozialistenpiegel“ sei nur ein ergötzliches Mißgeschick erwähnt, das zugleich verrät, daß Eugen Richter selbst nicht an seine Obstruktionsmärchen glaubt. In dem Uebereifer, den Kampf der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung durchweg als ganz verfehlt und dumm nachzuweisen, verstrickt er sich auf sehr lustige Weise in seine eigenen Lügen. Am 20. Oktober 1902 erklärte der nationalliberale Abgeordnete Sattler, um die Opposition zu täuschen, die Uneinigkeit zwischen den Zollparteien sei so groß, daß die Vorlage als gescheitert gelten müsse; die Regierung solle das Gesetz zurückziehen.

Es war ein sehr feiner Schachzug des Abgeordneten Barth, daß er einige Tage später unter Berufung auf Sattlers Äußerungen und in deren notwendiger Konsequenz den Antrag stellte, die weitere Beratung auszusetzen. Sofort warfen die Zollparteien die Larve ab und aus ihrem heftigen Widerspruch wurde jedem klar, daß sie gar nicht daran dachten, die Vorlage scheitern zu lassen; Herr Sattler hatte eben nur „diplomatisch“ gemogelt.

Der „Sozialistenpiegel“ berichtet über diesen gescheiterten Antrag Barth wie folgt:

„Am 30. Oktober beantragten die Obstruktionsparteien ungeschickter Weise eine Aussetzung der weiteren Beratung der Tarifvorlage. Natürlich wurde dieser Antrag, der von den Freisinnigen beider Gruppen und den Sozialdemokraten unterstützt wurde, von den Mehrheitsparteien abgelehnt. Zum ersten Male waren durch diesen Antrag die schützöllnerischen Richtungen zu einer übereinstimmenden Abstimmung gebrängt worden.“

Der Verfasser des „Sozialistenpiegel“ lügt mit so schlechtem Gedächtnis, daß er einen Antrag „ungeschickt“ nennt, von dem er zwei Zeilen darauf mitteilt, daß auch die Freisinnige Volkspartei ihn unterstützt hat. Also trägt Eugen Richter die Mitschuld an der Ungeschicklichkeit und an der — Einigung der Zollparteien! Herr Richter wird nun die Darstellung dahin verbessern müssen, daß dies der einzige geschickte taktische Streich Barths gewesen sei und deshalb auch Eugen Richters Zustimmung gefunden habe. Der „Anfang“ der Einigung wird dementsprechend dann auf einen späteren Termin gelegt werden müssen.

Die ebenso bornierte wie infame Zolltaktik Richters hat in seiner eigenen Partei starken Widerspruch gefunden. Der Thüringer Parteitag der Freisinnigen Volkspartei sprach in letzter Stunde vor dem vollendeten Vertrat die Erwartung aus,

„daß die Fraktion alle zulässigen Mittel aufwenden wird, um die ... hochgradigsten Bestrebungen zu Fall zu bringen.“

In den Centralrat der deutschen (freisinnigen) Gewerbevereine (Hirsch-Dunder) wurde folgende Interpellation gerichtet:

„Mit Rücksicht auf die bedeutenden Geldkosten, die seitens des Verbandes und der einzelnen Gewerbevereine zur Bekämpfung des Zolltarifs geopfert, in fernerer Hinsicht der persönlichen Opfer vieler Tausender Mitglieder an Mühe und Zeit, wird der Herr Anwalt Dr. May Hirsch um Auskunft gebeten, welche Stellung er sowie der Redakteur Herr Goldschmidt zu dem zweideutigen Vorgehen der Freisinnigen Volkspartei und deren Führer einnehmen.“

Bei der Debatte geißelte der Gewerbevereiner Schumacher mit scharfen Worten die taktische Unterstützung, welche die Fraktion unter Richters Führung der Reaktion angedeihen läßt. Herr Jordan bezweifelte, daß sich in Zukunft wahre Arbeiter finden werden, die freisinnig wählen. Schumacher brachte nachstehenden Antrag ein:

„Der Centralrat erklärt, daß ... er dem Verhalten dieser Partei nicht zustimmen kann.“

Es gab darauf eine stundenlange Debatte. Maschinenbauer Mauch bezeichnete es als Tatsache, daß die Freisinnige Volkspartei fast alles Vertrauen in der Arbeiterschaft eingebüßt habe. Schließlich wurde der Antrag zurückgezogen.

Auch die Süddeutsche Volkspartei, die mit der Freisinnigen Volkspartei kartelliert ist, hat die Taktik Eugen Richters aufs schärfste beurteilt, namentlich in Baden war die Empörung groß.

Dagegen war Eugen Richter der Held der Zolljunkers. Er wurde förmlich zur Richtgestalt und alle seine früheren Sünden waren ihm vergeben. In dem von der konservativen Partei herausgegebenen „Wahlbüchlein“ wird Richter geradezu in den Adelsstand erhoben. Es heißt da:

„Die freisinnige Volkspartei ist ein ehrlicher Gegner, von dem man weiß, wen man vor sich hat. Die Freisinnige Volkspartei hat für die bevorstehenden Wahlen und schon bei der Obstruktionskampagne entschieden und unzweideutig gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen.“

Das Verhalten Eugen Richters kann nicht einmal dadurch entschuldigt werden, daß er ein prinzipieller Gegner von allem sei, was nach Obstruktion aussieht. Er selbst hat die Obstruktion gegen die lex Heinze mitgemacht und in seinem neuen „WC-Buch“ verteidigt. Graf Dallestrem selbst hatte geäußert, „daß eine Minderheit berechtigt sei, bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu verlangen, daß die Mehrheit für sich allein im Stande sein müsse, einen beschlußfähigen Reichstag herzustellen“. — Beim Zolltarif hingegen hat Eugen Richter es der Mehrheit nicht verargt, daß sie, um nicht anwesend sein zu brauchen, zur rohen Gewalt ihre Zuflucht nahm.

Im Winter 1876 hat Eugen Richter auch einen zollpolitischen Obstruktionsfeldzug geleitet. Er selbst rühmt sich seiner Tat in der Schrift: „Im alten Reichstag“.

Polizeieinmischung.

Die Sozialdemokratie hat in der Gewerbeordnung von 1891 dem folgenden § 120e zugestimmt: „Für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit des Arbeiters gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorzuschreiben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen zu erlassen.“

Da die Sozialdemokratie grundsätzlich den Achtstundentag fordert, hat sie damit lediglich dem Bundesrat die Vollmacht erteilt, in diesem Sinne zu wirken. Es ist keinerlei Beschränkung des Reichstagsrechts, wie Eugen Richter behauptet, wenn man dem Bundesrat die Möglichkeit giebt, Verordnungen in der Tendenz der parlamentarischen Mehrheit zu erlassen. Auch die Freisinnige Volkspartei hat sich dagegen gewandt, daß der Reichstag die Kündigung der Handelsverträge beschließen solle und dies Recht dem Kaiser überlassen.

Der „Sozialistenpiegel“ empfindet diese Befugnis als eine Vermehrung der Polizeimacht und als einen Widerspruch gegen die sonstige Haltung der Sozialdemokraten, welche eifern „gegen alle polizeilichen Beschränkungen ebenso wie gegen die Erweiterung der diskretionären Gewalt der Polizei, soweit sich die polizeilichen Befugnisse gegen die Arbeitnehmer kehren“. Dagegen würde das polizeiliche Ermessen gegen die Arbeitgeber von der Sozialdemokratie gestärkt.

Der Bundesrat ist nicht die Polizei. Die Polizei hat nur die Aufgabe, die Ausföhrung der Arbeiterchutzgesetzgebung zu überwachen. Die Sozialdemokratie ist dagegen, daß die Polizei selbst das schikanöse Recht erhält den Gesetzgeber zu spielen, indem in ihr *Belieben* die Ausföhrung *unbestimmter* Generalvollmachten (z. B. die der „Polizeistunde“) gelegt wird oder indem sie *dehnbare* Gesetze willkürlich und parteiisch handhabt (z. B. die Verhinderung des Streikpostenstehens auf grund der allgemeinen Rechtsanrufung). Gegen die

Polizei will für ist die Sozialdemokratie grundsätzlich, gleichgültig, ob es sich um Arbeiter oder Unternehmer handelt. Dagegen erkennt sie die Polizei natürlich als durchaus notwendige und nützliche Einrichtung, als Exekutivorgan fest umgrenzter Gesetze. Zudem richtet sich die polizeiliche Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetze ebenso gegen die Arbeiter, die etwa länger arbeiten wollen, wie gegen die Unternehmer. Der Freisinn schimpft immer nur über Polizei und verfällt dem Blaufoller, wenn sie darüber wacht, daß auch der Unternehmer unter dem Gesetz steht, dagegen ruft er nach Polizei, wenn die Arbeiter gemutet werden sollen. Neuerdings ruft ja gerade Eugen Richter jeden Tag nach Polizei und Staatsanwalt, damit sie die freisinnigen Versammlungen gegen sozialdemokratische Störenfriede, will sagen: Diskussionsredner schützen.

Privateigentum.

Während das sozialdemokratische Programm die Verstaatlichung der Produktionsmittel (der großen Finanz, der Großindustrie, des Großgrundbesitzes) fordert, läßt Eugen Richter harmnädig, daß das „Eigentum“ verstaatlicht werden soll. Er weiß auch ganz genau, was der einzelne im Zukunftsstaat behalten soll: „Privateigentum und Erbrecht beschränkt sich insoweit notwendig auf dasjenige, was man unmittelbar zu seinem persönlichen Gebrauch angewiesen erhält, also beispielsweise auf dem Verderben ausgelegte Mundportionen, dem Körper entsprechende Kleider und etliche Möbel, soweit individuell getrenntes Wohnen gestattet bleibt.“

Das wäre ja immer noch mehr, als die heutige Gesellschaft der großen Masse der Menschen gewährt. Im Uebrigen aber ist die Behauptung verläumderischer Art. Die sozialistische Gesellschaft giebt jedem Einzelnen den menschenwürdigen Reichtum an Gebrauchs- und Genüßgütern, den ihm die heutige Ordnung „raubt“. Die kapitalistische schamlose Lüge Richters schafft den Zukunftsstaat nach dem Vorbild der heutigen Kahlpflandung. Es ist eine Art kapitalistischer Merkantilismus, der im Interesse der herrschenden Macht die Gläubigen mit einer sozialistischen Hölle zu schrecken und zu scheuchen sucht, wie die Kirche mit dem Jenseits-Teufel.

Der „Sozialistenpiegel“ weiß aber noch mehr von der „Zukunftshölle“:

„Da künftig allein für Staatsrechnung produziert wird und also niemand in den Besitz von Lebensmitteln gelangen kann außer durch den Staat, so wird jeder Einzelne einschließlich der Frau dem Staate arbeitspflichtig und muß infolge dessen diejenige Arbeit verrichten, die ihm vom Staat als dem einzigen Arbeitgeber angewiesen wird.“

Der Unterschied der Gegenwart und der Zukunft ist der, daß heute die große Masse, ohne daß sie selbst eine Wahl hat, entweder zu erniedrigender und entkräftender Zwangsarbeit oder zur hungernden Arbeitslosigkeit verurteilt wird. In der sozialistischen Gesellschaft hat jeder als gleichberechtigtes gleichmächtiges Mitglied der Arbeitsgenossenschaften die Möglichkeit, sich innerhalb des Möglichen und Notwendigen eine Arbeit zu wählen, die übrigens für niemanden einen Schrecken bieten wird. Die Zwangsarbeit für andere wird ersetzt durch die freiwillige Arbeit für sich selbst, durch die Gemeinschaft, die alle ohne Unterschied trägt und schützt. Eine Hölle mag allerdings die Zukunft für den bedeuten, der heute von der „Arbeit“ des Aufsichtsrats und des „Couponschneidens“ lebt.

Gerade weil in der sozialistischen Gesellschaft niemand Besitz an Produktionsmitteln hat, fällt auch jene Besitzklaberei weg, die heute die Landbevölkerung, die hausbesitzenden Handwerker der Kleinstadt von der Geburt bis zum Grabe an die Scholle fesselt. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln knechtet auch die Eigentümer, nicht bloß die Besitzlosen.

Endlich verrät der „Sozialistenpiegel“ noch, daß der Anteil des Einzelnen durchaus gleichmäßig sein müsse, „weil andernfalls durch Anhäufung unverbrauchter Genußmittel wiederum Privatkapital entstehen würde.“

Da jeder in der zukünftigen Gesellschaft ein behagliches Existenzminimum gewährleistet erhält, ist die Frage, ob einer mehr oder weniger verdiene, eine ganz nebensächliche und gleichgiltige. Es ist eine Frage, die nur den heutigen Narren des Kapitalismus interessiert. Wie „unverkaufte Genußmittel“ — vermutet die nicht bezehrten faulen Fische Koschers — wieder zu Privatkapital werden sollen, bleibt ein ewiges Geheimnis Eugen Richterscher Wissenschaft. Selbst im Zeitalter der Aktiengesellschaft Fortschritt kann keine Kommerziantin mittelst ihrer gefüllten Speisekammer Arbeiter ausbeuten!

Produktivgenossenschaften.

Während Eugen Richter sonst erzählt, daß der „Zukunftsstaat“ ein zucht-häuslerisches Arbeitshaus sei, in dem eiserner Zwang jedem seine Arbeit „antweist“, schildert er plötzlich zur Abwechslung die Zukunftsorganisation als freieste Anarchie, in der jeder thun kann, was er will, in der es keine Unterordnung und keine Disziplin giebt. Eugen Richter hat recht verschiedene Zukunftsplatten in seinem Guckkasten. Weil doppelt besser hält, läßt er die sozialistische Gesellschaft erst am Zuchthauscharakter, dann an der absoluten Freiheit zu Grunde gehen, indem er sich auf Aeußerungen Bernsteins über die Demokratie in der Fabrik bezieht. Natürlich wird die sozialistische Produktionsgenossenschaft weder das Eine noch das Andere sein, weder Zuchthaus noch Anarchie, sondern eine Organisation, welche vernünftige Freiheit mit zweckmäßiger Verwaltung vereinigt. Kautsky schreibt darüber: „Soll diese demokratische Disziplin in der Fabrik wirken, dann setzt sie eine demokratische Organisation der Arbeit daselbst voraus, sie setzt voraus, daß die demokratische Fabrik an Stelle der autoritären tritt . . . Die Aufrechterhaltung der unentbehrlichen Disziplin bei der Arbeit wird sich nur durchführen lassen durch Einführung der gewerkschaftlichen Disziplin in den Produktionsprozeß. Dies wird allerdings nicht überall in gleicher Weise vollzogen werden können, jeder Betrieb hat seine Eigenart, nach der sich die Organisation seiner Arbeiter richten muß. Es giebt z. B. Betriebe, die ohne eine bürokratische Organisation nicht auskommen, wie die Eisenbahner. Die demokratische Organisation kann sich da so gestalten, daß die Arbeiter Delegierte wählen, die eine Art Parlament bilden, welches die Arbeitsordnungen feststellt und die Verwaltung des bürokratischen Apparates überwacht. Andere Betriebe kann man der Verwaltung der Gewerkschaften übergeben, wieder andere können genossenschaftlich betrieben werden.“

Uebrigens entstellt der „Sozialistenpiegel“ auch Bernsteins — an sich nicht einwandfreie — Betrachtungen über die Demokratie in der Fabrik. Seine Kritik richtet sich nämlich nicht gegen die sozialistische Zukunftsorganisation, sondern gegen die heutigen, im kapitalistischen Staat, eingerichteten Produktivgenossenschaften, die ja nicht sozialistisch, sondern „individualistisch“ — Bernstein übernimmt einen Ausdruck der englischen Schriftstellerin Webb — sind.

Die Leugnung der Möglichkeit der Demokratie in der Fabrik ist zugleich ein Verzicht auf den ersten Grundsatz des Liberalismus: die Selbstverwaltung. Wenn die Arbeiter einer Fabrik keine Selbstverwaltung haben können, dann ist die Selbstverwaltung eines ungeheuer komplizierten Betriebes, wie etwa der Gemeinde Berlin, erst recht ein Unding. Der Eugen Richtersche Glaube an das absolutistische Gottesgnadentum beliebiger Fabrikanten ist noch tausendmal lächerlicher, rückständiger und gemeingefährlicher, als die Lehre von einem absoluten Monarchen, dem der Himmel selbst die Gabe verliehen habe,

zu herrschen, wie die Lehre von einer durch die Geburt zum Herrschen bestimmten Rasse, nach Art des Feudalabels und des preussischen Junkertums. Wenn der Freisinn die Selbstverwaltung der Arbeit als utopisch, mit der Menschennatur unüberträglich ablehnt, dann ist auch die freisinnige Staatslehre der demokratischen Selbstverwaltung aufgehoben. Damit aber besüßwortet der Freisinn den Zuchthausstaat, den Eugen Richter als sozialistische Einrichtung erfunden hat. Je nachdem spielt dieser Gaukler des Kapitalismus die Anarchie gegen den Zuchthausstaat oder das Zuchthaus gegen die Anarchie aus! — Vergl. auch „Expropriation“.

Programm der sozialdemokratischen Partei.

Wer sich über das Programm der Sozialdemokratie unterrichten will, tut am besten, die Erläuterungen von Karl Kautsky und Bruno Schönlant zu studieren (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Preis 10 Pf.) Der theoretische Programmfreit spiegelt sich in Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“ (Stuttgart 1899 bei Dieck) und in Kautskys Gegenschrift „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“ (Stuttgart 1899 bei Dieck). Die Partei hat Bernsteins Meinungen in allen wesentlichen Punkten abgelehnt. (Siehe auch unter: Bernstein.)

Trotz aller geheuchelten Vorliebe für Bernstein, entgeht aber auch er nicht dem geradezu krankhaften Fälschungsfieber des „Sozialisten spiegels“. Bernstein wird sogar besonders schlimm mitgespielt. In seinem Berliner Studentenvortrag „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ (Berlin 1901) soll Bernstein den „Sozialismus als ein Stück von nicht wissenschaftlich Erwiezenem oder nicht wissenschaftlich feststellbarem“ bezeichnet haben. So zitiert Eugen Richter! Was hat Bernstein in Wahrheit gesagt: Bernstein scheidet — irtümlich! — den Sozialismus als Erkenntnis und den Sozialismus als Bewegung, als wissenschaftliche Erforschung dessen, was ist, und als Willen dessen, was sein soll. Von dem letzteren Sozialismus führt er aus: „Indem er (der Sozialismus) sich . . . ein solches Zukunftsgebilde als Ziel setzt und in dem Maße, als er sein Verhalten in der Gegenwart von der Rücksicht auf dieses Ziel abhängig macht, ist der Sozialismus notgedrungen mit einem Stück Utopismus behaftet. Ich meine das selbstverständlich nicht in dem Sinne, daß er Unmögliches oder Unwahrscheinliches erstrebe, sondern will damit lediglich feststellen, daß er ein Element von spekulativem Idealismus in sich trägt, ein Stück von nicht wissenschaftlich Erwiezenem oder wissenschaftlich feststellbarem enthält.“ Daraus macht Richter: Der Sozialismus sei ein Stück usw. Völlig aus den Fingern gefogen ist die Behauptung des Sozialisten spiegels, Bernstein habe in jenem Vortrag die Lehre vollständig aufgegeben, „daß der Arbeiter mehr an Werten erzeugt, als ihm an Lohn dafür vergütet wird.“ Im Gegenteil, bezeichnet Bernstein die Tatsache des Mehrwerts als so selbstverständlich und augenscheinlich, daß ihre Entdeckung ihm nicht einmal als besondere Leistung erscheint.

Proletariat.

Siehe unter Bernstein, Expropriation, Klassenkampf, Programm.

Prophezeiungen Babels über den grossen Kladderadatsch.

Eugen Richter macht sich darüber lustig, daß der sozialdemokratische Führer Babel den Zusammenbruch der Gesellschaft für das Jahr 1898 prophezeit habe.

Prophezen sind, auch wenn sie sich im Datum irren, doch immer Wegweiser eines Umstümmungs, Herolde eines Sieges. Die Sozialdemokratie darf falsch prophezeien, weil ihr Sieg unter allen Umständen sicher ist. Der Freisinn freilich, wie die ganze bürgerliche Gesellschaft, kann gar nicht wagen, zu pro-

phjeten, weil sie immer nur ihren Untergang vorausfagen mußte. Sozialdemokratische Prophezeiungen sind leidenschaftliche vorausseilende Bekenntnisse der festen Siegeszuversicht, auf dem Grunde nüchtrner, wissenschaftlicher Erkenntnis.

Der Sozialistenpiegel „erwähnt“ noch, daß der „internationale soziale Kongreß in London 1896 die Proletarier aller Länder aufgefordert hatte, rasch zu erlernen, wie die Geschäfte ihrer Länder zu leiten sind, weil sich alles so reichend schnell vollziehe, daß die Krisis in vergleichsweise kurzer Zeit eintreten kann.“ Der Kongreß in London hat solche Beschlüsse niemals gefaßt; er entstammt lediglich jenem Geheimarchiv von Fälschungen, aus dem die Freisinnige Volkspartei ihren Marodeurkampf gegen den Sozialismus bestreitet.

Revolution.

Die Stellung der Sozialdemokraten zur Revolution ist klar und fest. Wenn wir von Revolution reden, nehmen wir den Begriff als sachlichen Inhalt, nicht als Mittel. Die Sozialdemokratie ist revolutionär, weil sie eine radikale Beseitigung der kapitalistischen „Ordnung“ erstrebt und sich nicht mit reformerischer Flickarbeit begnügt. Was das Mittel anlangt, so ist die Sozialdemokratie Gegner der Gewalt und hält einen Straßenaufstand für Wahnsinn. Wir erstreben eine friedliche Entwicklung. Freilich täuschen wir uns darüber nicht, daß unsere Feinde diese friedliche Umgestaltung nicht wollen, und so hat Engels nicht Unrecht, wenn er es in einem Briefe, den der „Sozialistenpiegel“ zusammenhanglos anführt, für eine „kolossale Illusion“ erklärt, daß in Deutschland unser Sieg sich in aller Gemüthlichkeit vollziehen werde. Aber nicht wir wollen Gewalt anwenden, sondern wir sind gefaßt, daß die Bourgeoisie und das Bürgertum zur „Heugabel“ greift. Der Hottampf bot ja das eindringliche Schauspiel, wie schnell die „Ordnungsparteien“ bereit sind, alles Recht mit Füßen zu treten; die Sozialdemokratie war auch in jenem Kampf die strenge Vertreterin der Gesezlichkeit. Aber gerade weil wir durch die Gesezlichkeit unverwundbar wurden, darum stürzten unsere Gegner das Recht um.

Bebel hat auf dem Parteitag zu Hannover ganz unzweideutig sich gegen die Revolutionsmacherei ausgesprochen: „Wir haben es nicht nötig, mit Gewalt vorzugehen. Es ist Unfinn, anzunehmen, daß auch nur ein einziger Mensch in unserer Partei ist, der Neigung hätte, eine Revolution zu machen, wenn er der Meinung ist, daß er seinen Zweck viel besser, leichter und einfacher erreichen kann. Nicht die Revolutionäre sind es, die die Revolutionen machen, sondern zu aller und jeder Zeit die Reaktionäre.“ Eugen Richter druckt mit der Findigkeit eines „Post“-Redakteurs und eines Schweinburg das „wenn“ in dem Satz: „wenn er der Meinung ist“ fett und sucht dadurch und durch andere „Citrate“ die Sozialdemokratie als straßenkampflüster zu malen.

Kautsky führt in seiner Schrift „Sozialreform und soziale Revolution“ aus, daß wir natürlich nicht in allen Einzelheiten vorher bestimmen können, wie und unter welchen Umständen sich die soziale Revolution vollziehen wird. Also, ruft Eugen Richter entsezt aus: „Die sozialdemokratische Bewegung endigt mit einem Sprung ins Dunkle.“

In diesem Sinne ist aber die ganze Weltgeschichte ein einziger Sprung ins Dunkle. Eugen Richter vermag nicht zu bestimmen, was in acht Tagen sein wird. Wie soll man in jeder Linie genau angeben können, was in zehn, zwanzig, fünfzig, hundert Jahren sein wird. Von einer Partei kann lediglich verlangt werden, daß sie sich über das Ziel und die großen Züge der Entwicklung klar ist, daß sie weiß, was sie will, und will, was sie weiß. Niemals in der Geschichte war sich eine revolutionäre Bewegung so klar über Ziele und Wege, wie die Sozialdemokratie. Darum wissen wir aber nicht, was nun wirklich sein wird, welche einzelne Umstände unseren Weg begleiten und bestimmen werden.

Republikaner.

Die Sozialdemokraten sind als Demokraten naturgemäß Republikaner. „In allen Flugblättern bei Wahlen wird dies freilich sorgfältig versteckt,“ meint der Sozialistenpiegel. Das wäre sehr dumm von der Sozialdemokratie, wenn sie gerade heute ihre republikanischen Ideale verleugnete, da sie gegenwärtig mehr Anziehungskraft haben als jemals zuvor. Eugen Richter verdankt seine letzten parlamentarischen Erfolge den Bosheiten über das heutige monarchische System. Der „Sozialistenpiegel“ erinnert selbst an Babels Bekenntnis zur Republik in seiner unbergeßlichen, von der Begeisterung des ganzen deutschen Volkes getragene Reichstagsrede vom 22. Januar 1903. Diese Rede ist in ungeheurer Auflage verbreitet worden. Wo steckt also das „Verstecken“?

Auch die Bourgeoisie ist ihrer innersten Natur nach republikanisch. Der Freisinn freilich tut das, was er uns vorwirft, er versteckt und verleugnet sein republikanisches Herz, teils aus Feigheit, teils aus Geschäftsinteresse. So wird der freisinnige „Männerstolz vor Königsthronen“ selbst zum widerwärtigsten Byzantinismus. Die freisinnige Königstreue ist der Monarchismus der Hoflieferanten.

Die monarchistische Heuchelei der Freisinnigen charakterisierte Wis marck am 24. Januar 1887 im preussischen Abgeordnetenhaus zutreffend: „Ich habe nicht die Verpflichtung, jeden für reichstreu und königstreu zu halten, der sich dafür ausgiebt; namentlich die Kryptorepublikaner (versteckte Republikaner) in der Fortschrittspartei habe ich nicht die Verpflichtung, für königstreu zu halten. Ich glaube nicht, daß es auf den Eingeweihten noch irgend welchen Eindruck macht, wenn die königfeindlichen Aufforderungen mit einem: Es lebe der König und das ganze königliche Haus! begleitet werden. . . . Ich stehe also nicht an, die Zwecke und die letzten Ziele der Fortschrittspartei als unverträglich mit den monarchischen Einrichtungen zu bezeichnen, als antimonarchisch und als Kryptorepublikanisch.“

Der Freisinn muß insofern republikanisch gesinnt sein, als die Monarchie die Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland verhindert. Wenn das Bürgertum dennoch vielleicht heute die Monarchie der Republik vorzieht, so geschieht das, weil sie im Königtum und dem hinter und über ihm regierenden Junkertum eine Schutzwehr gegen das Proletariat sieht.

Ruhezeit der Handlungsgehilfen.

Die Freisinnige Volkspartei ist gegen den 9 Uhr-Ladenschluß und gegen die von den Sozialdemokraten verlangte 12stündige Ruhezeit der Handlungsgehilfen gewesen; geschweige, daß sie, wie die Sozialdemokratie es forderte, für den 8 Uhr-Ladenschluß eingetreten wäre. Der Freisinn war lediglich für eine 11stündige Ruhezeit zu haben.

Am 7. Mai 1896 beschloß das preussische Abgeordnetenhaus auf Antrag von Brütt (freikons.) und v. Redlich (freikons.), die Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß dem Vorschlag der Kommission für Arbeiterstatistik, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Angestellten in offenen Ladengeschäften, soweit er den Schluß der offenen Verkaufsstellen von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens fordert, keine Folge gegeben werde. Für den Antrag stimmte auch die Freisinnige Volkspartei.

Als am 1. Oktober 1900 der 9 Uhr-Ladenschluß in Kraft trat, schrieb die „Vossische Zeitung“, Organ der Freisinnigen Volkspartei, schauernd: „Es wird den Hausherrn nichts übrig bleiben, als zu hungern und zu dürsten, will er nicht mitsamt der ganzen Gesellschaft die Kneipe aufsuchen.“ — Der Freisinn sah also schon in dem Ladenschluß den Anfang des sozialistischen Zukunftsstaates Richterscher Einrichtung.



Wie feindselig die Freisinnigen auch den sozialpolitischen Bestrebungen der Handlungsgehilfen gegenüberstehen, zeigen Vorgänge in der Zittauer Stadtverordnetenversammlung. In Zittau hatten die Handlungsgehilfen so gut wie keine Sonntagsruhe, die Läden waren von 2—5 Uhr nachmittags geöffnet. Die sächsische Regierung sprach den Wunsch aus, einen 2 Uhr-Ladenschluß einzuführen. Darauf wütender Aufruhr im Rathaus am 25. Oktober 1901. Der „Demokrat“ Haupt, Besitzer der Zittauer „Morgenzeitung“, meinte, der Handlungsgehilfe könne ja beim Engagement mit seinem Chef Abmachungen über freie Tage treffen, so wie die Dienstmädchen, die sich ihre Ausgehstage ausbedingen. Alle Freisinnigen stimmten für den 5 Uhr-Ladenschluß.

Schimpflexikon der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten haben nicht die Zimperlichkeit einer Gouvernante. Sie nennen die Dinge bei ihrem Namen. Sie bedeuten überall die junge Kraft, auch in der Sprache. So ist es ein einfältiges Vergnügen, kräftige Ausdrücke aus der sozialdemokratischen Presse zu sammeln. Es kommt darauf an, ob wir die Wahrheit sagen, nicht wie wir sie sagen. Die Sozialdemokratie achtet darauf peinlich, daß sie auch gegen den Gegner nicht wider besseres Wissen falsche Anklagen erhebt, daß sie keine Anschauungen nicht entstellt, daß sie keine Worte nicht fälscht. Die Sozialdemokratie bedarf solcher schmutzigen Mittel schon deshalb nicht, weil ihr die Wahrheit über die Gegner schon ein überquellend reiches Material liefert; sie bedarf keines Arsenal von Fälschungen, wie es z. B. der „Sozialistenpiegel“ ist. Im Gegenteil ist die Sozialdemokratie leicht geneigt, einem Gegner, wenn er nur eine leidlich verständige, ehrliche und tapfere Meinung äußert, übertriebene Anerkennung zu zollen.

Der „Sozialistenpiegel“ sammelt „Beschimpfungen des „Vorwärts“ gegen die Bolltattik Eugen Richters. Der Mann ist empfindlich. Als Schimpfworte unerhörter Art werden u. a. notiert: „tolles Beginnen“. Wie aber äußert sich die freisinnige Presse? Ein Blatt, das mit Eugen Richter durch dick und dünn watet, die „Breslauer Zeitung“ widmet (am 17. Mai 1903) auf wenigen Zeilen den Redakteuren des „Vorwärts“ folgende Liebenswürdigkeiten: Gemeinheit, Noheit, Gefühl des Efels und der Verachtung, gewissenlose und schmutzige Weise, schändet die gesamte Journalistik, moralische Lumpen, schmutzige Hände, Gefindel, schuldige Hallunken. Ganz besonders wird der Sozialdemokratie zur Last gelegt, daß sie im Reichstag auch den Präsidenten Graf Ballestrem mit beschimpfenden Ausdrücken angegriffen habe. Wie aber denkt die freisinnige Volkspartei über den Präsidenten. Die „Breslauer Zeitung“ schreibt am 5. Mai 1903, weil Graf Ballestrem eine den Freisinn verletzende Aeußerung des Zentrumsabgeordneten Herold nicht zurückgewiesen hatte: der Präsident habe sich nicht gemüßigt gesehen,

„den betreffenden Abgeordneten, in gleicher Weise zu behandeln, wie er im Laufe seiner Präsidentschaft so manchen Sozialdemokraten, ja auch manchen Freisinnigen behandelte. Ja, er hat die mit Recht empörten Mitglieder der Liberalen und der sozialdemokratischen Partei zur Ruhe verwiesen, offenbar, damit sie sich eine derartige beleidigende Behandlung weitergesallen lassen sollten. . . . Ich persönlich bin, solange Graf Ballestrem auf dem Präsidentenstuhl des Deutschen Reichstags gesessen hat, niemals der Ansicht gewesen, daß dieser hohe Herr dasjenige Maß von Unbefangenheit und Gerechtigkeitsinn besitzt, die ihn für solche Aufgabe qualifizieren.“

Wenn das die sozialdemokratischen Zeitungen sagen, gilt es als ein Verbrechen gegen den guten Ton.

„Schweineglück“.

In einer Betrachtung darüber, daß die Sozialdemokratie durch die verkehrten Maßnahmen der Regierung gefördert worden sei, findet sich auch folgende, aus dem tiefsten Reptilienjumpf aufsteigende Demunziation:

„Demgleich die sozialdemokratische Partei diese Attentate nicht veranlaßt hat, so erkannte doch die öffentliche Meinung aus denselben, zu welchen Freveltaten die Erhitzung der Gemüter bei einzelnen Personen unter Umständen führen kann“.

Von den Attentätern war der eine nationalliberal, christlich-sozial und Anhänger Stöckers, der andere gleichfalls eingeschriebenes Mitglied der christlich-sozialen Partei und beide unzurechnungsfähig. Welche Verantwortung trifft also die Sozialdemokratie? Nach der Reptilienlogik des „Sozialisten spiegels“ ist Eugen Richter und der Fortschritt für die Attentate auf Bismarck verantwortlich, weil er ja die Gemüter Jahrzehnte hindurch gegen Bismarck erhitzt hat.

Freilich überraschend ist die neue Infamie nicht. Als die Attentatshege wider die Sozialdemokratie am wildesten brannte, als die fortschrittliche Presse sich überbot in patriotischen Schmähungen, Fälschungen und Verläumdungen, da leitete die Richtersche Fortschrittspartei den Wahlkampf von 1878, genau vor fünfundsiebenzig Jahren, mit einem Aufruf ein, der mit den Worten begann: „Fort mit den Sozialdemokraten aus dem Reichstag!“ Das damals fortschrittliche „Berliner Tageblatt“ forderte die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts unter der Begründung, „daß der Hund und das Pferd viel empfänglicher für Humanität sei, als die unteren Regionen der menschlichen Gesellschaft“; die Prügelstrafe müsse wieder eingeführt werden.

Stichwahlen.

Die Freistimmigen verlangen von den Sozialdemokraten, daß sie womöglich schon in der Hauptwahl für sie stimmen. Sie selbst aber verweigern selbst jede Stichwahlhilfe. Sie verschanzen sich dabei gern hinter Ausflüchte; man hätte geschimpft, verleumdet usw. Auf diese Weise hat der Freistimm den Zollwucherern Memel-Gehdekrug ausgeliefert. Nicht gelungen ist ihnen, Brandenburg einem der widerwärtigsten Konservativen, dem Herrn v. Doebell zu erhalten, der bei der Nachwahl im Oktober 1900 mit geringer Minorität gegen den Sozialdemokraten Reus unterlag. Die Sozialdemokratie vermehrte ihre Stimmenzahl von der Haupt- zur Stichwahl nur von 9509 auf 10 991; sie zog Reserven heran. Dagegen stimmten die 3429 Volksparteiler fast Mann für Mann für Herrn v. Doebell, der deshalb von 7116 auf 10 343 Stimmen wuchs; — In der Nachwahl in Pirna (1899) haben die 1825 Volksparteiler sicher zum Siege des Antijesuiten über den Sozialdemokraten geholfen.

Im April 1903 hat der Richterianer Dr. Wiemer offen die freistimmige Stichwahltaktik verkündet, indem er den Sozialdemokraten zurief: „Bei der Stichwahl gilt auch für uns der Grundsatz vom kleineren Uebel. Dieses kleinere Uebel sind Sie nicht.“ Wiemer hat die Aeußerung zwar ehrenwörtlich abgeleugnet, sie steht aber fest und entspricht außerdem dem tatsächlichen Verhalten der Volkspartei. (Siehe: Vorwärts, 3. Mai 1903.)

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes.

Diese sozialdemokratische Forderung weist der „Sozialisten spiegels“ mit dem käppischen Einwand zurück, daß dann die Zahl der Prozesse zu Millionen anwachsen müßten.“ Richter will also die sinnlose Prozessefferei als Privilegium reicher Leute erhalten wissen. Der „Sozialisten spiegels“ vergißt daß bereits heute die soziale Rechtspflege im wesentlichen kostenfrei ist, ohne daß eine Seuche unbegründeter Prozesse ausgebrochen wäre.

Unternehmerge Gewinn.

Um den Unternehmerge Gewinn zu rechtfertigen, vertwechfelt der „Sozialisten-
spiegel“ absichtlich „Unternehmer“ und „technische Leiter“. Eine technische Leitung
hält auch die Sozialdemokratie für notwendig. Der Unternehmer aber ist viel-
fach ein bloßer Kapitalist, der von seinem Betrieb wenig oder nichts versteht.
Eugen Richter schiebt der Sozialdemokratie folgenden Blödsinn unter:

„Die Sozialdemokraten sagen: der Arbeiter ist es allein, der dem Produkt
seinen Wert giebt. Nein, auch der Geist des Menschen ist es, der diesen Wert
mitschafft; der Geist des Unternehmers ist es, der ein Wesentliches tut, leitet,
erprobt, die Initiative ergreift. Gerade im heutigen technischen Zeitalter
haben die Arbeiter dasjenige auszuführen, was auf dem Gebiete der Technik
erfunden worden ist.“

Die Sozialdemokratie lehrt im Gegenteil, daß die angestellten „geistigen“
Arbeiter genau so von dem Kapitalisten ausgebeutet werden, wie die Hand-
arbeiter. Es ist nicht gerade bekant, daß es „der Geist des Unternehmers“
ist, der die Fortschritte der Technik erfundet. Welche „Erfindungen“ haben Krupp,
Stumm, Ludwig Löwe gemacht?

Verstaatlichungen.

Der Sozialistenpiegel behauptet, daß die Sozialdemokratie auch schon heute
jeder Verstaatlichung zustimme. Das ist unwar. Verstaatlichung ist nicht
Vergesellschaftung. Die Sozialdemokratie prüft vielmehr in jedem Falle, ob die
Vorteile der Verstaatlichung die Nachteile überwiegen; denn sie ist sich stets
bewußt, daß die heutigen Verstaatlichungen Verstärkungen der Machtmittel
des Klassenstaates bedeuten. Eine Lüge ist, daß die Sozialdemokratie die
Agrarier in ihren Bestrebungen auf Verstaatlichung der Reichsbank unterstützte.
Im Gegenteil hat die Sozialdemokratie 1899 gegen die Verstaatlichung
gestimmt, wegen der Gefahr der Auslieferung an die Agrarier. Dagegen war
die Sozialdemokratie hemüht, den arbeitslosen Gewinn der Aktionäre zu
beschränken, unterlag aber dem heftigen Widerspruch der kapitalistischen Parteien,
voran dem der freisinnigen Volkspartei.

Verstecken Spiel.

Zu den fixen Ideen Eugen Richters gehört es, daß die Sozialdemokratie
„jetzt mehr noch als früher“ darauf ausgehe, „ihre eigentlichen Ziele in den
Flugblättern nach Möglichkeit zu verhüllen und zu verstecken“. Das erzählt
Richter Jahr für Jahr, ziemlich in jeder Nummer der 19 Jahrgänge seiner
„Freisinnigen Zeitung“.

Die Sozialdemokratie verbreitet alljährlich ihr Programm in Millionen
von Exemplaren. So wurde gegen den Zolltarif ein Flugblatt in 3½ Millionen
Exemplaren verbreitet, das auf der letzten Seite den Abdruck des Programms
enthielt.

Die Sozialdemokratie würde ja auch Selbstmord üben und auf ihr stärkstes
Agitationsmittel verzichten, wenn wir unsre erhabenen Ziele versteckten.

Als „Verstecken Spiel“ empfindet Eugen Richter den Umstand, daß die Sozial-
demokratie ihm nicht den Gefallen erweist, sich zu den Dummheiten zu bekennen,
die er ihr aufreden möchte: Einziehung auch der „kleinsten Geldkapitalien“
(Sparkastenbücher), „Beseitigung aller selbständigen Privatbetriebe“. Vergleiche
auch: Expropriation.

Volkschullehrer und Sozialdemokratie.

Der „Sozialistenpiegel“ findet es „bezeichnend für das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Volksschullehrern“, daß der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. med. Bernstein in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 22. Januar 1903 die Lehrer aufgefordert hat, sie sollten nicht dem agrarischen Mimmersatt nachahmen.

Erstens: wird unterschlagen, daß die Entgleisung Bernsteins unwillkürlichen Beifall gerade in den Reihen der Freisinnigen fand.

Zweitens: ist die Aeußerung sowohl von der sozialdemokratischen Fraktion, wie öffentlich im „Vorwärts“ mißbilligt worden.

Drittens: wird geflissentlich verschwiegen, daß alle Verbesserungen des Berliner Schulwesens und der Lehrerverhältnisse gegen den hartnäckigen Widerstand des Berliner Freisinnns ausschließlich dem Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken sind. Die Freisinnigen waren es, die über luxuriöse Volksschulbauten klagten, während die Sozialdemokratie lebhaft für hygienisch und künstlerisch hervorragende Bauten eintrat. Auf sozialdemokratische Agitation ist die Anstellung von Schulärzten zurückzuführen.

Besonders „bezeichnend“ aber für das „Verhältnis“ des Freisinnns zu den Volksschullehrern ist es, daß die Regierung 1898 den von dem Berliner Stadtfreisinn beschlossenen Besoldungsplan für die Volksschullehrer die Genehmigung versagte, weil er zu niedrige Sätze bot. Der Freisinn hatte ein Grundgehalt von 1000 Mark beschlossen, die Regierung wies verächtlich darauf hin, daß mehrere Vororte von Berlin bereits 1300 Mark gewährt hätten. Ebenso sei die Mietsentschädigung für Lehrer (600 Mark) und für Lehrerinnen (300 Mark) viel zu niedrig. Im November 1897 rief die Berliner Lehrerschaft eine Versammlung gegen den Kommunalfreisinn ein. Der Lehrer Röhl geißelte jene „Mant des Liberalismus, den man Kommunaliberalismus nennt... Stettin, Breslau, Nordhausen, Magdeburg und nicht zum letzten Berlin sind Eldorados des Kommunaliberalismus. Der Liberalismus predigt, die Bildung sei das Gemeingut aller; der Kommunaliberalismus errichtet Standeschulen mit Vorschulen und bekämpft die allgemeine Volksschule. Der Liberalismus glorifiziert die Selbstverwaltung, der Kommunaliberalismus verschließt den Lehrern den Eintritt in die Verwaltung. Ein Hermes, ein Birchow, ein Langerhans sind Verkörperungen dieses Dualismus. Dieselben Männer, die als Parlamentarier im Abgeordnetenhaus 1200 Mark Grundgehalt für das billigste Dorf verlangten, stimmten im Stadtparlament von Berlin für ein Grundgehalt von 1000 Mark“.

Eugen Richter aber holte damals seine Rechenzettel und bewies in der „Freisinnigen Zeitung“, daß die Stadt nicht mehr zahlen könne. Warum findet das der „Sozialistenpiegel“ nicht „bezeichnend“?

Am 25. November 1897 beriet die Stadtverordnetenversammlung nochmals über den Besoldungsplan. Der Freisinn begnügte sich damit, scharf zu machen gegen die vorausgegangene Lehrerversammlung. Ein Volksparteiler sprach von „pöbelhaften Angriffen“. Mit 65 gegen 35 Stimmen wurde ein Antrag auf Erhöhung der Gehälter abgelehnt. Die freisinnigen Berliner Hausagrarien sandten der Lehrerschaft feindlichen Mehrheit ein Vertrauensvotum, in dem die „zügellose Agitation der Lehrer“ bedauert wurde.

Nicht nur in Berlin erweisen sich die freisinnigen Stadtväter als Feinde der Schule und der Lehrer. Zu Königsberg i. Pr. legte im September 1898 der Magistrat der freisinnigen Stadtverordnetenversammlung einen Antrag vor, den Fortbildungsunterricht auf die Nachmittagsstunden von 2—4 Uhr zu verlegen. Die freisinnigen Stadtväter wüteten wie toll gegen den Antrag. Einer meinte, die guten unverdorbenen jungen Leute würden in der Fortbildungsschule nur verdorben. Ein anderer wies darauf hin, daß Schöbau — der Elbinger Krupp — nicht viel gelernt habe, und doch ein Millionär geworden sei. Der Antrag fiel.

Das Wahlrecht und die freisinnige Volkspartei.

Die Richterianer rühren keinen Finger, um für den Landtag das Reichstagswahlrecht durchzusetzen. In den Gemeinden, wo sie herrschen, verschlechtern sie, wenn sie können das Wahlrecht. Siehe Halle, Kiel. Sogar gegen das allgemeine Reichstagswahlrecht ist der Freisinn neuerdings. In diesem Wahlkampf hat der freisinnige Berliner Kandidat Zwick öffentlich erklärt: (Vorwärts vom 20. Mai.): Das Bürgertum müsse sich in Reich, Staat, und Kommune endlich denjenigen Einfluß sichern, der seiner Intelligenz und seiner Steuerkraft entspreche. Nicht dürfe die rohe Masse mit dem Stimmrecht in der Faust Gesetze diktieren.

Ein sehr hübsches Beispiel freisinniger Wahlentrechtung bietet auch der freisinnig-volksparteiliche Stadtrath von Waltershausen (im Lande Gotha.) Um das Rathhaus vor dem Eindringen von Arbeitern zu schützen, wurde ein Bürgergeld von 20 Mk. erhoben. Die Arbeiter gründeten einen Sparverein und kauften aus dessen Mitteln 70 Arbeitern das Bürgerrecht. Nun wurde das Bürgerrechtsgeld auf 70, sogar auf 100 Mk. erhöht. Das Ministerium verwarf wiederholt diese Beschlüsse. Schließlich mußte sich der Stadtrath mit einem Bürgergeld von 10 Mk. begnügen. Aber auch dann wußte er sich zu helfen. Er nahm die angemeldeten Einwohner einfach nicht auf.

Zuchthausstaat.

Während einzelne Staatsmänner und Schriftsteller den vollstümlichen (sozialistischen) Arbeitsstaat als einen Zuchthaus- und Kasernenstaat hinstellen — schreibt Professor Anton Menger in seiner „Neuen Staatslehre“ (Jena 1903) — wenn man im vollstümlichen Arbeitsstaat eine wesentliche Minderung der ökonomischen Freiheit voraussetzt, so wird dabei fast ausschließlich der soziale Zustand der Reichen ins Auge gefaßt. Der Reiche ist nun allerdings in Beziehung auf die ökonomische Freiheit überaus günstig gestellt. Die ganze Welt ist unter unseren heutigen Verhältnissen sein Vaterland. Ueberall, wo er erscheint, drängen sich alle hinzu, um durch ihre Arbeit sein müßiges Dasein zu schmücken. . . Dieses Uebermaß von ökonomischer Freiheit wird nun freilich im vollstümlichen Arbeitsstaat . . . eine beträchtliche Verminderung erfahren müssen.

Während die Reichen die ökonomische Freiheit rechtlich und tatsächlich besitzen, ist die wirtschaftliche Selbstbestimmung der Armen kaum mehr als ein Schein. Rechtlich ist zwar ihre ökonomische Freiheit nach Aufhebung der Sklaverei und Leibeigenschaft nicht mehr beschränkt; aber da sie die zur Erhaltung des Lebens notwendigen Produktionsmittel nicht besitzen, so sind sie tatsächlich auf die Erwerbsgelegenheiten angewiesen, welche ihnen die Grund- und Kapitalbesitzer gewähren wollen. . . Für die großen Massen des Volkes wird es deshalb zweifellos eine Vermehrung der ökonomischen Freiheit bedeuten, wenn die Erwerbsgelegenheiten, welche ihnen jetzt der Zufall und die Not aufdrängt, von den Organen des vollstümlichen Arbeitsstaates planmäßig zugewiesen werden.

für den Wahlkampf empfehlen wir folgende Neuerscheinungen:

Die Kaiser-Reden im Reichstag und die Sozialdemokratie Mf. —, 20
Ausführungen der Genossen Vollmar und Bebel bei der Staatsdebatte,
sowie die Erwiderungen des Reichstanzlers und des Abgeordneten Stöder
nach den amtlichen stenographischen Berichten.

Der Umsturz im Reichstag. Eine Darstellung der Kämpfe um den Zoll-
tarif nach dem amtlichen Stenogramm. Mf. —, 20

Nach dem amtlichen Stenogramm giebt die Broschüre eine alternmäßige
Darstellung des Umsturzes der Geschäftsordnung im Reichstage. Unbarmherzig
deckt der Verfasser das volksverräterische Treiben Eugen Richters auf und
geißelt die Komödie des agrarischen Bruderkriegs, die den Mantel abgeben
mußte, hinter dem der Zollschacher ungestört betrieben werden konnte.

**Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Central-
verbandes deutscher Industrieller,** herausgegeben im Auftrage des
Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie. Mf. —, 20

Zur Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung, gegen ihre Lohntämpfe u.,
hat der 12000-Partei-Verband den Agitator der Freisinnigen, Fränkl, gewonnen,
und dieser hat unter dem Namen Bürger in seiner Schrift „Soziale Tat-
sachen und sozialdemokratische Lehren“ die Freilehren der Sozialdemokratie,
besonders durch reichliches Zahlenmaterial zu widerlegen versucht. Die Schrift
soll, auf Kosten der Unternehmer, in Millionen Exemplaren unter die Arbeiter
geworfen werden und so wird bei den nächsten Streifbewegungen und besonders
während des Wahlkampfes dieses „Material“ überall aufgeföhren werden.
Der Verfasser hat nun dieses Nachwerk einer gewissenhaften Prüfung unter-
zogen und die Behauptungen von der zunehmenden Anteilnahme der Arbeiter
am Nationalreichthum und der Schlussfolgerung, daß der Arbeiter mit seiner
heutigen Lage wohl zufrieden sein könne, glänzend abgeführt. Durch das vom
Verfasser gebotene reiche Material ist die Broschüre geradezu zu einem Hand-
buch zur Widerlegung der hauptsächlichsten Schlagworte unserer Gegner
geworden.

Die Frauen und die Politik. Von L. Braun. Mf. —, 50
Agitationsausgabe Mf. —, 20

In warmen, zu Herzen dringenden Worten fordert die Verfasserin die
proletarischen Frauen auf zu tätiger Mitarbeit bei dem bevorstehenden Wahl-
kampf. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des
Kapitalismus überantwortet; die Maschine ebnet aber auch den Weg zur
Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in
die vergangene Zeiten sie geschlagen haben. Die Verfasserin zeigt, wie dieses
Ziel erreicht werden kann.

Christliche Arbeiterpflichten. Jesuitische Fragen und sozialdemo-
kratische Antworten. 20 Bf., Porto 3 Pf.

Vor kurzem ist ein Arbeiter-Katechismus erschienen, der von zwei hervor-
ragend bekannten Jesuiten herausgegeben ist. Er ist für christliche Arbeiter
bestimmt und erläutert in Fragen und Antworten die Rechte und namentlich
die Pflichten des Arbeiters in Staat und Gesellschaft vom Standpunkt des
Centrums. Gegen die in diesem Schriftchen enthaltenen Anschauungen über
Rechte und Pflichten des Arbeiters und gegen die in den Antworten enthaltenen
Verdrehungen und Verleumdungen der sozialdemokratischen Partei
wendet sich der Verfasser in der vorliegenden Broschüre, der er den Titel
„Christliche Arbeiterpflichten, Jesuitische Fragen und sozial-
demokratische Antworten“ gegeben hat. In Frage und Antwort hat der
Verfasser auch seine Widerlegung gelleidet. In den einzelnen Abschnitten:
Das Ziel des Arbeiters — Von der Religion — Von der Familie
des Arbeiters — Arbeiter und Arbeitgeber — Von Arbeiter-
vereinen — Der Arbeiter als Mitglied der bürgerlichen Gesell-
schaft sind die jesuitischen Fragen und die Antworten des Centrums vom
sozialdemokratischen Standpunkt aus in allgemein verständlicher Weise beleuchtet.

agrarische Gefahr. Von P. Göhre. Eine Darstellung ihrer Ent-
stehungsgeschichte, ihrer Macht und letzten Ziele. 20 Bf., Porto 3 Pf.

Der Verfasser schildert in leichtverständlicher Sprache die einseitige agrarische
Interessen-Bewegung von ihrer Entstehung bis zu ihrer heutigen, das Volks-
wohl gefährdenden Macht und legt dar, wie allein die sozialdemokratische
Bewegung imstande ist, die letzten Ziele dieser Bewegung des Junkertums
und seiner Anhänger zu verhindern.

für den Wahlkampf empfehlen wir folgende Neuerscheinungen:

Sozialdemokratie und Centrum. Von A. Bebel. 20 Pf., Porto 3 Pf.

Eine Rede Bebels in Bamberg, eine glänzende Verteidigung gegen die vom Centrum gegen unsere Partei erhobenen Vorwürfe. Sie ist aber auch eine Rechtfertigung des Sozialismus und der Sozialdemokratie. In einem Anhang sind „Die Sünden des Centrums“ zusammengestellt.

Winke für die Reichstagswahlen. 30 Pf., Porto 3 Pf.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für alle bei der Agitation und der Organisation des Wahlkampfes beteiligten Parteigenossen.

Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky.

Agitationsausgabe 30 Pf., Porto 5 Pf.

Der Verfasser giebt eine Darstellung der ökonomischen und politischen Grundlagen der katholischen Kirche und skizziert die Stellung der Sozialdemokratie ihr gegenüber.

Die Lebensmittelsölle und die indirekten Steuern. Wer sie zahlt und wem sie nützen. M. — 10

Der Verfasser bringt den Nachweis von der die Lebensmittel verteuernenden Wirkung der Zölle und indirekten Steuern; er zeigt, wie jede Erhöhung der Zölle auf die notwendigsten Gebrauchsartikel eine Verschlechterung der Lebenslage des arbeitenden Volkes nach sich ziehen muß, wie die indirekten Steuern also kulturfeindlich sind, und deshalb von jedem Volksfreunde bekämpft werden müssen. Die arbeitende Bevölkerung muß aber um so mehr gegen diese Steuerpolitik ankämpfen, als die durch indirekte Steuern aufgebrachten Mittel zum überwiegendsten Teile der Erhaltung von Heer und Marine geopfert werden, also kulturwidrigen Zwecken dienen müssen.

Wen soll der Arbeiter wählen? Ein Wahlaufruf an die Arbeiter in Stadt und Land. Von R. Calwer. M. — 10

Der Verfasser ruft die Jaghaften und Saumlässigen auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. In gedrängter Kürze schildert er die Gefahren, die dem deutschen Volke, vor allem aber dem Arbeiter erwachsen, wenn im neuen Reichstag die reaktionären Parteien die Oberhand haben. Er wendet sich aber auch an die Kleinhandwerker, die kleinen Kaufleute und den kleinen Landwirt und erbringt ihnen den Beweis, daß ihre Interessen mit denen der Arbeiter übereinstimmen. Nicht die Vertreter des Besitzes, sondern die Sozialdemokraten wahren ihr Interesse.

Die Volksschule wie sie ist. Von D. Rühle. M. — 30

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tadelt in lebhafter Darstellung die Zustände in unserer heutigen Volksschule, die eine Anstalt sei, um möglichst willige Lohnsklaven für das Kapital zu erziehen. Der Klassenstaat, sagt der Verfasser, hat Klassenjulen geschaffen, wer Geld hat, kann sich Bildung kaufen. Die Broschüre füllt eine Lücke in unserer Parteiliteratur aus und wird in der Agitation wertvolle Dienste leisten.

Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch. Von Max Schippel.

Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik. Preis gebunden M. 9.—; 37 Lieferungen à 20 Pfennig.

Nach jahrelanger Vorarbeit liegt dies, von den Parteigenossen auf verschiedenen Parteitagungen geforderte Handbuch vollständig vor. Der Verfasser ging von den Gedanken aus, daß das Buch den Arbeitern die Waffen liefern soll zum Kampfe gegen Regierung und Parteien in allen Gesetzgebungsmaterien des Reichstags. Daher ist mehr Gewicht auf dieses Thesenmaterial als auf die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten gelegt, wenn auch selbstverständlich Alles in sozialdemokratischer Beleuchtung behandelt ist. Die parlamentarischen Kämpfe um die wichtigsten, die Arbeiter berührenden Fragen der Sozialreform und des Arbeiterschutzes, deren Entwicklung, Fehler und Mängel, die Agrarbewegung, Schutzzollagitation, die Sammelpolitik, die Kämpfe um die Handelsverträge, die Interessenskämpfe zwischen Industrie und Landwirtschaft, Steuerfragen, Flotten- und Kolonialpolitik, Militarismus, die Kämpfe um Erweiterung der politischen Rechte, die Verfassungskämpfe, die Scharfmacherpolitik, die Kämpfe für die Organisationsrechte der Gewerkschaften: kurz: alle politischen und wirtschaftlichen Streitfragen des Reiches sind hier gründlich und mit Sachkenntnis erörtert.

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag von 1898 bis 1903. Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand.

Gebunden M. 4.—